

Neues aus der Redaktion der „Mitteilungen“

Dem Mainstream trotzen

Den Auftakt dieses Heftes bilden die Verabschiedung der Vizepräsidentin des Bundesarchivs und Direktorin der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR, Frau Prof. Dr. Menne-Haritz, der Tod Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenbergs, der als Gründungsdirektor der SAPMO das Fundament für deren zwei Jahrzehnte währende erfolgreiche Entwicklung legte, sowie das fünfzigjährige Bestehen der ITH.

Zu inhaltlichen Schwerpunkten wählten wir bewusst den 100. Jahrestag des Ersten und den 75. Jahrestages des Zweiten Weltkrieges – nicht zuletzt, um angesichts der verstärkten Umdeutung des historischen Geschehens der geschichtspolitischen Verantwortung unseres Förderkreises gerecht zu werden. Vorgelegt werden sechs Erstveröffentlichungen mit dem Fokus auf Arbeiterbewegung, darunter vier Dokumentationen: Annelies Laschitza und Eckhard Müller überließen uns vorab einen neu entdeckten Brief des französischen Sozialisten Charles Dumas an Rosa Luxemburg aus dem Jahre 1911, der für den in Arbeit befindlichen Bd. 7 der Gesammelten Werke Rosa Luxemburgs vorgesehen ist, Holger Czitrich-Stahl erinnert an eine Antikriegsflugschrift des Sozialisten Arthur Stadthagen aus dem Jahre 1915, Reiner Zilkenat präsentiert im Ergebnis seiner Studien im Bundesarchiv Auszüge aus Dokumenten der Jahre 1941 bis 1944 zum Thema „Volksgemeinschaft“, und Erwin Lewin stellt zum 70. Jahrestag der Befreiung Albaniens von faschistischer Besatzung ein Dokument aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes vor (Bericht des Deutschen Generalkonsulats in Tirana an die Deutsche Botschaft in Rom, 1943). Die beiden Aufsätze von Annelies Laschitza (Rosa Luxemburgs Warnung vor einem Weltkrieg seit 1900) und Jörg Wollenberg („Flammenrausch des Vaterlandes“ oder: Wie die hineingeschlitterten „Schlafwandler“ schon vor und mit Christopher Clark die deutsche Kriegsschuld entsorgten) widmen sich speziell der Thematik Erster Weltkrieg.

Wir freuen uns, Frau Dominique Moser-Brossy – langjährige Leiterin der Bibliothek und des Archivs des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes – für einen ausführlichen Beitrag zu Geschichte, Beständen und Publikationen „ihrer“ Einrichtungen gewonnen zu haben. Die Übersetzung aus dem Französischen besorgte für uns in solidarischer Weise Dr. Helmut Ettinger. Der ehemaligen Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED sind drei auf der Homepage des Förderkreises nachlesbare Beiträge (Dagmar Goldbeck, Heinz Sommer, Jürgen Stroech) gewidmet, die Günter Benser in diesem Heft vorstellt.

Bedient werden wiederum die Rubriken „Findmittel“ (Kurt Metschies), „Neues aus der Forschung“ (Axel Weipert zur Berliner Rätebewegung), „Vorträge“ in der Gemeinsamen Vortragsreihe mit der SAPMO (Manfred Wilke und Oliver Reschke) und „Aus dem Vereinsleben“ mit dem Protokoll der diesjährigen Jahresversammlung des Förderkreises. Mehrere Rezensionen aktueller Publikationen beschließen das Heft.

Die Redaktion

Verabschiedung von Frau Prof. Dr. Angelika Menne-Haritz

Zum 30. Juni 2014 hatte das Bundesarchiv zur Verabschiedung seiner Vizepräsidentin und Direktorin der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR eingeladen. Vertreter des Archiv- und Bibliothekswesens sowie der historischen Wissenschaften hatten sich zahlreich eingefunden. Nach Begrüßung durch den Präsidenten des Bundesarchivs Dr. Michael Hollmann, ergriffen das Wort Dr. Irmgard Christa Becker (Direktorin der Archivschule Marburg und Vorsitzende des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare e. V), Dr. Karel Velle (Generaldirektor des belgischen Staatsarchivs und Präsident der European Branch des International Council of Archives) und – zugleich im Namen der Kulturstaatsministerin Monika Grütters – Ministerialdirigent Dr. Michael Roik (Vorsitzender des SAPMO-Kuratoriums), der eine von Bundespräsident Gauck unterzeichnete Urkunde überreichte. Sie alle fanden Worte höchster Anerkennung für die nun aus ihren Ämtern scheidende Angelika Menne-Haritz.

Wenn es in ihrem umfangreichen Schaffen zwei Leistungen gibt, die besonders herausragen, so ist dies zum einen die von ihr als Leiterin der Marburger Archivschule vorangetriebene zeitgemäße und effektive Ausbildung von Archivaren, und zum anderen ihr später im Rahmen der SAPMO und des gesamten Bundesarchivs zu voller Entfaltung gelangter Beitrag zur Modernisierung des Archivwesens gemäß den Anforderungen des digitalen Zeitalters, und dies in internationaler Kooperation und mit dem Blick auf die Benutzer. In den kontinuierlichen Berichten der MFK über die Aktivitäten der SAPMO ist dies konkret ablesbar.

In ihrer Rückschau dankte Angelika Menne-Haritz jenen Kolleginnen und Kollegen, die sie in ihrer Laufbahn gefördert haben, wie auch ihren engsten Mitarbeiterinnen. Das ausgedruckte Programm erweiternd, ergriff Petra Rauschenbach (Abteilungsleiterin DDR) das Wort und bedankte sich im Namen der Mitarbeiter des Bundesarchivs mit einem Abschiedsgeschenk. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung durch die Band des Bundesarchivs. Auch wir nutzten die Gelegenheit, um Dank zu sagen, dass in der Amtszeit von Frau Prof. Dr. Menne-Haritz die konstruktive Zusammenarbeit von Stiftung und Förderkreis ihren Fortgang genommen hat.

PS: Wer allerdings erwartet hatte, zu erfahren, wie die Nachfolge in der Leitung der Stiftung geregelt wird, wurde nicht zufrieden gestellt. Wie inzwischen zu erfahren war, wird sich zunächst der Präsident des Bundesarchivs Dr. Michael Hollmann selbst der Leitung der Stiftung annehmen. Und wer den Eindruck gewonnen haben sollte, dass erst innerhalb der SAPMO (BArch) die Öffnung aller Überlieferungen der SED-Zentrale erfolgt ist, der sei daran erinnert, dass die Bestände des Zentralen Parteiarchivs bereits drei Jahre vor Arbeitsaufnahme der SAPMO – also noch zu DDR-Zeiten – der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind.

Günter Benser

Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg verstorben

Kondolenzschreiben unseres Vorsitzenden

Frau
Ursula Kahlenberg
Schöneckermühle
56154 Boppach-Oppenheim

Sehr geehrte Frau Kahlenberg!

Mit tiefer Betroffenheit haben wir die Nachricht vom Tode Ihres Ehegatten Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg vernommen.

Wir wissen um die großen Verdienste des Verstorbenen als Archivar und Historiker und schätzen sein oft bewiesenes demokratisches Engagement. Uns bleibt stets in Erinnerung, wie er sich für die Zusammenführung der Archivbestände beider deutscher Staaten eingesetzt hat. Ihm ist es wesentlich zu verdanken, dass mit der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv eine tragfähige Lösung für zahlreiche gefährdete Archive und Bibliotheken gefunden wurde. In diesem Punkte trafen sich seine und unsere Interessen als Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und von daher rühren unsere kollegialen Kontakte. Unvergessen bleibt, wie fair und respektvoll er mit den aus der DDR kommenden Archivaren, Bibliothekaren und Historikern umgegangen ist, was im neuvereinten Deutschland keine Selbstverständlichkeit war. Wenn die Stiftung inzwischen zwei Jahrzehnte eines erfolgreichen Weges zurückgelegt hat, dann auf den Fundamenten, die von ihrem Gründungsdirektor gelegt worden sind.

Wir versichern Ihnen unsere aufrichtige Anteilnahme und versprechen, dass wir das Unsere tun werden, um die Erinnerung an Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg wachzuhalten.

Dr. Reiner Zilkenat
(Vorsitzender)

Berlin, den 4. August 2014

50 Jahre ITH

Grußadresse unseres Förderkreises

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die 1964 in Wien durchgeführte Konferenz zum 100. Jahrestag der Internationalen Arbeiterassoziation legte den Grundstein für die ITH, die nunmehr auf fünf Jahrzehnte erfolgreichen Wirkens zurückblickt. Als langjährige Mitgliedsorganisation nimmt dies der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung zum Anlass, der ITH unsere solidarischen Grüße und viele gute Wünsche für die weitere Arbeit zu übermitteln.

Wir schätzen sehr die anregenden wissenschaftlichen Impulse, die von den Linzer Konferenzen ausgegangen sind und die zahlreichen kollegialen Kontakte, die wir hier knüpfen konnten. Wir danken allen, die in den Gremien der ITH durch rastlosen Einsatz dieses gedeihliche gemeinsame Tun ermöglicht haben wie auch dem gastlichen Jägermayrhof.

Wie bisher, so wollen wir auch künftig aktiv in der ITH mitwirken, uns aktiv an den Tagungen beteiligen und das Unsere tun, um die ITH und ihre Arbeitsergebnisse in dem von uns erreichbaren Umfeld bekanntzumachen.

Auf weitere gute Zusammenarbeit!

Berlin, 20. April 2014

Dr. Reiner Zilkenat
(Vorsitzender)

Prof. Dr. Günter Benser
(Schriftführer)

Anmerkungen der Redaktion:

Wir verweisen auf den Aufsatz unseres Schriftführers im JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2014/II -
Günter Benser: 50 Jahre ITH - aus der Sicht eines Wegbegleiters.

Zur Festsitzung anlässlich des 50. Jubiläums der ITH am 22. April 2014 im Auditorium Maximum der Universität Wien siehe http://www.ith.or.at/ith/ith_50.htm.
Hier sind u.a. die Einführung des ITH-Präsidenten Berthold Unfried und der Vortrag von Susan Zimmermann zur Geschichte der ITH downloadbar.

Archive und Bibliotheken

Zwischenbilanz der Erschließungsarbeiten in der SAPMO (BArch)

Zwanzig Jahre Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv und der sich ankündigende Wechsel in der Leitung der Stiftung boten den Anlass, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Da Neuzugänge nur noch sporadisch und überwiegend zur Ergänzung bereits existierender Bestände – von Nachlässen einmal abgesehen – erfolgen, bezieht sich eine solche Bestandsaufnahme folgerichtig auf die Erschließungsarbeiten und auf deren Präsentation.

Die Spezifik der Erschließungsarbeiten in der Stiftung besteht darin, dass sie sehr unterschiedlich gewachsene und geformte Bestände zu übernehmen hatte. In der Regel waren die übernommenen Organisationsarchive als Sondersammlungen in Bibliotheken entstanden und hatten, wenn überhaupt, erst relativ spät einen eigenen Status und – für die SAPMO (BArch) nicht kompatible – eigene Ordnungen erhalten. Diese entsprachen den Bedürfnissen dieser Organisationen, aber nicht den Standards modernen Archivwesens. Das unterstreicht übrigens im Nachhinein wie berechtigt und notwendig es seinerzeit war, gegen das Auseinanderreißen von Archiven und Bibliotheken anzugehen.

Der Archivbestand hat einen Umfang von 11.381 lfm erreicht. Nachdem die SAPMO (BArch) zunächst vor allem die in erster Linie interessierenden und mit geringem Aufwand aufzuarbeitenden Bestände erschlossen hat, ist folgender Stand erreicht worden: Insgesamt wird der Erschließungsstand mit 68 Prozent angegeben, wobei der Rest aber besonders aufwendige Erschließungsarbeiten erfordert. Ohne die Genesis der Bestände, die teils als lose Dokumentensammlungen oder Altregistraturen übernommen wurden, aufzudecken und archivgerechte Strukturen zu entwickeln, sind eine sachgerechte Präsentation in Findbüchern und die nachfolgende effektive Benutzung nicht möglich. Zum Zeitpunkt der Vorlage dieses Zwischenberichtes waren erschlossen: von den Schriftgutbeständen etwas mehr als die Hälfte, von den Sammlungsbeständen weniger als ein Fünftel, die Plakatbestände fast vollständig, die Bildbestände etwa zu zwei Dritteln, die Tonbestände erst vereinzelt. Subtile Forschung sollte sich also einen Überblick verschaffen, was an verfügbaren Quellen noch zu erwarten ist, und womit definitiv nicht oder nicht mehr zu rechnen ist. Ansonsten ist die Gefahr voreiliger Interpretationen oder von Verabsolutierungen real gegeben. Ist die vom Zentralen Parteiarchiv der SED übernommene Überlieferung auch dank der Vorarbeit des Zentralen Parteiarchivs weitgehend erschlossen, so gestaltet sich die Erschließung der Bestände des FDGB und seiner Einzelgewerkschaften weitaus schwieriger, so dass sie neben den Beständen der FDJ und Nationalrates der Nationalen Front einen Schwerpunkt künftiger Arbeit bildet. Für die von weniger bedeutenden Organisationen übernommenen Bestände muss überhaupt erst eine Tektonik (Klassifikation) geschaffen werden.

Im Berichtsjahr wurden 24 Online-Findbücher in ARGUS neu eingestellt und 40 weitere ergänzt. Hervorzuheben ist, dass sich darunter das Findbuch des umfangreichen Bestandes Parteiorgane des ZK der SED befindet, der 385 lfm und knapp 11.000 Einheiten umfasst. Mit seinen Berichten und Informationen an die Parteiführung sowie den Organisations- und Mitgliederstatistiken von 1946 bis 1989 bietet er wichtiges Material sowohl über zentrale als auch über regionale Vorgänge.

Der Bibliotheksbestand umfasst ca. 33.800 lfm. Das sind etwa 1,69 Mio Bände. Davon sind 43 Prozent digital erschlossen, 40 Prozent in konventionellen Katalogen erfasst und 17 Prozent, bei denen auch mit zahlreichen Dubletten zu rechnen ist, nicht erschlossen. Zurzeit haben die Bibliothekare noch mit dreißig verschiedenen Alphabetischen Katalogen oder Teilkatalogen zu arbeiten. Somit erweist sich die Konversion vor allem der Kataloge größerer Einzelbibliotheken als eine zentrale Aufgabe sowohl zur Erleichterung der Arbeit der Stiftung als auch im Interesse der Nutzer. Da dies mit der Einführung eines neuen Regelwerkes verbunden ist, das die internationale Vernetzung und den Datenaustausch erleichtert, macht die Sache zusätzlich kompliziert. Obwohl wesentliche Arbeiten von einer beauftragten Firma erledigt werden, verbleiben der Stiftungsbibliothek aufwendige Vorbereitungs- und Kontrolltätigkeiten. Für die Nutzer ist wichtig zu wissen, dass Belegexemplare zunehmend auch als PDF-Dateien der Stiftung zugestellt werden. Soweit von den Verfassern freigegeben, können diese im digitalen Katalog gefunden, über Links aufgerufen und heruntergeladen werden.

Demgegenüber sind Bestandszugänge des Archivs im Vergleich zur Frühperiode der Stiftung minimal. Hervorhebenswert sind hier nur jeweils 6 lfm Zugang zu DY 67 Volkssolidarität und BY 9 BV Verfolgte des Naziregimes. Verdienste hat sich die Stiftung mit der Sammlung „Nichtkonventioneller Literatur der Parteien und Organisationen in Nord- und Osteuropa“ erworben. Ein traditionelles Sammelgebiet und gewachsene Verbindungen der früheren Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus aufgreifend, wurden mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft in den letzten Jahren Erwerbungsreisen nach Belorussland, Kroatien, Mazedonien, Slowenien und Albanien gestartet, so dass inzwischen eine einmalige Sammlung entstanden ist, in der sich die Transformationsprozesse in den Ländern des „sozialistischen Lagers“ widerspiegeln. Diese bislang kaum genutzten Materialien sind in einem Online-Katalog bereitgestellt.

Günter Benser

Das Archiv des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB)¹

Zu den historischen Ursprüngen des SGB

Die Arbeitervereine der Schweiz entwickelten sich Mitte des 19. Jahrhunderts vor allem dank der Impulse der von deutschen Flüchtlingen gegründeten Arbeiterbildungsvereine.² Der wichtigste war der Schweizerische Grütliverein, der von 1838 bis 1930 bestand. Johann Phillip Becker (1809-1886), aus Frankenthal gebürtig, führte das Zentralkomitee der Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiterassoziation in Genf an und trug viel zum Aufbau zahlreicher lokaler Sektionen bei.

¹ Die Autorin des Beitrags, Frau Dominique Moser-Brossy, ist seit 1994 Leiterin der Bibliothek und des Archivs des SGB. Die Übersetzung aus dem Französischen übernahm freundlicherweise Herr Dr. Helmut Ettinger. Die verwendeten Literaturangaben folgen in der Zitierweise den in der Schweiz üblichen Standards, von denen sich die Verfasserin auch in der beigefügten Auswahlbibliografie leiten ließ.

² Deren Protagonisten waren vor den Repressalien nach zahlreichen Aufständen und Revolten in Deutschland seit den 1830er Jahren geflohen.

In dieser Zeit entstanden neben den Arbeiterversammlungen auch die ersten Gewerkschaften. So wurde die Druckergewerkschaft Schweizerischer Typographenbund, die älteste im Lande, im Jahre 1858 gegründet.

Auf Beschluss der Arbeiterversammlung von Zürich bringt der aus Breslau (heute Wrocław) stammende Herman Greulich, der seit 1865 in der Schweiz lebt, die erste Nummer der Zeitung „Die Tagwacht: Organ der Sozial-Demokratischen Partei“ heraus. Darin umreißt er Programm und Organisation dieser neuen Partei, die im März 1870 gegründet wird, nach drei Jahren allerdings wieder verschwindet. 1880 neu gegründet, wird sie nach gründlicher Reorganisation ab 1888 wieder aktiv. Herman Greulich, der als der Vater der Arbeiterbewegung der Schweiz gilt, ist zugleich einer der Inspiratoren der Gründung der ersten landesweiten Gewerkschaft, des Schweizerischen Arbeiterbundes, im Jahre 1873, der bis 1880 bestand. Er wird auch Alter Arbeiterbund genannt, um ihn nicht mit dem Zweiten Schweizerischen Arbeiterbund zu verwechseln, als dessen Sekretär Herman Greulich von der Gründung im Jahre 1887 bis zu seinem Tode 1925 tätig ist.

Der Genfer Ausschuss³ beruft eine Generalversammlung der Arbeiter ein. 82 Delegierte, die 9.918 Mitglieder vertreten, gründen auf einem dreitägigen Kongress in Olten (1.-3. Juni 1873) den Schweizerischen Arbeiterbund. Ihm gehören Sektionen des Grütlivereins, Arbeitervereine, konfessionelle oder laizistische Gewerkschaften sowie Krankenkassen an.⁴

Die Interessen der Mitgliedsorganisationen gehen so weit auseinander, dass der Schweizerische Arbeiterbund auf seinem Kongress vom 6. bis 8. November 1880 in Olten aufgelöst und durch den Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB ersetzt wird.

Der SGB wird am 7. November 1880 unter dem Namen Allgemeiner Arbeiterbund in der Schweiz⁵ gegründet. Am 1. März 1881 beschließen 133 Delegierte von 13 Arbeitervereinen sein erstes Statut und bestimmen Genf zum Sitz der neuen Organisation. Als organisierte Gewerke nehmen an seiner Gründung Glaser, Schuhmacher, Schneider, Schlosser sowie Fabrik- und Handarbeiter teil.⁶

1884 verlegt der SGB seine Zentrale nach Zürich, wo sie bis Ende 1902 bleiben soll. Seitdem befindet sie sich in Bern. Ihr erstes offizielles Organ, „Arbeiterstimme“, wird bis 1898 gemeinsam mit der neuen, auf demselben Kongress von 1880 gegründeten Sozialistischen Partei der Schweiz herausgegeben. Auf sie folgt von 1909 bis 1994 die „Gewerkschaftliche Rundschau“.

Von 1880 bis 1896 wird der SGB von den Mitgliedern seines Komitees geführt. 1897 übernimmt Arnold Calame als erster die Funktion des hauptamtlichen Sekretärs. Nach zahlreichen Streiks Anfang der 1880er Jahre gründet der SGB am 5. September 1886 gemeinsam mit dem Grütliverein die Allgemeine Schweizerische Arbeiter-Reservekasse, um Opfern der Gewerkschaftskämpfe Hilfe leisten zu können. Im Jahre 1890 wird der deutsche Name der Organisation von Allgemeiner Gewerkschaftsbund der Schweiz in Allgemeiner schweizerischer Gewerkschaftsbund geändert. Den französischen Namen Union suisse des federations syndicales erhält die Organisation erst 1908. Auf dem Kongress in Winterthur vom 14.-16. April 1900 wird schließlich der heutige Name – Schweizerischer Gewerkschaftsbund – angenommen. Es dauert noch bis zum Jahre 1917,

³ Genfer Zentralkomitee deutscher Sprache der Internationalen Arbeiterassoziation.

⁴ Siehe Protokoll des Ersten Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterkongresses.

⁵ Ebenda, S. 8.

⁶ Die vollständige Liste siehe *Arbeiterstimme*, Jg. 1, Nr. 15 (9.4.1881).

dass auch der heutige französische Name Union syndicale suisse in den Dokumenten erscheint.

Um sich gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen zur Wehr zu setzen, gründen Vertreter des SGB und der Sozialistischen Partei im Februar 1918 das Oltener Aktionskomitee. Dieses organisiert den Generalstreik vom November 1918. Im Jahre 1919 wurde den meisten Mitgliedern dieses Komitees der Prozess gemacht.

Die Geschichte des SGB ist von der sozialen Entwicklung der Schweiz nicht zu trennen, die er immer wieder stimuliert und für die er stets gekämpft hat. Die großen Themen, für die sich der SGB einsetzt, sind die Arbeitsbedingungen, die Sozialversicherung, die Bildung und die Gleichstellung von Männern und Frauen. Im Jahre 1948 wurde per Volksabstimmung die Rentenversicherung und 2004 der Schwangerschaftsurlaub eingeführt. In den meisten Kollektivverträgen sind die 40-Stunden-Woche und ein Jahresurlaub von vier Wochen festgeschrieben.

Heute ist der Schweizerische Gewerkschaftsbund der größte gewerkschaftliche Dachverband der Schweiz. Er zählt 366.811 Mitglieder, die in 16 Föderationen organisiert sind:⁷ Unia (Bau, Gewerbe, Industrie, Tertiärsektor) - 195.958, SEV (Verkehrspersonal) - 44.310, syndicom (Medien und Kommunikation) - 41.289, VPOD (Personal öffentlicher Dienste) - 36.066, SIT (Arbeitnehmer aller Wirtschaftsbereiche, Berufe und Nationalitäten im Kanton Genf) - 10.101, PVB (Personal des Bundes) - 9.869, SBPV (Bankpersonal) - 7.998, AvenirSocial (Soziale Arbeit) - 3.841, garaNto (Zoll- und Grenzschutzpersonal) - 3.652, SMPV (Musikpädagogischer Verband) - 3.821, SSM (Medienschaffende) - 3.292, Kapers (Kabinenpersonals) - 2.739, SMV (Musiker) - 1.797, SBKV (Bühnenkünstler) - 1.268, Nautilus (Schifffahrt) - 764 sowie New Wood (Nations Unies) - 46.

Das Archiv

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund, der 1912 gemeinsam mit der Sozialistischen Partei der Schweiz eine Gewerkschaftsschule gründete, hat sein Archiv stets mit besonderer Sorgfalt gepflegt, wenn ihm auch aus Mangel an Kenntnissen zuweilen bedauerliche Fehler unterlaufen sind. So wurden zum Beispiel Archivalien bis zum Jahre 1994 außer Haus verliehen. Die Unterbringung der Dokumente bis 1994 oder der Verkauf von „Büchern“ aus Platzgründen Anfang der 1960er und noch einmal Anfang der 1990er Jahre⁸, ohne das in Listen zu dokumentieren, geben Raum für verschiedenartigste Vermutungen.

Heute reflektiert das Archiv des SGB diese Vergangenheit. Der sehr reiche und sehr gut erhaltene Bestand befindet sich am Sitz des SGB in Bern.

Das Archiv setzt sich zusammen aus den Akten des Sekretariats (Korrespondenz, vorbereitende Materialien für die Instanzen des SGB oder die Kommissionen, in denen der SGB vertreten ist, Organisation von Kampagnen, Positionspapiere) und den Protokollen der Organe des SGB (Komitees, Delegiertenversammlungen, Kongresse, Kommissionen und Arbeitsgruppen).

Weiter enthält das Archiv die Protokolle und Vorbereitungsdokumente von den Anfängen der verschiedenen Organisationen, die der SGB allein oder gemeinsam mit anderen ins Leben gerufen hat: die Schweizerische Arbeiterbildungszentrale (SABZ), das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH), der Vorläufer der Stiftung für Konsumenten-

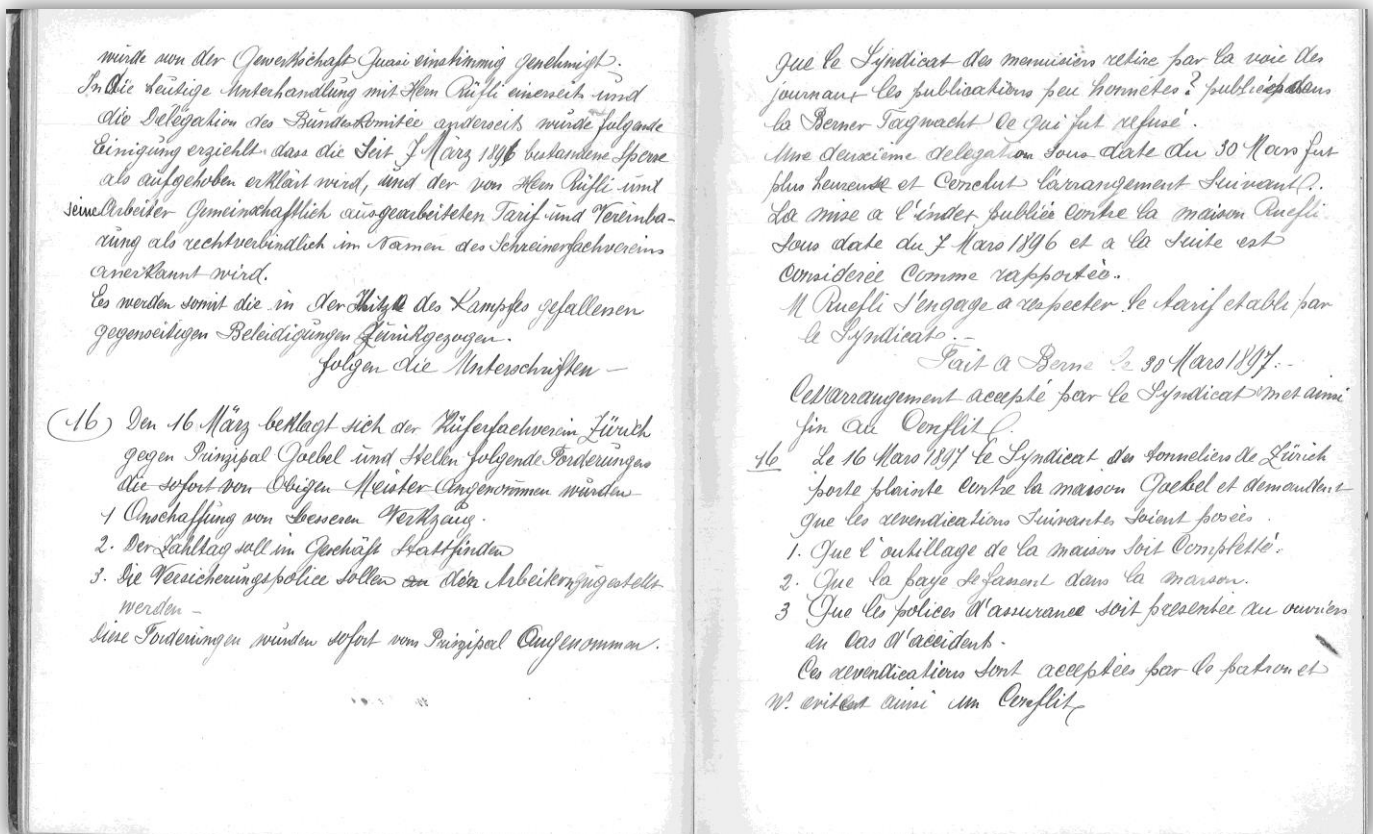
⁷ Seit 1909 veröffentlicht der SGB jährlich die Mitgliederzahlen seiner Verbände und der wichtigsten Arbeiter-Innenorganisationen der Schweiz.

⁸ Siehe Tätigkeitsberichte 1963-1965 und 1990-1993.

schutz (SKS)⁹, oder auch die Vorläuferin einer der großen Schweizer Banken, der COOP-Bank¹⁰.

Logischerweise liegen hier auch die Akten des SGB-Vorläufers Schweizerischer Arbeiterbund und des Oltener Aktionskomitees. Nach dem Tod von Herman Greulich im Jahre 1925 gingen Archiv und Bibliothek des Arbeitersekretariats an den SGB über.¹¹ Das Archiv des SGB schließt auch jenes der Arbeiterunion Bern ein, deren Sekretär von 1890-1893 Nikolaus Wassilieff war.

Wenn man im SGB-Archiv arbeitet, fällt die Zweisprachigkeit ins Auge: Bestimmte Dokumente sind stets auf Französisch und Deutsch abgefasst, zum Beispiel jene aus der Feder von Arnold Calame (dem ersten Sekretär des SGB), der seine Berichte stets selbst übersetzte:



Die Abbildung zeigt einen Auszug aus dem Bericht der Lohnbewegungen und Streiks im Jahre 1897 (links in deutscher, rechts in französischer Sprache).

Ab 1947 war ein Angestellter mit der Verwaltung von Archiv und Bibliothek beauftragt. Letztere enthält alle gebundenen Dokumente, darunter die Protokolle und die Gewerkschaftspresse. Diese stellt häufig die einzige noch erhaltene Quelle zu den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung dar. So ist zum Beispiel die erste Mitgliederliste des SGB bei seiner Gründung im Jahre 1880 in der „Arbeiterstimme“ abgedruckt.

Forschung

Abgesehen von Arbeiten zu bestimmten Aspekten oder einzelnen Ereignissen aus dem Gewerkschaftsleben sind solche äußerst selten, nach denen sich die Geschichte des SGB

⁹ Aktionsgemeinschaft der Arbeitnehmer und Konsumenten.

¹⁰ Bank der Genossenschaften und Gewerkschaften.

¹¹ Siehe Protokoll des Bundeskomitees des SGB vom 30.11.1925, S. 305.

verfolgen lässt. Informationen aus erster Hand über seine Entwicklung findet man daher vor allem in seinen Tätigkeitsberichten. Sie wurden seit 1888 selbstständig veröffentlicht. Dies allerdings über die Jahre in sehr unterschiedlichen Abständen. Seit 1978 werden sie alle vier Jahre vor dem jeweiligen Kongress herausgegeben. Seit 1909 enthalten sie ein Inhaltsverzeichnis. Die Diskussionen und gemeinsamen Strategien der Gewerkschaften finden sich in den Protokollen des Komitees und der Delegiertenversammlungen. Mit Ausnahme der Zeit von Juli 1905 bis März 1908, für die keine Protokolle des Komitees vorliegen, sind die Bestände komplett vorhanden. Die Protokolle des Präsidialausschusses, des Komitees, der Delegiertenversammlung und der Kongresse sowie die Tätigkeitsberichte sind gebunden und tragen die Signaturen PE 436 bis PE 439.

In der „Gewerkschaftlichen Rundschau“, die von 1909-1994 erschien, finden sich zahlreiche Leitartikel aus der Feder von Gewerkschaftssekretären. Dank einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Nationalbibliothek konnten die „Gewerkschaftliche Rundschau“ und ihre französische Version „Revue syndicale suisse“ (RSS) digitalisiert werden. Die deutsche Version ist bereits online mit der Möglichkeit der Volltextsuche zu finden unter <http://retro.seals.ch>. Die RSS wird im Laufe des Jahres 2014 folgen.

Im Pressedienst, erschienen von 1980 bis 2006 als Nachfolgeblatt der Gewerkschaftskorrespondenz, die von 1921-1979 herausgegeben wurde, ist die offizielle Position des SGB zu einem bestimmten Thema und einem genauen Zeitpunkt rasch zu finden. Jeder Band der deutschen Version enthält einen thematisch geordneten Schlagwortkatalog. Die Zeitschrift der Gewerkschaftsjugend, erschienen von 1957-1992, informiert über die Gewerkschaftsarbeit, die von der Jugend und für sie organisiert wurde.

Der Schriftwechsel des SGB mit seinen Verbänden, mit den ihm verwandten nationalen und internationalen Organisationen, mit den Behörden sowie die Akten und Protokolle der verschiedenen Kommissionen sind in Spezialkartons mit der Signatur G als Bestände von neunzig laufenden Metern in Rollregalen abgelegt. Seit 1994 werden alle Akten in einer Datenbank erfasst und inhaltlich erschlossen, die auf der Homepage des SGB online zugänglich ist¹². Ein großer Teil der Bestände ist bereits katalogisiert. Diese Arbeit ist noch nicht vollendet. Frühere Findmittel liegen nur in Form von Karteikarten vor.

Von Anfang an wurden die Archivmaterialien überwiegend nach dem Provenienzprinzip abgelegt. Die Akten werden nach ihrem Platz in der Ablageordnung registriert und erhalten eine Signatur, die ihren physischen Standort ausweist. Serien (Protokolle von Komitees und Kongressen, Antworten auf Vernehmlassungen¹³) sind chronologisch verzeichnet und abgelegt.

Die Plakate von Kampagnen oder von Demonstrationen zum 1. Mai sind sämtlich mit Abbildungen über den elektronischen Katalog einsehbar.

Die Bibliothek enthält die Tätigkeitsberichte, die Protokolle der Kongresse und die Statuten aller SGB-Verbände und kantonalen Gewerkschaftsbünde¹⁴ seit deren Gründung. Sie besitzt zahlreiche Sammlungen von Tarifvereinbarungen und Kollektivverträgen, die

¹² Siehe www.sgb.ch/biblio.

¹³ Das Vernehmlassungsverfahren ist eine wichtige Phase der schweizerischen Gesetzgebung. Die Vorlagen des Bundes sind den Kantonen, den in der Bundesversammlung vertretenen Parteien, den Dachverbänden der Gemeinden, Städte und der Berggebiete, den Dachverbänden der Wirtschaft sowie weiteren, im Einzelfall interessierten Kreisen zu unterbreiten.

¹⁴ Die Sektionen der SGB-Gewerkschaften sind in kantonalen Bündeln zusammengeschlossen. Sie erfüllen in kantonalen Belangen ähnliche Funktion wie der SGB gesamtschweizerisch.

Siehe <http://www.sgb.ch/der-sgb/kantonale-buende/>.

nach den einzelnen Gewerkschaften abgelegt sind. Das älteste derartige Dokument ist der „Arbeitslohn-Tarif über Schuhmacherarbeiten“ von 1874.

Der online-Katalog enthält auch zahlreiche Texte im pdf-Format, zum Beispiel die Publikationen des SGB seit 1994, die Liste aller Abstimmungsempfehlungen¹⁵ seit 1880, eine Liste aller Kongresse, Excel-Tabellen mit den Statistiken der Mitgliederbewegung seit 1880 und eine Liste der Gewerkschaften nach Dachorganisationen und Fusionen mit Abkürzungen und Konkordanzen in den drei Nationalsprachen der Schweiz.

Die Archive der SGB-Verbände und der kantonalen Gewerkschaftsbünde

Bis Anfang der 2000er Jahre befanden sich die Gewerkschaftsarchive grundsätzlich am Sitz ihrer Organisationen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Die relative „Jugend“ der Organisationen, die selten mehr als einhundert Jahre alt sind, häufig sehr strenge Regeln für öffentliche Archive, die die Aufnahme privater Aktenbestände nicht gestatten, dazu ein gewisses Misstrauen seitens der Gewerkschaften, besonders seit der „Fichen-Affäre“.¹⁶ Hinzuzufügen ist, dass die Vorschriften für die Archivierung von Akten und der Beruf des Archivars weitgehend unbekannt waren.

Durch Fusionen und Auflösungen von Gewerkschaften sind deren Akten zum Teil verstreut worden. Bestenfalls findet man sie in bestimmten Kantonalbibliotheken wieder, weil diese für das gesamte überlieferte Schriftgut der Region verantwortlich sind.

Historiker der sozialen Bewegungen in der Schweiz und auf diesem Gebiet spezialisierte Stiftungen wie das „Collège du Travail“ in Genf, das Schweizerische Sozialarchiv in Zürich, die Pellegrini-Canevascini-Stiftung in Bellinzona, das Internationale Zentrum für Anarchismusforschung CIRA in Lausanne, die Gesellschaft für das Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung AEHMO in Lausanne haben durch ihre Tätigkeit die führenden Akteure in den Gewerkschaften für ihre Geschichte und damit auch für die große Bedeutung der gewerkschaftlichen Archive sensibilisiert.

Als im Jahre 1996 die Affäre der herrenlosen Vermögen ans Tageslicht kommt, gerät die Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges ins Zwielficht. Das Komitee des SGB gibt eine Studie zur Rolle der Gewerkschaften in dieser Zeit und zu diesem Zweck eine Bestandsaufnahme der Gewerkschaftsarchive in Auftrag.¹⁷ Dadurch wächst die Erkenntnis weiter, welche Bedeutung diese Aktenbestände haben. Als sich am 1. Januar 2005 drei große Verbände des SGB – die Gewerkschaft Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen SMUV (1915-2004), die Gewerkschaft Bau und Industrie GBI (1992-2004) und die Gewerkschaft Verkauf, Handel, Transport, Lebensmittel VHTL (1915-2004) – zusammenschließen, deponiert die neu entstandene Gewerkschaft Unia die Aktenbestände aller drei Gewerkschaftszentralen beim Schweizerischen Sozialarchiv in Zürich, wodurch dieses zum nationalen Zentrum für Gewerkschaftsarchive der Schweiz wird.

Heute gelten für öffentliche Archive gelockerte Akquisitionsbestimmungen, die es ihnen gestatten, Akten von kantonalen Gewerkschaftsbünden des SGB sowie deren regionalen und lokalen Organisationen zu übernehmen.

¹⁵ Gemeint sind Abstimmungen bei Referenden und Volksinitiativen, meistens 3 bis 4 Abstimmungswochenenden pro Jahr.

¹⁶ Ende 1989 gab es in der Schweiz einen Skandal, als sich herausstellte, dass die Bürger von der Bundespolizei seit über vierzig Jahren ausgespäht und die Ergebnisse in persönlichen Akten festgehalten wurden.

¹⁷ Siehe Angelos Eisinger und Nicole Schaad: *Die Rolle der Gewerkschaften im zweiten Weltkrieg: Arbeitsbericht im Auftrag des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes* (überarbeitete und ergänzte Version), 1998.

Die Archivlandschaft, die dadurch entsteht, ist besser strukturiert und ermöglicht es, die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren besser zu beachten. Die kantonalen und lokalen Gewerkschaftsarchive verbleiben in den jeweiligen Kantonen und Gemeinden, wo ihre Organisationen tätig sind, während die landesweiten Einrichtungen sich in Zürich, dem wirtschaftlichen Zentrum der Schweiz, konzentrieren.

Das Archiv des Sekretariats des SGB nimmt eine gewisse Sonderstellung ein. Das hängt vor allem mit seiner Geschichte zusammen, da der SGB seine Aktenbestände bereits sehr frühzeitig gepflegt und damit eine Sammlung aus etwa 20.000 häufig sehr seltenen oder gar einzigartigen Büchern, Broschüren und Periodika zur Gewerkschaftsbewegung der Schweiz (auf Französisch, Deutsch und Italienisch) zusammengetragen hat. Archiv und Bibliothek sind seit den 1950er Jahren öffentlich zugänglich. Erst im Jahre 2004 hat der SGB erstmalig bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft eine Subvention beantragt, leider ohne Erfolg. Die Bestände, die vom Engagement des SGB für Sozialversicherungsleistungen und für den Schutz der Arbeiterinnen und Arbeiter gegenüber der Eidgenossenschaft Zeugnis ablegen, sind allerdings genau richtig platziert – mitten im politischen Zentrum der Schweiz in Bern in der Nähe des Bundesarchivs, wo unter anderem die Protokolle der Kommissionen liegen, in denen der SGB vertreten ist. Zumindest diese Bestände sind im Schweizerischen Inventar der Kulturgüter verzeichnet.

Um Forscherinnen und Forschern das Auffinden von Aktenmaterial der Gewerkschaften zu erleichtern, hat die Interessengemeinschaft „Geschichte der Schweizerischen ArbeiterInnenbewegung“ auf Vorschlag des Archivs des SGB, das dort Mitglied ist, ein Internetportal eingerichtet, das alle Institutionen, die über Aktenbestände der sozialen Bewegungen der Schweiz verfügen, auffordert, darüber zu informieren. Gegenwärtig sind unter der Adresse www.arbeiterbewegung.ch mehrere Hundert Bestände aus der ganzen Schweiz erfasst und darüber hinaus selbst solche des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam.

Bevor ich diesen Überblick über die schweizerischen Gewerkschaftsarchive mit der Arbeiterschule abschließe, möchte ich das Gretlers Panoptikum zur Sozialgeschichte und das Museum für Gestaltung, beide in Zürich, erwähnen, die wunderbare Sammlungen von Gewerkschaftsplakaten besitzen.

Die Bestände der Schweizerischen Arbeiterbildungszentrale (SABZ)

Die Akten der SABZ werden gegenwärtig archivisch erschlossen. Hier handelt es sich um einen sehr schönen Bestand von Korrespondenzen, Tätigkeitsberichten und manchmal sogar Verzeichnissen von Arbeiterbibliotheken und Arbeiterbildungsausschüssen aus allen Kantonen der Schweiz. In über sechzig laufenden Metern Akten sind die gesamte Tätigkeit der Arbeiterschule, ihre Lehrgänge und Veröffentlichungen festgehalten. Dieses Inventarverzeichnis wird 2015 im Katalog des SGB online gestellt werden.

Filme, die die SABZ im Auftrag des SGB hergestellt oder erworben hat, um sie ihren Mitgliedern vorzuführen, sind im Rahmen der nationalen Organisation für die Aufbewahrung und Nutzung des audiovisuellen Erbes der Schweiz Memoriav restauriert und im nationalen Filmarchiv in Lausanne eingestellt worden. Eine entsprechende Liste kann bei Memobase, der Datenbank von Memoriav, eingesehen werden.¹⁸

Dominique Moser-Brossy

¹⁸ Siehe <http://de.memoriav.ch/>.

Auswahlbibliografie

A) Vom SGB für Gedenkveranstaltungen vorgesehene Werke:

Friedrich Heeb: Der Schweizerische Gewerkschaftsbund 1880-1930. Bern, 1930 / L'Union syndicale suisse 1880-1930. 1933

Un siècle d'Union syndicale suisse 1880-1980. Office du livre, 1980

Valérie Boillat [et al.] (Hrsg.): Vom Wert der Arbeit. Rotpunktverlag, 2006 / La valeur du travail. Antipode, 2006

B) Werke, die seit 1990 erschienen sind:

Bernard Degen / Markus Kübler: Die Gewerkschaften zwischen Integration und Ausgrenzung. (Separatausdruck aus: Krisen und Stabilisierung: die Schweiz in der Zwischenkriegszeit. S. 127-143), 1998

Angelus Eisinger / Nicole Schaad: Die Rolle der Gewerkschaften im Zweiten Weltkrieg: Arbeitsbericht im Auftrag des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. 1998

Robert Fluder [et al.]: Gewerkschaften und Angestelltenverbände in der schweizerischen Privatwirtschaft: Entstehung, Mitgliedschaft, Organisation und Politik seit 1940. Seismo, 1991

Robert Fluder: Interessenorganisationen und kollektive Arbeitsbeziehungen im öffentlichen Dienst der Schweiz: Entstehung, Mitgliedschaft, Organisation und Politik seit 1940. Seismo, 1996

Robert Fluder: Politik und Strategien der schweizerischen Arbeitnehmerorganisationen: Orientierung, Konfliktverhalten und politische Einbindung. Rüegger, 1998

Stefan Länzlinger, Thomas Schärer: Stellen wir diese Waffe in unseren Dienst: Film und Arbeiterbewegung in der Schweiz. Chronos, 2009

Simon Mohr: Der Schweizerische Gewerkschaftsbund in der Herausforderung des Nationalsozialismus 1933-1945 (Magisterarbeit Albert-Ludwig-Universität Freiburg i. Br.), 2007

Daniel Oesch: Organisationen im Umbruch: die Gewerkschaften in der Schweiz von 1990 bis 2006 (Dossier SGB Nr. 51), 2007 / Les syndicats en Suisse de 1990 à 2006: stratégies, fusions et évolution de leurs effectifs (Dossier USS n° 51), 2008

Dominique Stéphane Rudin: Propagandafilme aus der schweizerischen Arbeiterbildungszentrale 1931-1947: Evidenzproduktion und Kollektivformulierungen. (Liz. Phil-Historische Fakultät der Universität Basel), 2005

Jean Steinauer und Malik von Allmen: Weg mit den Baracken!: die Immigranten in den schweizerischen Gewerkschaften 1945-2000. En Bas, 2000 / Changer la baraque: les immigrés dans les syndicats suisses 1945-2000. En Bas, 2000

Brigitte Studer et François Vallotton: Histoire sociale et mouvement ouvrier: un bilan historiographique 1848-1998 = Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung: eine historiographische Bilanz 1848-1998. En Bas, 1997

C) Sammlung zur Arbeiterbewegung:

AEHMO: Cahiers d'histoire du mouvement ouvrier, 1984, no. 1- (erscheint jährlich)

D) Zu Gewerkschaftsarchiven:

Alda De Giorgi [et al.] (éd.): Archives, histoire et identité du mouvement ouvrier. Collège du Travail, 2006

Dominique Moser-Brossy: Place et valorisation d'une bibliothèque dans un dépôt d'archives. L'exemple de la bibliothèque de l'Union syndicales suisse. Travail de Certificat en archivistique Université Lausanne, 2006

Die Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED

Es muss Gründe geben, wenn hier auf die Bibliothek eines Instituts eingegangen wird, das seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr existiert. Und es gibt sie in der Tat, denn es handelt sich um eine der umfangreichsten und bedeutendsten sozialwissenschaftlichen Bibliotheken im deutschsprachigen Raum, die maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung des Bibliothekswesens der DDR genommen hat. Diese Bibliothek bildet mittlerweile den Grundstock der Bibliothek der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, die wiederum eine Art Leitfunktion im Bibliothekswesen des Bundesarchivs ausübt und eine gewisse Vorreiterrolle bei der digitalisierten Bereitstellung gedruckter Quellen übernommen hat.

Als die Entscheidung für die SAPMO als unselbständige Stiftung im Rahmen des Bundesarchivs fiel, war es keine Selbstverständlichkeit, dass in die neuen Archivstrukturen eine Bibliothek Aufnahme fand, deren Dimension¹ strenggenommen den Sammlungsauftrag des Bundesarchivs sprengt. Deshalb ist all denen zu danken, die seinerzeit genügend Weitsicht und Durchsetzungsvermögen bewiesen haben, damit die organische Verbindung zwischen dem Zentralen Parteiarchiv der SED und der Bibliothek des IML nicht zerstört wurde.² So können heute – in absehbarer Zeit sogar im gleichen Lesesaal – Akten sowie mit diesen korrespondierende außerhalb des Buchhandels erschienene, mit Archivadokumenten vernetzte Drucksachen wie auch einschlägige Primär- und Sekundärliteratur parallel studiert werden. Gut beraten ist dabei, wer sich etwas in der Genesis der Bestände und der Geschichte der Ursprungsbibliothek auskennt. Deshalb verdient es hohe Anerkennung und ist es sehr hilfreich, dass sich frühere Mitarbeiter der Bibliothek des IML der Aufgabe unterzogen haben, den Werdegang und ausgewählte

¹ Es handelte sich um ca. 700.000 inventarisierte und ca. 100.000 unbearbeiteten bibliografische Einheiten.

² Zu den Auseinandersetzungen um die Zukunft ostdeutscher Archive und Bibliotheken der Arbeiterbewegung siehe Günter Benser: Was geschah mit den Archiven und Bibliotheken der Parteien und Organisationen der DDR (= hefte zur ddr-geschichte 113), Berlin 2008; Ders.: Aus per Treuhand-Bescheid. Der Überlebenskampf des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 2013.

Bereiche dieser Bibliothek zu erforschen und darzustellen. Ihre Texte werden auf der Website unseres Förderkreises präsentiert.³

Der langjährige Leiter der Bibliothek *Jürgen Stroech* behandelt sehr detailliert und gut belegt die Vor- und Frühgeschichte der Bibliothek, deren Ursprünge bis auf das Jahr 1947/1948 zurückgehen, und die 1949 mit der systematischen Erwerbung von Büchern und Broschüren begann. Hier finden zahlreiche Personen Erwähnung, die sich um diese Bibliothek verdient gemacht haben, in Sonderheit der als Bibliotheksleiter tätige Bruno Kaiser, der Bücher nicht nur liebte, sondern auch aufzuspüren verstand. Unter seiner Leitung wuchsen in der DDR ausgebildete Bibliothekare zu versierten Fachleuten heran, bildeten sich die Strukturen der Bibliothek und die Methoden der Erschließung heraus, wuchsen die Bestände kontinuierlich an Quantität und Qualität. Als Anlagen finden sich hier der wegweisende Beschluss des Zentralsekretariats des ZK der SED über die Bildung eines Wissenschaftlichen Instituts beim Parteivorstand der SED vom 29. Dezember 1947 und die von Bruno Kaiser den Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl unterbreiteten Vorschläge für die Gestaltung eines Marx-Engels-Lenin-Instituts vom 3. März 1949.

Dagmar Goldbeck (ehemals Sektorleiterin) beschreibt, wie aus bescheidenen Anfängen heraus eine Spezialbibliothek zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und zur Marx-Engels-Forschung von nationaler und internationaler Bedeutung geworden ist. Erwerben, Erschließen und Bereitstellen von Literatur vollzogen sich in enger Verflechtung. Als zentrale wissenschaftliche Bibliothek der Partei mit Archivfunktionen sicherte sie historische Dokumente, Fotos, Handschriften und übernahm die in Nachlässen vorhandenen schriftlichen Quellen und Zeugnisse zur Geschichte der Partei und Arbeiterbewegung, bevor sich das Parteiarchivwesen etablierte. Bereits ab 1. Dezember 1949 war festgelegt, dass die Bibliothek Pflichtexemplare aller neu erscheinenden Parteiveröffentlichungen erhalten sollte. Erwerbungsrichtlinien, Erwerbungsarten und Erwerbungsmittel werden eingehend vorgestellt. Die belegten vielfältigen Partnerbeziehungen beweisen, dass diese Bibliothek alles andere als isoliert war. Wir werden mit Wechselbeziehungen zwischen Bibliothek und zentralen Forschungs- oder Editionsprojekten bekannt gemacht, wobei die Unterstützung der Marx-Engels-Gesamtausgabe eine besondere Herausforderung darstellte. Von speziellem Interesse für Forscher dürften die Verweise auf Sonderbestände der Bibliothek sein.

Heinz Sommer (ehemals Sektorleiter) gibt in seinem Beitrag Auskünfte über die Benutzung der Bibliothek, die ja keine allgemein zugängliche, öffentliche Bibliothek war. Gleichwohl bot sie zahlreichen Interessenten aus dem In- und Ausland auf Antrag Arbeitsmöglichkeiten, und sie war in das System der Fernleihe integriert. Die hier dargebotenen Ausführungen über die auf Benutzung und Benutzer ausgerichteten Tätigkeiten der Bibliothek sind mit statistischen Daten untersetzt. Eingegangen wird auch auf die bis zur Umbildung in das Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung im Januar 1990 praktizierten Benutzungsbeschränkungen, in denen sich die ideologische Enge und die administrative Reglementierung von Wissenschaft und Bibliothekswesen in der DDR widerspiegeln, die aber teilweise auch zum Schutz von Raraexemplaren unerlässlich waren. Die im Laufe der Jahre mehrfach präzisierten Bibliotheks- bzw. Benutzungsordnungen sind als Anhang beigelegt.

³ www.fabgab.de/aufsaeetzeundbeitraege/bibliothek. - Siehe auch Notiz von Heinz Sommer in: MFK, Nr. 42 vom September 2012, S. 9.

An dieser Stelle konnte nur andeutungsweise auf Inhalt und Wert dieser instruktiven Beiträge zur Geschichte der Bibliothek des IML eingegangen werden. Sie zeugen allesamt davon, wie in dieser Bibliothek trotz manch einengender Rahmenbedingungen zunehmend professionell gearbeitet wurde und wie unabdingbar eine ausgewogene Beurteilung der Leistungen und der Grenzen dieser Institution und ihrer Mitarbeiter ist. Bleibt zu hoffen, dass dem Dargebotenen noch Auskünfte über die bibliografische Tätigkeit der Bibliothek, ihre bedeutenden Periodikabestände und ihren allgemeinen Werdegang bis 1990 auf dieser Website folgen werden.

Günter Benser

NEU

Kalender 2015 – Wegbereiterinnen XIII

NEU

Konzipiert und herausgegeben von Gisela Notz, AG SPAK, Herbst 2014, 15 S., A3 Ringbindung, Preis: 14,50 € zzgl. 4,90 € Porto ISBN 978-3-940865-85-4

Kalenderfrauen:

- Claudia von Geliéu, Berlin: **Cläre Casper-Derfert** (1894 – 1976)
Gewerkschafterin und Kriegsgegnerin im Ersten Weltkrieg
- Gisela Notz, Berlin: **Alis Guggenheim** (1896 – 1958)
Schweizer Bildhauerin und Malerin, Jüdin, Treffpunkt für MigrantInnen im NS
- Bernd Gruschwitz, Bremen: **Agnès Humbert** (1896 – 1963)
Mitglied der Resistance in Paris, verschleppt in mehrere Lager, in Thüringen von US-Amerikanern befreit
- Christl Wickert, Berlin: **Rosa Jochmann** (1901 – 1994)
Arbeiterin aus Wien, SPÖ, Gewerkschaft der Chemiarbeiter, Frauenrechtlerin, KZ Ravensbrück, 1967 erste Frau im PV der SPÖ
- Cornelia Wenzel, Kassel: **Wilhelmine Kähler** (1864 – 1941)
Gewerkschafterin, Politikerin, Reichstagsabgeordnete der SPD
- Annika Reuwand, Münster: **Else Kienle** (1900 – 1970)
Ärztin, Kämpferin für die Selbstbestimmung der Frauen
- Marga Voigt, Berlin: **Lore Krüger** (1914 – 2009)
Fotografin, Antifaschistin, Jüdin, 1933 Exil
- Therese Wütthrich, Bern: **Gertrud Kurz** (1890 – 1972)
Aktiv gegen die restriktive Schweizer Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg
- Ramona Saavedra Santis, Ravensbrück: **Antonina Nikiforova** (1907 – 2001)
Sowjetische Militärärztin, Pathologin im Frauen-KZ Ravensbrück, Ravensbrück-Chronistin
- Shelley E. Rose, Cleveland (USA): **Aida Overton Walker** (1880 – 1914)
Afroamerikanische Künstlerin und Aktivistin
- Frauke Mahrt-Thomsen, Berlin: **Bona Peiser** (1864 – 1929)
Erste Bibliothekarin, Gewerkschafterin, Lesehallenbewegung
- Hella Hertzfeldt, Berlin: **Helene Simon** (1862 – 1947)
Sozialdemokratin, Aufbau der Arbeiterwohlfahrt, Sozialpolitikerin, Jüdin.

Bestellungen – AG SPAK Bücher, Burlafinger Str. 11, 89233 Neu-Ulm
Tel.: 07308 / 91 92 61; Fax: 07308 / 91 90 95; Email: spak-buecher@leibi.de

Neu entdeckter Brief eines französischen Sozialisten an Rosa Luxemburg aus dem Jahre 1911¹

Rosa Luxemburg hatte die französischen Sozialisten Jules Guesde und Édouard Vaillant als Gastredner zur Massendemonstrationsversammlung angesichts der 2. Marokkokrise mit dem Thema „Marokko – die Kriegshetze und die internationale Sozialdemokratie“ am 20. August 1911 nach Leipzig eingeladen. Die Offerte konnten sie aber nicht wahrnehmen. In der Rubrik „Aus der Partei“ der „Leipziger Volkszeitung“ vom 25. August 1911 ist das nachfolgend wiedergegebene Antwortschreiben vom Krankenlager Jules Guesdes veröffentlicht.

Eckhard Müller

Das Dokument:

„Greves de Leig, Insel Jersey, England.

19. August 1911.

Werte Genossin!

Erst gestern hat Ihr Brief unsern Freund Guesde erreicht, der, wie Ihnen schon eine kurze Depesche gemeldet hat, bettlägerig ist und kaum begonnen hat, sich von einer schweren Krankheit zu erholen, die ihn noch für einige Zeit zu völliger Ruhe verurteilt.

Ich schreibe Ihnen an seinem Bette und ich kann Ihnen kaum sagen, mit welcher aufrichtigen und tiefen Betrübniß unser Freund darauf hat verzichten müssen, dem Ruf der Leipziger Freunde und sozialistischen Brüder von Leipzig zu folgen.

Denn, wie er mir eben sagte, ist ihm die Demonstration nicht bloß eine Gelegenheit für uns, aufs Neue den einmütigen und entschlossenen Willen des verbrüdernten Proletariats Frankreichs und Deutschlands nach Frieden zu bekräftigen in einer Stunde, da die schändlichen Machenschaften der feindlichen kapitalistischen Gruppen ihn brechen zu wollen scheinen. Sondern sie ist auch über die Umstände des Augenblicks hinaus ein Anlass, aufs Neue das gemeinsame Ziel der Eroberung der Produktions- und Austauschmittel zu proklamieren und die gemeinsame Taktik, die ruhmreich erprobt wurde in unaufhörlichen und unerbittlichen Kämpfen gegen die kapitalistische Bourgeoisie. Sie führt zu gleichem Kampf, zu täglich fester werdender Waffenbrüderschaft das Proletariat aller Länder zusammen, das, in der Arbeiter-Internationale vereinigt, sich zum Sturm vorbereitet zur Eroberung der politischen Gewalt, das sichere Mittel seiner Befreiung.

Alles das würde Ihnen Jules Guesde gesagt haben, wenn seine Gesundheit ihm erlaubt hätte, nach Leipzig zu kommen. Sie können des aufrichtigen Bedauerns versichert sein, da nicht bloß er, das wir alle empfinden, Ihnen das nur brieflich sagen zu können.

Genehmigen Sie, werte Genossin, meine brüderlichen sozialistischen Grüße.

Charles Dumas, sozialistischer Deputierter von Allier.“

¹ Die Redaktion bedankt sich bei Annelies Laschitza und Eckhard Müller für den Vorabdruck des Briefes, der in den Bd. 7 der Gesammelten Werke Rosa Luxemburgs Aufnahme finden wird.

„Brot und Frieden sei die Losung!“

Zur Erinnerung an eine Flugschrift des Sozialisten Arthur Stadthagen aus dem Jahr 1915¹

Vor hundert Jahren brach die deutsche Arbeiterbewegung vor dem hurrapatriotischen Getöse der Hohenzollernmonarchie zusammen und vermochte sich nicht den deutschen Kriegstreibern entgegen zu stellen, die den Krieg schon seit Jahren vorbereiteten und ihn stets lieber heute als morgen vom Zaune gebrochen hätten. Die deutsche Sozialdemokratie stimmte am 4. August 1914 der Bewilligung der ersten Kriegskredite zu, nur Josef Simon und Fritz Kunert hatten vorher den Sitzungssaal verlassen. Sie waren mithin die einzigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die nie für die Bewilligung der Kriegsanleihen stimmten, denn sowohl Karl Liebknecht und Otto Rühle, die als erste aus der erzwungenen Fraktionsdisziplin ausscherten, als auch die „Dezembermänner“ von 1915 um Hugo Haase, Georg Ledebour, Wilhelm Dittmann und Arthur Stadthagen fügten sich zunächst noch dem Mehrheitswillen der Fraktion, zu tief saß die Furcht vor den vermeintlichen politischen Folgen eines Disziplinbruchs.

Erst nach Liebknechts „NEIN“ am 2. Dezember 1914 gerieten die Kritiker der „Burgfriedenspolitik“ in Bewegung. Der Krieg dauerte ohnedies schon länger, als seine Protagonisten es den im Kriegstaumel jubelnden Massen versprochen hatten. Durch Liebknechts und im März 1915 auch Rühles offenes „NEIN“ unter Druck gesetzt, entschlossen sich Teile der vorwiegend vom „marxistischen Zentrum“ repräsentierten Fraktionslinken zum Handeln. Ab dem 9. Juni 1915 kursierte ein Unterschriftenflugblatt der Opposition in der Arbeiterbewegung, in dem, verfasst von Karl Liebknecht, Heinrich Ströbel, Georg Ledebour, Hermann Duncker und Franz Mehring, das Ende der „Burgfriedenspolitik“ und die Rückkehr zu sozialistischen Friedenspositionen vehement gefordert wurden. Nur wenige Tage später erschien der Aufruf von Hugo Haase, Karl Kautsky und Eduard Bernstein „Das Gebot der Stunde“. Da auch Rosa Luxemburgs unter dem Pseudonym „Junius“ verfasste Schrift „Die Krise der Sozialdemokratie“ im gleichen Zeitraum veröffentlicht wurde und die Parteidiskussion vorantrieb, sah die Fraktionsopposition die Zeit zum offenen Agieren gekommen. Ihr Ziel war – im Unterschied zu Liebknecht und Rühle, die dafür wenig Spielraum sahen – die Wiedergewinnung der politischen Mehrheit in Partei und Fraktion und eine schnelle Abkehr von der Politik des „Burgfriedens“.

Am 21. Dezember 1915 sollte über die Bewilligung der fünften Kriegskredite im Reichstag abgestimmt werden. Die SPD hatte für den „Burgfrieden“ bereits einen hohen Preis bezahlt, der Aderlass der Sozialdemokratie im Krieg ging beispielsweise auch an der Niederbarnimer Parteiorganisation nicht spurlos vorüber. So sank die Mitgliederzahl bis September 1915 um mehr als eintausend auf 15.069 ab. Der radikale Sozialist und Reichstagsabgeordnete Arthur Stadthagen (1857-1917) muss sich in dieser Periode entschlossen haben, seine kriegskritische Haltung endlich öffentlich zu diskutieren. Denn im November 1915, also vor der Abstimmung über die fünften Kriegskredite, veröffentlichte er im Selbstverlag eine Flugschrift „An meine Wähler im Kreise Nieder-Barnim!“ Seit dem August 1914 hatte Stadthagen zu den innerfraktionellen Gegnern des „Burgfriedens“ gehört,

¹ Das hiermit erstmals in Gänze veröffentlichte Flugblatt von Arthur Stadthagen „An meine Wähler im Kreise Nieder-Barnim“, November 1915, erhielt der Autor vom Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Nachlass Paul Levi, Sign. 134). Das Dokument befindet sich auch im Archivbestand des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte (IISG) Amsterdam (Robert Grimm Papers, E 4).

Diese Kopie wurde im "Archiv der sozialen Demokratie" (FES) hergestellt. Weitergabe und Veröffentlichung sind nur mit schriftlicher Genehmigung des o. e. Archivs gestattet.

An meine Wähler im Kreise Nieder-Barnim!

Ueber 15 Monate lang währt der größte Krieg von allen, die je in der Welt gewüthet haben. Und noch kein Ende! Während dieser Zeit ist es dem Abgeordneten nicht möglich, in der Weise wie in Friedenszeiten zu seinen Wählern zu sprechen. Und doch ist dringend notwendig, daß die Wähler die Ansicht ihres Abgeordneten über das, was nothut, kennen lernen. Deshalb wähle ich diesen schriftlichen Weg, um zu betonen, was nach meiner Ueberzeugung im Interesse des Mittelstandes, der Kleinbauern, der Arbeiter, kurz der Gesamtheit dringend notwendig ist.

Einer für Alle, Alle für Einen: das ist der Grundsatz, der in unserem Vaterland dasheim insbesondere, während unsere wehrfähige Mannschaft sich auf den Schlachtfeldern befindet, zur Abwehr und Linderung der Noth gelten müßte. Wird dieses Gebot aber in Wahrheit befolgt? Geben die Noth so vieler Kriegersfamilien, so vieler Familien des Mittelstandes, von Kleinbauern, Handwerkern und Arbeitern. Denken an die unerträgliche Verteuerung der Lebensmittel, denkt an die unvorhergesehenen Gewinne, die Kriegslieferanten, die Großgrundbesitzer, die Aktien-Gesellschaften für Nahrungsmittel und für Kriegszubehor haben, und an die hohen Gewinne, die Großhändler einstreichen — dann werdet Ihr leider die Frage, ob der Grundsatz:

Einer für Alle, Alle für Einen

dasheim in die Tat umgesetzt ist, mit einem unbedingten

Nein

beantworten müssen. An Stelle dieses Grundsatzes, der drücken auf dem Schlachtfeld gültig ist, in der Heimat vielfach der Grundsatz gewissenloser

Ausnutzung der Nothlage der großen Menge

getreten. Eine schier unerträgliche Entbehrung auf der einen, raffigierigste Profitgucht auf der anderen Seite. Und doch sollte jeder anständige Bürger, gleichviel welchem Stande er angehört und welcher politischen Ansicht er huldigt, ein Eintreten für das Wohl des Ganzen zu seiner ersten Pflicht halten. So weit der Krieg Opfer verlangt, müßte jeder diese Opfer bringen. Das Gegentheil sehen wir vielfach dasheim. In vielen Familien der Kriegsteilnehmer herrschen Hunger und Entbehrung; Unterernährung der großen Menge, der Säuglinge, Kinder und Frauen schreitet von Tag zu Tag weiter. Und das nicht, weil wir keine Nahrungsmittel haben — die sind im ausreichenden Maße vorhanden — sondern weil die Preise für die notwendigsten Lebensmittel enorm, auf das Doppelte, ja Dreifache gegenüber früher gestiegen sind. Die Preise für Butter, Schmalz, Margarine, Fleisch, Gemüse, Kartoffeln und andere Gegenstände haben eine für die Masse des Volkes schier unerschwingliche Höhe erreicht. Ist das notwendig, ist die Nothlage unabwehrbar? Vollständig. Befolgte man den schon in Friedenszeiten von der Sozialdemokratie verachteten Grundsatz: **Einer für Alle, Alle für Einen**, so könnte von Noth keine Rede sein. Von Beginn des Krieges an hat die Sozialdemokratie verlangt, daß Sicherstellung der notwendigen Ernährung durch Beschlagnahme der Nahrungsmittel in jeglicher Art, durch Enteignung zu mächtigen Preisen und durch gleichmäßige gerechte Verteilung des Vorhandenen erfolge. Die Regierung hat auch die Nothwendigkeit eines staatlichen Eingriffs anerkannt. Sie ist aber bei allem guten Willen über Entwürfungen und abermals Entwürfungen und über völlig unweidende Maßregeln nicht hinaus gekommen. Statt niedriger Preise sind enorm hohe Höchstpreise festgesetzt, die zu Normalpreisen geworden sind. Was müssen die Höchstpreise dem, der sie nicht bezahlen kann? Verordnungen auf Verordnungen mit einem Wald von Paragraphen sind seitens des Bundesrates ergangen. Wenn Paragraphen sätigen können, so wäre die Entbehrung beseitigt. In Wahrheit sind aber jene Verordnungen völlig unzulängliches Plünderwerk. Statt durch ganze Arbeit billige Preise herbeizuführen, werden enorm hohe Preise festgehalten. Freilich,

wer den Krieg als eine gute Geschäftsgelgenheit ansieht, wird hohe Preise rechtfertigen.

Andere Ansicht ist der, der die Ausnutzung der durch den Krieg geschaffenen Konjunktur einem Gemeingefühlreichen landesherrlichen Verbrechen gleichstellt.

Mit dem Kriege sind gewisse Entbehrungen und Einschränkungen unabweislich verbunden, aber keineswegs die enorme Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel. Würden alle zum Lebensunterhalt erforderlichen Produktionsmittel — in erster Linie der Großgrundbesitz — in den Händen der Gesamt-

heit sein, und von ihr und für sie verwaltet werden, so wäre ausreichende Ernährung einem jeden gewährleistet. Eine gleichmäßige Verteilung aller Vorräte über das ganze Reich nach den Grundsätzen absoluter einseitiger Gerechtigkeit ist im Kriege aber auch vor Durchsetzung dieser sozialdemokratischen Forderung möglich und notwendig.

Es ist richtig, daß mit dem Grundsatz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung solche Verteilung nicht übereinstimmt, die ohne einen Gewinn vorzunehmen ist, der über ein Entgelt für die verwendete Arbeitskraft und die gemachten Aufwendungen hinausgeht. Auf Gewinn, auf Profit, auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht ja die heutige Gesellschaftsordnung. Wenn aber an den kapitalistischen Grundsätzen auch im Kriege und auch, soweit es sich um die notwendigsten Bedürfnisse handelt, festgehalten wird, so müssen mit Nothwendigkeit die entsetzlichen Folgen eintreten, unter denen der Mittelstand und die Arbeiter leiden. Durchgreifend helfen kann — auch für Friedenszeiten — nur eine Organisation der Gesellschaft, durch die die Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit geregelt ist. Das ist allerdings das von der sozialdemokratischen Partei seit je erprobte Ziel.

Die Verteuerung folgt aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in der wir leben und in der auch in diesem Kriege eine Handvoll Leute instande ist, hintanzuhalten was im Interesse der Gesamtheit dringend erforderlich ist. Da wird die Waare zurückgehalten und aufgespeichert, um sie hernach unter Ausnutzung der durch den Krieg geschaffenen Nothlage möglichst teuer zu verkaufen, unbekümmert darum, ob die große Menge Noth leidet.

Das darf nicht mehr so weiter gehen!

Bis hierher und nicht weiter!

Der Hunger und die Unterernährung müssen Krankheit und Siechtum der Arbeiter und des Mittelstandes zur Folge haben. Soll das der Dank des Vaterlandes für die Pflichterfüllung auf dem Schlachtfeld sein? Die

Angehörigen des Mittelstandes und die Arbeiter

verkünnen durch Erfüllung ihrer Wehrpflicht ihr gesamtes oder nahezu ihr gesamtes Eigentum und sehen ihr Leben und ihre Gesundheit aufs Spiel. Jene aber, die den Rang um das goldene Raß schamlos aufführen, heimlich während des Krieges und durch den Krieg Gewinn auf Gewinn für sich ein. Mit Recht herrscht eine ungeheure Erbitterung über die entsetzliche Verteuerung. Bedauerlich ist es, daß von der Empörung über die jetzigen Zustände fortgerissen, an vielen Orten Mäute und Räden geplündert sind. Bedauerlich zumal, weil die wirklichen Schuldigen dadurch nicht getroffen werden. Aber diese Tatsachen zeigen, welchen Grad die Verzweiflung erreicht hat. Es sind nach den Unruhen ja allerdings eine Reihe Verordnungen und Festsetzungen von Höchstpreisen ergangen. Aber diese Maßregeln reichen durchaus nicht aus, um der Verteuerung wirksam entgegenzutreten. Schnelle Enteignung zu mächtigen Preisen und gerechte Verteilung im bitter Noth.

Sollen Hunderttausende und aber Hunderttausende, sollen Millionen Kriegsteilnehmer auf den Schlachtfeldern ihr Leben lassen, ihre Gesundheit opfern, damit ein kleiner Teil der Bevölkerung auf Kosten der Gesundheit, des Lebens und des Glücks der großen Menge ungeheure Gewinne einstreicht? Gewiß sind die Schwierigkeiten zur Beseitigung der Noth in unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung groß, aber sie sind keineswegs unüberwindlich. Man erhebe nur den Grundsatz der kapitalistischen Ausbeutung: „Sehe jeder wie er es treibe, sehe jeden wo er bleibe!“ wenigstens für die Kriegszeit durch den sozialdemokratischen Grundsatz: **„Einer für Alle, Alle für Einen!“**. Die gemeingefährliche Profitgier ist ein Feind der heutigen Gesellschaftsordnung, sie kennt keine Rücksicht auf Menschenleben, Menschenwürde und Menschengesundheit. Dieser innere Feind ist der gefährlichste von allen möglichen Feinden.

Je länger der Krieg andauert, desto größer wird, wenn nicht endlich der angegebene Weg beschritten wird, die Verteuerung. Aber haben die eigensüchtigen Ausbeuter des Krieges nicht gar durch Aufstellung unmöglich zu verwirklichender Kriegsziele den

Krieg zu verlängern,

und so desto länger die große Menge ausplündern zu können? Siegreich war bislang unser Heer. Es wäre längst möglich gewesen, wenn Frieden zu kommen, wenn nur das Ziel einer Ab-

nicht unserer Feinde erreicht werden soll. Viel weiter gehende Ziele werden aber von solcher Gruppe aufgestellt, deren frühere Politik mit zum Kriege getrieben hat. Es werden Programme aufgestellt, die dem gegenwärtigen Krieg deutlich den Stempel eines Eroberungskrieges aufdrücken. Schon am 15. März 1915 erklärte der Präsident des Herrenhauses, von Wedel-Piesdorf:

Wenn wir nichts weiter wollten als den Angriff der Feinde abschlagen, so glaube ich, würde es nicht allzu schwer sein, einen Frieden in kurzer Zeit zu erlangen."

Lebhafte, starke Kriegeseifersucht herrscht in dem größten Teile unseres Volkes und derjenigen Völker, mit denen das Deutsche Reich im Krieg lebt. Nichts wird sehnlicher herbeigewünscht als ein baldiger, dauernder Friede auf der Grundlage freier Vereinbarungen. Er wäre möglich, statt dessen verlangen der großkapitalistische Zentralverband deutscher Industrieller, der agrarische Bund der Landwirte, der Deutsche Bauernbund, der Bund der Industriellen, der Westfälische Bauernverein und der reichsdeutsche Mittelstandesverband einen

Eroberungskrieg!

Unverhohlen fordern die Vorstände dieser mächtigen Verbände in einer Eingabe vom 20. Mai

Annektionen in Europa und Eroberung eines großen Kolonialreiches.

Mehr als sieben Millionen Belgier und drei Millionen Franzosen sollen lebenswähig unter deutsche Herrschaft gestellt werden. Nicht minder wird von diesen Verbänden ein großer Machtzuwachs im Osten verlangt. Wer solche Forderungen aufstellt, verständigt sich am deutschen Volk. Denn die Aufstellung solcher Forderungen heißt den Krieg verlängern, ihre Verwirklichung hieße einem neuen Krieg die Wege bahnen. Und doch haben sich in ähnlicher Weise wie diese Verbände konservativ und nationalliberale Zusammenschlüsse und andere einflussreiche Kreise geknüpft. Solchen Bestrebungen muß auf das entschiedenste entgegengetreten werden. Mit Recht führte die sozialdemokratische Fraktion am 4. August 1914 im Reichstag über die Ursache des Krieges aus:

„Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine neue Welle des Wettlaufens herbeigeführt wurde und die Gefahren unter den Völkern sich verschärfen, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebracht. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu; wir bekämpfen sie ab.“

Wenn es gilt, gegen Eroberungsgelüste fremder Völker das eigene Vaterland zu verteidigen, wer tut da nicht seine Pflicht? Wer Eroberungspläne verfolgt, der weißt die von diesen Plänen bedrohten Völker zum härtesten Widerstand auf, wirkt gegen den Frieden, für Verlängerung des Krieges und bahnt einem späteren Krieg die Wege. Wer in Wahrheit für die Selbstständigkeit, Freiheit und Unabhängigkeit seines Vaterlandes kämpft, muß Eroberungspläne in jedem Land auf das entschiedenste zurückweisen und bekämpfen. Nur wer die Freiheit anderer achtet, ist selber der Freiheit wert. Wie der einzelne Mensch der Gesellschaft und der Verbindung mit seinen Mitmenschen nicht entbehren kann, so bedarf jede Nation zur Entfaltung ihrer Kräfte zum Wohlergehen aller des innigen, verwirklichten Zusammenwirkens der Völker. Das auf Freiheit begründete Wohlergehen ist nur durch das nach dem selben Ziele strebende Zusammengehen aller Nationen ohne Unterdrückung der einen durch die anderen möglich. Wie kann ein Staat, der den gewaltigen Krieg in Wahrheit für seine Freiheit führt, den Krieg als Mittel zur Unterdrückung der Freiheit anderer Völker benutzen wollen?

Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Die stets von der Sozialdemokratie bekämpfte Politik hat zum Kriege geführt. Sie geht jetzt darauf aus, ohne Rücksicht auf das ungeheure Elend, das sie der großen Menge bringt, den Krieg zu verlängern. Die Verantwortung auch für die Verlängerung des Krieges fällt denen zu, deren Streben auf Eroberung ausgeht. Ist es nicht genug des Krieges, nicht genug des entsetzlichen Elends, der Verwüstung an Leben, Gesundheit und Menschenglück? Ein neuer Winterfeldzug mit all seinen Schrecken steht uns bevor. Den Treibern für die Verlängerung des Krieges gilt es entgegenzutreten. Welches Volk wäre nicht bereit zum Frieden, wenn auf Eroberungen, Annektionen alles bereits verzichtet wird? Freilich, wenn der Krieg ein Geschäft ist, wer die Kriegsgellegenheit zur Ausnutzung der Notlage anderer mißbraucht, der wirkt einem baldigen Frieden, einem Frieden ohne Eroberung entgegen. Die Lebensmittelverknappung und die herrschende Not sind Folgen der kapitalistischen

Gesellschaftsordnung, die zum Kriege getrieben hat und die den Krieg zu verlängern sucht.

Wer für Eroberungen eintritt, benutzt die Behauptung nur als Vorwand, es handele sich um eine Verteidigung Deutschlands in dem gewaltigen Kriege. Wer in Wahrheit für die Freiheit Deutschlands kämpfen will, der kann aber auch nicht für die Unterdrückung im Innern sein. Und was sehen wir da? Dieselben Kreise, die für Eroberungen aufstehen, sind für Unterdrückung des Volkes im Innern. Was ist gegen die Unterdrückung der Landarbeiter geschehen? Was gegen die Ausnahmegesetze zumgunsten des Grundbesitzers? Was gegen die Bedrohungen des Wahlrechts, gegen die Einengung des Versammlungswahlrechts? Was gegen die Mühen und Tücken des Polizeistaats? Was gegen die Verengung des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts in Preußen? Unfreiheit des Mittelstandes und der Arbeiter, aber Freiheit der Disziplinarjäger, des Profits, der Ausnutzung der Menschen durch den Menschen — das ist die Folge des Wirkens der Politik jener Kreise, die jetzt für Eroberungen eintritt.

Wer den Frieden will, wer Gerechtigkeit will, schäre sich um die Fahne der Sozialdemokratie. Freilich wird der weitaus größten Bevölkerung die Geltendmachung ihrer staatsbürgerlichen Rechte durch den Belagerungszustand und die durch ihn herbeigeführte Unterdrückung der Meinungsfreiheit sowie durch die Zensur außerordentlich erschwert. Bei Ausbruch des Krieges wurde amtlich erklärt, der Belagerungszustand und die mit ihm verbundene Zensur solle nur für die Zeit der Mobilmachung dauern.

Seit länger als 15 Monaten dauert der Krieg und noch besteht der Belagerungszustand mitsamt der Zensur.

Durch die Zensur wird derjenigen Presse, die den Lebensmittelmangel bekämpft und eine gerechte Verteilung der notwendigen Lebensmittel anstrebt, der Mund verbieten. Es wird der Presse als Pflicht auferlegt, gegenüber der Zensur „Beträchtliches zu tun“. Eine gerechte und so notwendige Kritik der Preissteigerung wird dadurch verhindert, ja die Zensur wird mit Unterdrückung bedroht, die dem Treiben auf Verknappung der Lebensmittel mit Schärfe entgegenzutreten. Der Ausbruch des Krieges kommt der Belagerungszustand zustatten.

Es ist selbstverständlich, daß die Presse sich Beschränkungen auferlegen muß, sobald es sich um rein militärische Dinge handelt. Aber die Zensur wird im Sinne des preussischen Ministers des Innern benutzt, um unter dem Deckmantel des sogenannten „Burgfriedens“ Zeitungen zu drangalieren, die gegen die Unterdrückung der Rechte des Mittelstandes und gegen Arbeiter eintreten. Im Reichstage habe ich unübersehbar festgestellt, daß man den „Vorwärts“ dauernd deshalb drangalierete, weil er für den Mittelstand, die Arbeiter und die Gesamtheit eintrete. Man hat sogar wiederholt den „Vorwärts“ verboten. Ja, am 6. November hat man den „Vorwärts“ unter Zensur gestellt, weil er einen Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes gegen die Lebensmittelverknappung veröffentlichte. Es ist also die Beschränkung der Lebensmittelverknappung unter Polizeiaufsicht gestellt. Und hat nicht der preussische Minister des Innern im April einen Entschluß herabgegeben, in dem er eine „nachhaltige politische Beeinflussung“ auch für die Zeit nach dem Kriege für die Presse und für die Wahlen vorbereitete? Das ist kein Eintreten für die Freiheit Deutschlands, sondern für die Unterdrückung seiner weitaus größten Bevölkerung.

Straffällig zeigen die bestehenden Zustände und die Ausbeutung des Volkes inmitten des Krieges, wie notwendig eine Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ihrer Erhebung durch eine sozialistische ist. Jetzt gilt es, zu wirken, die Köpfe aufzuklären und heranzumachen, daß die Befreiung der Ausbeutung im Krieg und im Frieden nur durch Verwirklichung der heutigen Gesellschaftsordnung möglich ist. Die großen Ziele der Sozialdemokratie genügt zu machen sie für die Sozialdemokratie zur gewinnenden, ist die rechte Zeit. Jetzt heißt es, entgegenzutreten der ungeheuren Not und der Verknappung der Lebensmittel durch den Krieg. Tretet ein für die Entkennung der Zensur durch Enteignung der Lebensmittel zu mächtigen Kreisen und ihre gerechte Verteilung sowie für baldige Beendigung des Krieges.

Brot und Frieden sei die Lösung.

Berlin, November 1915.

Arthur Stadthagen.

Diese Kopie wurde im "Archiv der sozialen Demokratie" (FES) hergestellt. Weitergabe und Veröffentlichung sind nur mit schriftlicher Genehmigung des o. e. Archivs gestattet.

seit dem März 1915 drückte er mit einem immer größer werdenden Anteil der Minderheit seine Ablehnung der Kriegskredite durch Verlassen der Sitzung aus.

Die zweiseitige Flugschrift ist in sieben Abschnitte gegliedert, die sich den Nutznießern und den Leidtragenden des Krieges widmen, seinen Charakter als den eines Eroberungs- und Kolonialkrieges entlarven und die abschließende Forderung „Brot und Frieden sei die Losung“ aufstellen.

Ihre ersten Sätze lauten: „Ueber 15 Monate lang währt der größte Krieg von allen, die je in der Welt gewütet haben. Während dieser Zeit ist es dem Abgeordneten nicht möglich, in der Weise wie in Friedenszeiten zu seinen Wählern zu sprechen. Und doch ist dringend notwendig, daß die Wähler die Ansicht ihres Abgeordneten über das, was nottut, kennen lernen.“ Stadthagen forderte die Leser auf: „Gedenkt der Not so vieler Kriegerfamilien, so vieler Familien des Mittelstandes, von Kleinbauern, Handwerkern und Arbeitern. Denkt an die unerträgliche Verteuerung der Lebensmittel, denkt an die ungeheuren Gewinne, die Kriegslieferanten, die Großgrundbesitzer, die Aktiengesellschaften für Nahrungsmittel und für Kriegsbedarf haben, und an die hohen Gewinne, die Großhändler einstreichen“. Diese klassendifferenzierenden Bemerkungen über Krieg und Profit schlossen mit dem Fazit: Anstelle des Grundsatzes „Einer für Alle, Alle für Einen... ist in der Heimat vielfach der Grundsatz gewissenlosester Ausnutzung der Notlage der großen Menge getreten“.

In seiner Flugschrift begründete Arthur Stadthagen nun seine ablehnende Haltung zur Kriegspolitik mit einer Fülle von Argumenten und Aussagen. So schrieb er: „So weit der Krieg Opfer verlangt, müsste jeder diese Opfer bringen. Das Gegenteil sehen wir vielfach daheim. In vielen Familien der Kriegsteilnehmer herrschen Hunger und Entbehrung; Unterernährung der großen Menge, der Säuglinge, Kinder und Frauen schreitet von Tag zu Tag weiter. Und das nicht, weil wir keine Nahrungsmittel haben – die sind im ausreichenden Maße vorhanden – sondern weil die Preise für die notwendigsten Lebensmittel enorm, auf das Doppelte, ja Dreifache gegen früher gestiegen sind.“

Durch die Festsetzung von Höchstpreisen für Lebensmittel nämlich waren die Preise für Grundnahrung wie Butter, Kartoffeln, Gemüse, Schmalz, Fleisch usw. auf das Doppelte bis Dreifache gestiegen. Und folgerichtig kam Arthur Stadthagen zu der Feststellung: „Wer den Krieg als eine gute Geschäftsgelegenheit ansieht, wird hohe Preise rechtfertigen.“ Inmitten des Krieges flocht Stadthagen eine marxistische Gesellschaftskritik in die Flugschrift ein: „Auf Gewinn, auf Profit, auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht ja die heutige Gesellschaftsordnung. Wenn aber an den kapitalistischen Grundsätzen auch im Kriege und auch, soweit es sich um die notwendigsten Bedürfnisse handelt, festgehalten wird, so müssen mit Notwendigkeit die entsetzlichen Folgen eintreten, unter denen der Mittelstand und die Arbeiter leiden.“ Erstaunlich, dass Stadthagen auch den Mittelstand mehrfach in seine Agitation einbezog, selbst mit Blick auf die sozialistische Alternative. Offenbar erblickte er in den kriegsbedingten sozialen Umwälzungen und Verwerfungen einen Prozessbestandteil der Transformation der Mittelschichten zu abhängig Beschäftigten und Unterdrückten.

Die Ursache für diese Abwälzung der Kriegslasten auf die Arbeiterklasse und den Mittelstand sah Stadthagen nämlich in der Wirkung des Profitprinzips des Kapitalismus auch unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft: „Sollen Hunderttausende und aber Hunderttausende, sollen Millionen Kriegsteilnehmer auf den Schlachtfeldern ihr Leben lassen, ihre Gesundheit opfern, damit ein kleiner Teil der Bevölkerung auf Kosten der Gesundheit, des Lebens und des Glücks der großen Menge ungeheure Gewinne einstreicht?“

Während es in der Fraktion der SPD im Reichstag sogar Anhänger einer Eroberungspolitik („Annexionisten“) gab, namentlich Eduard David, Albert Südekum und Gustav Bauer, warnte Arthur Stadthagen vor einer Annexionspolitik gegenüber Russland und Frankreich und forderte einen „Verständigungsfrieden“ unter Verzicht auf Eroberungen. Doch er warnte: „Freilich, wem der Krieg ein Geschäft ist, der wirkt einem baldigen Frieden... entgegen.“ Und er ermutigte seine Anhänger zum Frieden: „Lebhafte, starke Friedenssehnsucht herrscht in dem größten Teile unseres Volkes und derjenigen Völker, mit denen das Deutsche Reich im Krieg lebt. Nichts wird sehnlicher herbeigewünscht als ein baldiger, dauernder Friede auf der Grundlage freier Vereinbarung. Stattdessen verlangen der großkapitalistische Zentralverband deutscher Industrieller, der agrarische Bund der Landwirte, der Deutsche Bauernbund, der Bund der Industriellen, der Westfälische Bauernverein und der reichsdeutsche Mittelstandsverband einen Eroberungskrieg! Unverhohlen fordern die Vorstände dieser mächtigen Verbände in einer Eingabe vom 20. Mai Annexionen in Europa und Eroberung eines großen Kolonialreiches.“

Heftig prangerte er auch die Fortdauer und die Folgen des permanenten Belagerungszustandes an: „Durch die Zensur wird derjenigen Presse, die den Lebensmittelwucher bekämpft und eine gerechte Verteilung der Lebensmittel anstrebt, der Mund verboten.“ Alle Maßnahmen der Zensur und des Belagerungszustandes, die bekanntlich auch den „Vorwärts“ trafen, der bis Oktober 1916 eine kriegskritische Redaktionsmehrheit besaß, darunter Stadthagen und Ströbel, seien im Grunde nur dazu angetan, die werktätige Bevölkerung in Deutschland zu unterdrücken

Insgesamt charakterisiert diese Flugschrift Stadthagen als einen Vertreter der Position der II. Internationale und als einen Sozialisten, der auch im Krieg seine sozialistische Weltanschauung nicht dem nationalen Beifall zu opfern bereit war. In seiner Schlusspassage fasste er seine politische Absicht in die Worte: „Sinnfällig zeigen die bestehenden Zustände und die Ausbeutung des Volkes inmitten des Krieges, wie notwendig eine Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ihrer Ersetzung durch eine sozialistische ist. Jetzt gilt es zu wirken, die Köpfe aufzuklären und klarzumachen, daß die Beseitigung der Ausbeutung im Krieg und im Frieden nur durch Verwandlung der heutigen Gesellschaftsordnung möglich ist. Diesem Ziel die der Sozialdemokratie geneigt zu machen, sie für die Sozialdemokratie zu gewinnen, ist die rechte Zeit. Jetzt heißt es, entgegenzutreten der ungeheuren Not und der Verteuerung der Lebensmittel durch den Krieg.“

Sein Aufruf an seine Wähler lautete folglich: „Tretet ein für die Linderung der Teuerung durch Enteignung der Lebensmittel zu mäßigen Preisen und ihre gerechte Verteilung sowie für baldige Beendigung des Krieges. Brot und Frieden sei die Lösung.“

Die politische Zielsetzung dieser Schrift muss im Kontext der Gesamtstrategie der Opposition analysiert werden. Diese bestand in der Sammlung der Parteibasis hinter der eigenen Position, um so die Mehrheit in der Fraktion zum Nachgeben zu zwingen. Haase und andere Vertreter der Linken, darunter auch Stadthagen, hielten dies seinerzeit für möglich. Die Nagelprobe für die Wirkung dieses Vorgehens, auch mit Blick auf die vorgestellte Flugschrift Arthur Stadthagens, fand am 21. Dezember 1915 statt, als Fritz Geyer nach einer mehrtägigen heftigen innerfraktionellen Auseinandersetzung vor dem Reichstag die Ablehnung von 20 linkssozialdemokratischen Abgeordneten zur Bewilligung der 5. Kriegskredite vortrug. Mit ihm traten nun nach Karl Liebknecht und Otto Rühle auch Hugo Haase, Georg Ledebour, Arthur Stadthagen, Emanuel Wurm, Wilhelm Dittmann, Eduard Bernstein und andere Genossen offen gegen die Politik des „Burgfriedens“ auf. Die Spaltung der SPD sollte alsbald folgen, die Strategie zur Rückgewinnung der Mehr-

heit in der SPD scheiterte am Widerstand Eberts, Scheidemanns und der anderen Gemäßigten. Doch auch diese Flugschrift Stadthagens trug gewiss ihren Teil zu jener Bewusstseinsveränderung bei, die im 9. November 1918 gipfelte. Arthur Stadthagen durfte diesen großen Tag der Deutschen nicht mehr erleben. Er starb am 5. Dezember 1917 an einer schweren Nieren- und Bauchfellentzündung.

Holger Czitrich-Stahl

„Volksgemeinschaft“ ohne Perspektive: Sinkende Reallöhne, Staatsschulden, Zwangssparen – Aus den Akten des Bundesarchivs

Innerhalb der bürgerlichen Geschichtsschreibung über die Zeit des „Dritten Reiches“ dominiert seit einigen Jahren das „Volksgemeinschafts“-Theorem als weithin akzeptiertes Interpretationsangebot. An dieser Stelle ist kein Platz, sich eingehend mit seinen zahlreichen Defiziten und Blindstellen auseinanderzusetzen. Der Herausgeber der nachstehend veröffentlichten Fundstücke aus dem Zwischenarchiv Hoppegarten des Bundesarchivs hat dies an anderer Stelle versucht.¹ Dennoch sei so viel gesagt: Nur schwerlich können Begriffe und Parolen, die ihre spezifische Prägung in der Zeit des Faschismus erhielten – und die der Verschleierung der von den Nazis tatsächlich betriebenen bzw. angestrebten Politik dienten – heute von diesem Inhalt abgekoppelt und gleichsam unbefangen neu gefüllt, ja als analytische „Leitbegriffe“ für die Charakterisierung der faschistischen Herrschaft in Anspruch genommen werden.

Was die soziale Realität der „Volksgemeinschaft“ betrifft, so ist hervorzuheben, dass die erwerbslosen Arbeiter und Angestellten zwar millionenfach wieder in Arbeitsstellen, vor allem wegen der forcierten Aufrüstung und des damit einhergehenden Ausbaus der Infrastruktur, vermittelt werden konnten. Die Reallöhne blieben jedoch deutlich unter den vergleichbaren Größenordnungen aus der Zeit vor der Weltwirtschaftskrise. Eine Ausnahme bildeten viele qualifizierte Facharbeiter in der Rüstungsindustrie, die ein auskömmliches Einkommen erzielen konnten. Allerdings waren ihre Arbeitszeiten in der Regel länger als in der Weimarer Republik, so dass auch sie pro Arbeitsstunde weniger verdienten als vor der Installierung des „Dritten Reiches“.

Wie aus den hier abgedruckten Quellen hervorgeht, sollten die Arbeitenden auch die Zeche für den Krieg bezahlen. Die immense Staatsverschuldung, die im Verlaufe des Krieges sich immer stärker entfaltende Inflation, die auch nach einem „Endsieg“ bestehende Notwendigkeit, groß dimensionierte und moderne Streitkräfte zu unterhalten, die damit einhergehende Beschränkung des Konsums – das alles sollte durch Lohnverzicht, Preis- und Steuererhöhungen, Zwangssparen, die Fortsetzung der Bewirtschaftung von Gütern auch des Massenverbrauchs sowie andere Maßnahmen zu Lasten der Arbeitenden „erträglich“ gestaltet und ein drohender wirtschaftlicher Kollaps auf diese Weise verhindert werden. Dass die entsprechenden Debatten in den dafür verantwortlichen Gremien

¹ Siehe Reiner Zilkenat: „Volksgemeinschaft“ ohne Widerstand? Kritische Bemerkungen zum „Volksgemeinschafts“-Theorem, in: Geschichtskorrespondenz, Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, Juli/August 2013, S. 20ff. Die neueste Veröffentlichung zur Thematik: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 3/2014, S. 433ff. (Diskussionsbeiträge mehrerer Historiker, u.a. von Peter Longenrich).

und Bürokratien vor den „Volksgenossen“ sorgsam abgeschirmt wurden, versteht sich von selbst.

75 Jahre nach der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch den deutschen Faschismus gilt es daran zu erinnern, dass die Rechnungen für einen Krieg niemals diejenigen zahlen, die ihn herbeigeführt haben, sondern jene, die als „Menschenmaterial“ in den Schlachten und an der „Heimatfront“ die Objekte und Opfer der Herrschenden waren und sind.

Die im Folgenden zitierten Auszüge aus Texten der Jahre 1941 bis 1944 wurden umfangreichen Aktenbeständen entnommen, die sich im Bundesarchiv – Zwischenarchiv Hoppegarten – befanden und seit kurzem in andere Archive überführt worden sind. Sie sind mittlerweile im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde zugänglich. Die hier abgedruckten Quellen können dort unter den bereits in Hoppegarten vergebenen Signaturen eingesehen werden. Für die Bestände R 11 und R 13 XX existieren umfangreiche Findbücher.

Die nachstehend abgedruckten Dokumente wurden nach unseren Recherchen bislang nicht publiziert.

Reiner Zilkenat

Die Dokumente:

Dr. Karl Reichhold: Zur Frage von Staatsbedarf und Staatsverschuldung. Referat in der Sitzung des Allgemeinen Ausschusses der Deutschen Reichsbank in Berlin, 10. Juni 1941 (Auszüge, in: Bundesarchiv, Zwischenarchiv Hoppegarten, R 11/29, Bl. 53ff.²

„Legt man der Reallohnberechnung den korrigierten Lebenshaltungsindex zugrunde, so weisen zehn Gewerbe mit rund zweieinhalb Millionen Beschäftigten Reallohn-Rückgänge bis zur Größenordnung von rund 10 Prozent auf, und bei vier weiteren wichtigen Gruppen wird der natürliche Zuwachs von der Preissteigerung nahezu völlig aufgezehrt. Während also die Angehörigen der von der Aufrüstung besonders begünstigten Produktionszweige in den Genuss sehr beträchtlicher Reallohnsteigerungen gelangten, hat der auf der Schattenseite der Entwicklung stehende Teil der Arbeiterschaft infolge der von der Kaufkraftabschöpfung bewirkten Preissteigerung seinen nominalen Einkommenszuwachs wieder verloren bzw. darüber hinaus sogar in seinem Reallohn je Stunde eine nicht unerhebliche Einbuße erlitten. (...)“

Von dem Wunsche nach einer angemessenen Drosselung des Staatsbedarfs und der Staatsverschuldung und von der Überzeugung, dass dies die einzig mögliche Parole für die Zukunft sei, bis zur tatsächlichen Durchführung entsprechender Maßnahmen ist nämlich ein weiter Weg. Vor allem deshalb, weil sich gerade auch jene neuen Friedensaufgaben der Wirtschaft zum Teil wieder nur mit einem hohen Einsatz des Staates meistern lassen werden. Gewiss wird der Staatsbedarf von der Höhe seines Kriegsniveaus hinabsteigen. Aber es wäre oberflächlicher Optimismus, zu glauben, dass nur das Kriegsende zu kommen brauche, um ihn automatisch auf oder gar unter das Ausmaß der Vorkriegsjahre zurückgehen zu lassen. Allein schon die Tatsache, dass die neue Weltmachtstellung Deutschlands natürlich auch wieder einen entsprechend angepassten Verteidigungsapparat erfordert, lässt eine solche Möglichkeit als unwahrscheinlich erscheinen. (...) Auch in Zukunft

² Den einschlägigen Personenlexika konnten keine Informationen über den Autor entnommen werden.

wird somit die Bemessung von Staatsbedarf und Staatsverschuldung das Schlüsselproblem der gesamten Wirtschaftsentwicklung bilden und zu seiner befriedigenden Lösung den ganzen Einsatz der Wirtschaftsführung erfordern. (...) Eine besondere Möglichkeit zur Entlastung der stattlichen Finanzwirtschaft haben wir...bisher noch unerwähnt gelassen. Ich meine die Möglichkeit der ‚Zuschüsse von außen‘, welche sowohl in Gestalt von Entschädigungsleistungen im Rahmen der künftigen Friedensverträge, aber auch etwa in Gestalt gewisser ‚Beitragsleistungen‘ jener Länder erwartet werden können, die sich endgültig in das Interessengebiet des Reiches eingliedern und damit seinen ‚entgeltlichen‘ Schutz genießen.“

Dr. Mansfeld: Grundsätze der deutschen Lohnpolitik. Vortrag vor dem Großen Beirat der Reichsgruppe Industrie am 13. Januar 1942 (Sonderbeilage zu den „Mitteilungen für die Mitglieder der Reichsgruppe Industrie, Heft 2/1942), S. 1ff. (Auszüge); Expl. in: Bundesarchiv, Zwischenarchiv Hoppegarten, R 13 XX/62, unfol.³

„Die Notwendigkeit des Verzichts kann sich heute niemand mehr entziehen, am allerwenigsten der Lohnpolitiker, dem es obliegt, den Lebensstandard der Schaffenden mit den Möglichkeiten abzustimmen, die der Krieg für das Leben in der Heimat noch gelassen hat. Kein Volk der Erde kann einen solchen Krieg um Sein oder Nichtsein vorbereiten, führen und siegreich bestehen, wenn man nicht entschlossen ist, starke Einschränkungen seines Lebensstandards auf sich zu nehmen, und wenn es nicht – in allen seinen Schichten – seine Lebensgewohnheiten und –bequemlichkeiten bis zum Letzten hinter den harten Notwendigkeiten des Krieges zurückzustellen bereit ist. (...)

Der wirtschaftliche Aufschwung seit 1933 ist nicht von einer entsprechenden Lohnbewegung begleitet gewesen. (...) Die führenden Männer des Dritten Reiches haben nun aber von vornherein betont, dass die Sozialpolitik niemals Selbstzweck sein darf und dass nur dann eine soziale Maßnahme dem deutschen Arbeiter dauerhaften Nutzen bringen kann, wenn sie genauestens auf die gesamten wirtschaftlichen und politischen Bedingungen abgestimmt sei. (...)

Die deutsche Sozialpolitik verzichtete deswegen auch von vornherein auf ein allzu enges Junctim von Lohn und Preis, nahm also nicht jede Preissteigerung zum Anlass einer Lohnforderung, sondern nahm unter Umständen sogar umgekehrt eine Verschlechterung des realen Lohnes dann in Kauf, wenn die Preissteigerung aus übergeordneten Gründen der Gesamtpolitik geboten war. (...) Der Lohn ist nicht mehr das Ergebnis von Kämpfen einzelner Interessengruppen, sondern allein das Ergebnis eingehender sozial- und wirtschaftspolitischer Untersuchungen des Staates, der sich dabei dankbar der Sachkunde der Beteiligten und des Rates der Deutschen Arbeitsfront bedient. Die gegenwärtige Lohnpolitik im Reiche, notwendig und unvermeidbar aus den Gründen einer gesunden Kaufkraft, Währungs- und Preispolitik, ist daher nur im Zusammenhang mit den arbeitseinsatzpolitischen Maßnahmen verständlich, denkbar und möglich, die unter Verzicht auf eine lohn-

³ Dr. jur. Werner Mansfeld, Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium; am 10.1.1942 von Hermann Göring mit der Vollmacht für die Lenkung des gesamten Arbeitskräfteeinsatzes ausgestattet; 1941 erschien das von ihm herausgegebene Standardwerk „Arbeitsrecht“ in 23. Aufl. Siehe zu seiner Tätigkeit im „3. Reich“ Tim Mason: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939, Op-laden 1975, passim; Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 1, Berlin 1971, S. 71 u. 73ff.; Bd. 2, Berlin 1985, S. 75f., 199ff. u. 205f.; Bd. 3, Berlin 1996, S. 585ff.

bedingte Lenkung der Arbeitskräfte ihre richtige Verteilung ausschließlich in die Hand des Staates legen. (...)

Der Aufbau der deutschen Wehrmacht und Wirtschaft wurde unter Verzicht auf die Erfüllung mancher lohnpolitischer Wünsche ermöglicht, weil die Theorie des Klassenkampfes überwunden wurde, weil keine Lohnkämpfe mit einem Verlust von zahlreichen Arbeitsstunden das Tempo der Arbeit verlangsamten, weil fast alle Unternehmer und Arbeiter anerkennen, dass sie in einem Boot sitzen, dessen Kentern nicht die Rettung des einen, sondern den Untergang aller bedeuten würde. (...) Nach dem Krieg ist der Augenblick gekommen, im Rahmen einer gesamteuropäischen sozialpolitischen Planung dem deutschen Arbeiter den Dank für seine Disziplin auf lohnpolitischem Gebiete abzustatten und eine Neuordnung der deutschen Lohnverhältnisse in großzügigster Weise durchzusetzen.“

Dr. Grünig: Zur Frage des Ausgleichs des öffentlichen Haushalts nach dem Kriege – Streng vertraulich, Ausarbeitung vom 7. September 1944, Auszüge, in: Bundesarchiv, Zwischenarchiv Hoppegarten, R 11/2131, Bl. 417ff.⁴

„Die Aufgabe, den Geldüberschuss nach dem Kriege zu beseitigen, umfasst zwei Unteraufgaben, nämlich erstens den öffentlichen Haushalt...auszugleichen, zweitens die im Kriege entstandenen Staatsschulden zu konsolidieren. (...)

Die Höhe der derzeitigen Nettolöhne und –einkommen steht im Missverhältnis zu den güterseitigen Möglichkeiten; es bedeutet dies, die Löhne und Einkommen müssen ihrer realen Kaufkraft nach herabgesetzt werden oder aber ein Teil der Kaufkraft muss, wie dies bisher im Kriege bereits geschehen ist, durch strengste Rationierung der Waren sterilisiert werden. Hieraus ergeben sich für die künftige Entwicklung verschiedene Alternativen: Entweder Herabsetzung der nominalen Löhne und Einkommen oder Preisheraufsetzung bei Abschöpfung der Überschüsse durch den Steuerfiskus oder endliche Beibehaltung der Warenbewirtschaftung und damit Zwangssparen der nicht zum Kauf kommenden Einkommensteile.

Sieht man den ersten Weg aus psychologischen Gründen nicht als gangbar an, so bleiben noch zwei Möglichkeiten der künftigen Entwicklung. Die eine führt zu höheren Preisen und Löhnen, bringt aber inflationistische Tendenzen. Maßnahmen in dieser Richtung bedürften strengster Preis- und Lohnkontrolle. Die andere verewigt das System der Warenbewirtschaftung sowie der Zwangssparung. Sie birgt die Gefahr in sich, dass das Geld nicht mehr als vollgültiges Äquivalent für Leistung angesehen wird und daher als Stimulans für eine Leistungssteigerung nicht mehr in Betracht kommt.“

⁴ Dr. Ferdinand Grünig zählt zu den interessantesten und einflussreichsten Ökonomen in Deutschland in der Zeit von 1933 bis in die 1950er Jahre hinein. Er leitete im „3. Reich“ u.a. das Büro für zentrale Wirtschaftsbeobachtung, das vom Reichsstand der Deutschen Industrie finanziert wurde. Nach dem Krieg war er am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin-Dahlem tätig, das bereits im Mai 1945 wiedergegründet worden war. Er veröffentlichte wichtige Studien zur Wirtschaftsentwicklung Westberlins und zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der BRD. Vor und nach 1945 hatte er immer wieder Arbeitskontakte mit Ludwig Erhard, seit 1949 Wirtschaftsminister, von 1963 bis 1966 Bundeskanzler der BRD. Zum Kontext der Quelle und zu Grünig siehe Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. 3, S. 523f., 554, 559f. u. 585ff.

Das ist die Geschichte, ob sie uns passt oder nicht“

In diesem Jahr jährt sich in Albanien zum 70. Mal die Befreiung des Landes von faschistischer Besatzung während des Zweiten Weltkrieges. Getragen von einer breiten, vorwiegend durch die KP Albanien organisierten, antifaschistischen nationalen Befreiungsbewegung konnte ein kleines, tapferes Volk den Sieg über die italienischen und deutschen Eroberer erringen. Die historischen Wirkungen der Befreiungstat prägen die Handlungsbedingungen bis heute, wenngleich es in den letzten Jahren unter der Regierung der konservativen Demokratischen Partei nicht an Versuchen gefehlt hatte, den Widerstandskampf auf Bürgerkrieg und Repressionsgeschichte zu reduzieren.

Nach den Parlamentswahlen vom Juni 2013 hat sich die politische Stimmung im Land verändert. Die Sozialistische Partei stellt die neue Regierung, doch die Konflikt-haltung der beiden Lager ist nicht überwunden. So löste die Ehrung der Opfer von Krieg und Besatzung anlässlich des Nationalfeiertages am 29. November vergangenen Jahres, in die als Beitrag zum Gedenkdiskurs auch kommunistische Führungspersönlichkeiten einbezogen wurden, eine heftige Debatte darüber aus, ob nunmehr der ehemalige Partei- und Staatsführer Enver Hoxha rehabilitiert werden sollte. Noch immer fällt es schwer, die ganze Wahrheit zur Geschichte zu akzeptieren. Im Internet schrieb ein Teilnehmer in seiner Zuschrift: „Ob wir es wollen oder nicht, es ist nicht möglich über den 29. November und die Befreiung des Landes von faschistischer Besatzung zu sprechen, ohne diejenigen zu erwähnen, die den Kampf organisierten und führten... Das ist die Geschichte, ob sie uns passt oder nicht“.¹

Authentische Dokumente sind diesbezüglich unbestechliche Zeugen. Die kommunistisch geführte Nationale Befreiungsfront wie die bürgerliche Nationale Front (Balli Kombëtar) konnten sich im ersten Halbjahr 1943 konsolidieren und in Mittel- und Südalbanien wichtige Erfolge auf lokaler Ebene gegen die italienischen Besatzer erringen. Der vorliegende Bericht aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes vom März 1943 – der hier erstmals veröffentlicht wird – kommt nicht umhin, der Veränderung der Lage Rechnung zu tragen. Das ist selbst durch die diskreditierende Darstellung vom „Bandenunwesen“ nicht zu übersehen. Das Deutsche Generalkonsulat in Tirana hatte bis dahin in den Informationen aus den Jahren 1941 und 1942 an das Auswärtige Amt wiederholt versucht, Aktionen gegen die faschistische Okkupation herunterzuspielen. Sieht man von der zeitbedingten Ausdrucksweise und den unzutreffenden Angaben über die Stärke der Widerstandsorganisationen ab, vermittelt das Dokument durchaus konkrete Fakten, die eine zunehmend alle Schichten der Bevölkerung umfassende Abwehrbewegung nicht weiter in Abrede stellen konnte. Zu einer annähernd realistischen Darstellung der inneren Lage gelangte das Generalkonsulat jedoch erst im Herbst 1944, als die Nationale Befreiungsarmee die endgültige Vertreibung der Wehrmachtverbände in Angriff nahm und deutsche Dienststellen wie einheimische Kollaborateure von „panischer Angst“ ergriffen wurden.²

Erwin Lewin

¹ <http://www.peshkupauje.com/2013/11/rama-rehabiliton-zyrtarisht-hoxhen> (Fisch auf dem Trockenen. Rama rehabilitiert offiziell Hoxha).

² Siehe Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (im Folgenden: PAAA). Sonderbevollmächtigter Südost, Diplomgerma, 10.9.1944.

Das Dokument:

Betrifft: Bandenunwesen in Albanien³

Anbei lege ich eine Aufzeichnung mit Angaben über die einzelnen Banden in Südalbanien, dem eigentlichen Unruheherd, vor. Weiterhin ist eine in Mittelalbanien (Martanesh-Gebiet) unter Führung von Haxhi Llesha⁴ stehende Bande erwähnt. Die übrigen drei in Mittelalbanien operierenden Banden des Abas Kupi⁵, Myslim Peza⁶ und Muharem Bayraktar⁷ sind im Bericht vom 12.10.41, Nr. 985, behandelt worden. Die in der Zusammenstellung gemachten Angaben stammen aus glaubwürdiger albanischer Quelle. Ihre Nachprüfung auf Grund weiterer Informationen hat ergeben, dass sie im Großen und Ganzen als zutreffend angesehen werden können, abgesehen von den Zahlen über die Stärke der Banden, die offenbar zu hoch gegriffen sind.

In gut unterrichteten albanischen Kreisen schätzt man die Gesamtzahl der nationalen Banden auf 1000 bis auf 1500, die der kommunistischen Banden auf 1000 Personen.⁸ Als weitere kommunistische Banden wurden mir benannt: 1 Bande im Berat-Gebiet unter Enver Hodça⁹ und zwei Banden in der Gegend von Argirokastro¹⁰ mit Koço Tashko¹¹ und Reshi Cholaku¹² als Anführer. Ein als Politischer Kommissar bezeichneter Albaner namens Gjon Marku¹³ soll als Verbindungsmann zwischen Serben und Albanern tätig sein. Schließlich wollen die Gerüchte nicht verstummen, dass sich – neben anderen Engländern – auch der

³ Deutsches Generalkonsulat Tirana an die Deutsche Botschaft Rom, Geheim. Siehe PAAA. Rom (Quirinal), Bd. 130, Nr. 376/Pol. 3, 5. März 1943. Der erste Teil ist von Generalkonsul Martin Schliep unterzeichnet.

⁴ Haxhi Lleshi (1913-1998), Politiker, Organisator des bewaffneten Widerstandes im Grenzgebiet zu Jugoslawien (Dibër). 1943 Mitglied der KPA und des Generalstabes der Nationalen Befreiungsarmee; von 1953-1982 Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung (Staatsoberhaupt).

⁵ Abaz Kupi (1891-1976), Militär, organisierte 1939 als Kommandeur der Gendarmerie den Kampf gegen die italienischen Invasionstruppen in Durrës. 1942 in den Nationalen Befreiungsrat gewählt, gründete er im November 1943 die monarchistische Organisation „Legaliteti“ (Legitimität).

⁶ Myslim Peza (1897-1984), Symbolfigur des antifaschistischen Widerstandes; er bildete bereits 1940 eine bewaffnete Partisanengruppe in der Umgebung von Peza. 1942 Mitglied des Nationalen Befreiungsrates, seit 1943 im Generalstab der Nationalen Befreiungsarmee; im Oktober 1944 stellvertretender Vorsitzender der Demokratischen Regierung Albanien.

⁷ Muharrem Bajraktari (1896-1989), Stammesführer aus Luma, Oberst der königlichen Albanischen Armee; führte nach der italienischen Okkupation Gruppen nationalgesinnter Kämpfer, lehnte ein Zusammengehen mit der Nationalen Befreiungsfront ab.

⁸ Die genannten Zahlen sind widersprüchlich und entbehren einer gesicherten Grundlage: Als nach wenigen Monaten im Juli 1943 der Generalstab der Nationalen Befreiungsarmee gebildet wurde, war allein die Zahl der Partisanenkämpfer bereits auf 10.000 angewachsen.

⁹ Enver Hoxha (1908-1985), Mitbegründer der KPA 1941, politischer und militärischer Führer des antifaschistischen Widerstandskampfes. Von 1943 bis 1985 als Generalsekretär des ZK der KPA, resp. seit 1954 als Erste Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Albanien hauptverantwortlich für die stalinistische Politik und den Kurs der politischen und wirtschaftlichen Isolierung des Landes.

¹⁰ Es handelt sich um die Stadt Gjirokastrë in Südalbanien. Die Schreibweise wurde den aktuell geltenden Normen angeglichen.

¹¹ Koço Tashko (1899-1984), revolutionär-demokratischer Intellektueller; studierte an der Harvard-Universität, wirkte seit 1937 im Auftrag der Komintern in Albanien. 1941 Mitbegründer der KPA bekleidete er führende Funktionen in der Partisanenarmee und nach der Befreiung. 1960 Opfer stalinistischer Repressionen wegen seiner prosovjetschen Einstellung.

¹² Reshit Çollaku (1914-1943), Militär; verweigerte an der Militärakademie in Italien den Treueeid und kam ins Gefängnis. 1941 Rückkehr nach Albanien und Kommandeur der Partisanen in Mokër/Pogradec; er fiel im Kampf gegen die italienischen Besatzer.

¹³ Gjin Marku (1918-1986), Techniker der Landwirtschaft, leitete von 1942-1944 den Widerstand im Bezirk Berat; 1944 Kommandeur der VI. Partisanen-Stoßbrigade, wegen „Kompromissbereitschaft“ aus dem ZK der KPA ausgeschossen; 1966 aufgrund „volksfeindlicher Propaganda“ zu langjähriger Haft verurteilt.

englische Gendarmerie-Oberst Cripps¹⁴, der unter dem Zogu-Regime viele Jahre der damaligen albanischen Gendarmerie als Organisator zugeteilt war, in den Reihen der Aufständischen befindet.

Nach Auffassung des Oberbefehlshabers der Carabinieri in Albanien, General Robino, ist die Stärke der nationalen und kommunistischen Banden insgesamt nur auf ca. 1500 Mann zu beziffern. Er hält die Rebellen für ein Gemisch von Abenteurern, Kriminellen und Nationalisten aller Schattierungen, die jeder einheitlichen Führung entbehren und sich zum Teil untereinander befehden, doch verhehlt er sich nicht, dass es für seine Truppen außerordentlich schwierig ist, entscheidend zuzupacken, da die Rebellen es immer wieder verstehen, sich in dem unwegsamen Gebirgsgelände dem Zugriff zu entziehen.

Wie mir General Robino mitteilte, sind am 4. d. M. italienische Truppen in der Gegend von Peshkopija überfallen und hierbei 6 italienische Soldaten getötet worden.

Anlage zum Bericht Nr. 376/Pol. 3 vom 5.3.43

Banden in Albanien

(Angaben eines der illegalen nationalen albanischen Organisation „Balli Kombëtar“ – Nationale Front – angehörigen Albaners)

Im *Kurvelesh*-Gebiet, dem ärmsten Gebiet Albaniens (westlich der Linie Tepelenë – Gjirokastrë) nur kommunistische Banden. Führer sind:

a) Bedrik Spahiu¹⁵, fähigster Führer der Kommunisten, hat in Spanien gekämpft, extremer Kommunist, Offizier von Beruf, hat Militäarakademie in Italien absolviert, stammte aus Gjirokastrë.

b) Rizat Çaçi, Gendarmerieoffizier.

c) Mithat Kadarja, Offizier (Militäarakademie in Italien), etwa 35 Jahre alt.

Diese 3 Banden sollen insgesamt ca. 1000 Mann (?) stark, ziemlich gut bewaffnet sein, das offene Land im Kurvelesh-Gebiet ganz in der Hand haben, mit den kommunistischen Banden in Griechenland in Verbindung stehen.

Im *Mallakastra*-Gebiet (östlich des unteren Flusslaufes der Vjosa)

1 nationale Bande unter Tefvik Sferi¹⁶, dieser Nationalalbaner und Gegner des Kommunismus, 25-30 Jahre alt, charaktervoll, Durchschnittsbildung, ständige Stärke der Bande ca. 50 Mann,

1 kommunistische Bande unter Bilbil Klosi¹⁷, dieser überzeugter Kommunist, 25-30 Jahre alt, hat in Frankreich studiert, kein Mann der Waffe, hat einen Stellvertreter namens M. Shehu¹⁸, der der Aktivist der Bande ist. Überfall auf die Petroleumfelder bei Patos soll von dieser Bande ausgeführt worden sein.

¹⁴ Nicht alle in dem Bericht erwähnten Namen konnten ermittelt werden.

¹⁵ Bedri Spahiu (1908-1998), Mitbegründer der KPA, Generalmajor der Nationalen Befreiungsarmee. 1945 Ankläger am Sondergericht gegen Kriegsverbrecher und Volksfeinde; 1955 wegen projugoslawischer Haltung verhaftet und zu langjähriger Haft verurteilt, 1990 frei gekommen.

¹⁶ Tefik Sferi (1908-1945), Techniker, Gegner der Monarchie; 1939 organisierte er eine Widerstandsgruppe gegen die italienische Besatzung. S. stand in Opposition zur Nationalen Befreiungsfront; 1945 zum Tode verurteilt.

¹⁷ Bilbil Klosi (1915-1978), Jurist, ab 1942 aktive Teilnahme am Widerstandskampf. 1945-1952 Staatsanwalt; 1953-1966 Justizminister und 1966-1973 Sekretär des Präsidiums der Volksversammlung.

¹⁸ Mehmet Shehu (1915-1981), 1932 Besuch der technischen Schule in Tirana, danach Militäarakademie in Neapel; 1937-1939 Freiwilliger im Spanischen Bürgerkrieg. Kommandeur der I. Partisanenstoßbrigade; 1948-1954 Innenminister, dann bis 1981 Vorsitzender des Ministerrates; wählte als angeblicher Polyagent den Freitod.

Im *Skrapari*-Gebiet (östlich des Mallakastra-Gebiets, südöstlich von Berat) 4 Banden mit überwiegend nationalen Elementen:

- a) Mestan Ujaniku¹⁹, 45 Jahre alt, Ignorant mit Bauernschläue. Bande besteht aus Gruppen zu je 15-20 Mann mit Gesamtstärke von 300 Mann.
- b) Xhelal Staravecka, 25-30 Jahre alt, bisher Gemeindevorsteher, Teilnehmer am Fieri-Komplott 1935, die Anführer zu a) und b) sogenannte nationale Kommunisten.
- c) Muharem Kaplani, Idealist, unbedingter Gegner des Kommunismus, Kaufmann von Beruf, Gymnasialbildung, sehr fähig und anständig, 27 Jahre alt.
- d) Prof. Abas Armeni²⁰, hat Philosophie in Paris studiert, Idealist, anständige Gesinnung, radikaler Antikommunist, 25-30 Jahre alt, soll über 300 Mann ständig verfügen.

Im *Vlora*-Gebiet

- a) 3 größere nationale und antikommunistische Banden, in deren Reihen sich gute Offiziere befinden sollen, unter der Leitung von:
Dr. Skender Muço, hat sich vor einem halben Jahre erst auf die Seite der Aufständischen geschlagen, war vorher Sozius des Rechtsanwalts R. Frashëri in Tirana, hat wegen Auflehnung gegen das Zogu-System wiederholt Freiheitsstrafen verbüßen müssen.
Jusuf Lusaj²¹, hat Philosophie in Paris studiert.
Hysni Lebenica²², Hauptmann.
Jede der 3 Banden soll ständig 200-300 Mann stark sein.
- b) 3 kommunistische Banden, angeblich ständig im Abnehmen begriffen, unter Leitung von:
Hysni Kapo²³, überzeugter Kommunist, Absolvent der Handelsschule in Vlora.
Dr. med. Ibrahim Dervish²⁴, angeblich Führer der Kommunisten im Vlora-Gebiet, hat in Frankreich studiert, schwankender Charakter, sehr gesprächig, aber aktiv.
Ing. Mynir Drashovici, überzeugter Kommunist, Idealist, hat in Frankreich studiert.
Jede Bande 20-30 Mann effektiv, waren am Angriff auf das Elektrizitätswerk in Selenica beteiligt.

Im *Gjirokastra*-Gebiet nationale Bande unter Jonus Topulli, aus bekannter Familie, charaktervoll, hat große Anhängerschaft.

Diese Bande will sich angeblich gegen die kommunistischen Banden im Kurvelesh-Gebiet wenden.

¹⁹ Mestan Ujaniku (1902-1948), 1935 Teilnehmer am antimonarchistischen Aufstand in Fier; 1942 Kommandeur der ersten Partisanenabteilung von Skrapar, Mitglied des Nationalen Befreiungsrates 1944. 1947 wegen „feindlicher“ Tätigkeit verhaftet, verstarb er im Gefängnis.

²⁰ Abas Ermenji (1913-2003), Intellektueller, Studium der Literatur und Geschichte in Frankreich; 1941 Rückkehr, einer der bekanntesten militärischen Führer von „Balli Kombëtar“.

²¹ Isuf Luzaj (1913-2000), Intellektueller, nach dem Studium 1936 Lehrer in Elbasan und Korça. 1940-1942 wegen Widerstandes gegen die italienische Besatzung in Italien interniert; kämpfte auf der Seite der Nationalen Front. 1944 Flucht nach Italien und von dort 1948 Emigration nach Buenos Aires; 1965 ging er in die USA und wirkte in der Exil-Führung von Balli Kombëtar.

²² Hysni Lepenica (1900-1943), Offizier der Gendarmerie; 1924 auf Seiten der demokratischen Regierung Fan Nolis. Nach 1939 Organisator des militärischen Widerstandes von Balli Kombëtar; er fiel bereits im Januar 1943.

²³ Hysni Kapo (1915-1979), Mitbegründer der KPA; wirkte in Südalbanien/Vlora; als enger Vertrauter von Hoxha und „Gewissen“ der Partei übte er Spitzenfunktionen im Partei- und Staatsapparat aus.

²⁴ Ibrahim Dervishi (1914-1981), Arzt, Studium in Padua, wo er wegen antifaschistischer Tätigkeit interniert war. Seit 1943 Organisator des medizinischen Dienstes der Partisanen in der Operativen Zone Vlora-Gjirokastrë.

Im *Përmeti*-Gebiet (nordöstlich von Gjirokastrë) eine nationale Bande unter Führung von Veli Zlensha, Gendarmerie-Offizier, anständig und zuverlässig.

Diese Bande soll von allen nationalen Banden am besten bewaffnet sein (z. B. 60 schwere MG !??), 2000-2500 Mann Effektivbestand. Die gute Bewaffnung dieser Bande soll im Hinblick auf die Gefahr griechischer Überfälle in dieser Gegend erfolgt sein.

Im *Konispol*-Gebiet (im äußersten Süden Albanien)

2 nationale Banden unter:

Gebr. Blaku (einer der Brüder Blaku ist im albanischen Innenministerium tätig) und Kristaq Peshtani, Offizier, griechisch-orthodox.

Im *Kolonja*-Gebiet (Kolonja liegt südlich von Korça an der albanisch-griechischen Grenze)

die bekannteste nationale Bande unter Safet und Fetah Butka²⁵, beide Gegner des Kommunismus, 300 Mann stark, aufgeteilt in kleinere Gruppen; im Ganzen ca. 4000 Mann in diesem Gebiet bewaffnet, die jederzeit zur Verfügung stehen sollen.

Im *Korça*-Gebiet

1 Bande mit meist kommunistischen Elementen unter Führung von:

Mustafa Gjinishi²⁶ (aus Peqin), aktiv und fähig, Geldgeschenken leicht zugänglich, kein ausgesprochener Kommunist, sondern in der Hauptsache Anti-Italiener.

Dr. Ymer Dishnica²⁷, gilt als Organisator eines kommunistischen Netzes über ganz Albanien.

In diesem Gebiet bestehen noch andere kommunistische Banden, über die aber Angaben z. Zt. fehlen.

Im *Martanesh*-Gebiet (Martanesh liegt in Mittelalbanien – östlich von Tirana und nordöstlich von Elbasan eine kommunistische Bande unter Führung von Haxhi Lleshi, Kommunist, dem sich der Baba der Bektashis²⁸ von Martanesh zugesellt hat. Die Bande soll über 200 Mann ständig verfügen, ist aber nicht aktiv.

Der Gewährsmann behauptet, die „Balli Kombëtar“ (vgl. Beginn der Aufzeichnung) werde in Kürze 3 bereits zusammengestellte Banden nach Südalbanien entsenden und zwar:

- a) 1 Bande zum Einsatz gegen die kommunistischen Banden im Kurvelesh-Gebiet, Führer: Nano Gjoni, der selbst Grundbesitz in Kurvelesh hat und dort großes Ansehen genießen soll.
- b) Eine Bande unter Xhevat Kallajxhiu in das Gebiet von Gjirokastrë, 20-30 Mann stark, die ebenfalls gegen die kommunistischen Banden in Kurvelesh operieren soll. Kallajxhiu ist Journalist und war Herausgeber der z. Zt. von Zogu erschienenen Zeitung „Demokratia“.

²⁵ Safet Butka (1901-1943), Sohn des antiosmanischen Freischärlers Sali Butka; Pädagoge, Studium in Wien. Bekannte und einflussreiche Figur der Nationalen Front und deren militärischer Führer in Südalbanien (Korça, Kolonja); er ging in den Freitod.

²⁶ Mustafa Gjinishi (1912-1944), Journalist, führend im Widerstand und in der KPA. 1943 Verhandlungsführer von Seiten des Nationalen Befreiungsrates mit Balli Kombëtar; fiel im August 1944 einem Anschlag zum Opfer, der vermutlich von der Gruppe um Enver Hoxha ausging.

²⁷ Ymer Dishnica (1912-1998), Arzt und Politiker, Studium in Frankreich; 1942 Mitglied der KPA-Führung, führte zusammen mit Gjinishi die Gespräche mit Balli Kombëtar. Nachdem die getroffene Vereinbarung verworfen worden war, des „Verrats“ bezichtigt; Anfang der 50er Jahre aus der KPA ausgeschlossen und repressiert.

²⁸ Mustafa Xhani (Baba Mustafa Martaneshi) (1910-1947), Vorsteher des Bektashi-Klosters in Martanesh, das zum Stützpunkt der Partisanen wurde, fiel 1947 einem Attentat zum Opfer.

- c) Eine Bande in die Gegend von Korça unter Führung von Muharem Moglica zum Kampf gegen die dortigen Kommunisten. Auch diese Bande soll 20-30 Mann stark sein.

INFORMATION

Bundesarchiv: 100 Jahre Erster Weltkrieg

INFORMATION

Portal des Bundesarchivs zum Ersten Weltkrieg freigeschaltet

Aus Anlass des 100. Jahrestages der Entfesselung des Ersten Weltkrieges präsentiert das Bundesarchiv lt. Pressemitteilung mehr als 700.000 digitalisierte Seiten aus den Akten des Ersten Weltkriegs: Dokumente und Fotos zu zahlreichen Einzelthemen, Bilder, Filme und Töne. Eine laufend Ergänzung und Erweiterung des Angebots ist vorgesehen. Eine Recherche ist möglich unter <http://ersterweltkrieg.bundesarchiv.de/>.

Neuzugang: Archivgut deutscher Provenienz aus der Zeit des Ersten Weltkriegs

Im März 2014 übergab das kanadische Nationalarchiv dem deutschen Bundesarchiv 1,7 Regalmeter Archivgut deutscher Provenienz aus der Zeit des Ersten Weltkriegs. Die Dokumente – ohne Bezug zur kanadischen Geschichte – waren nach einer Mitteilung der Pressestelle des Bundesarchivs an der Front bei Lille von den Briten beschlagnahmt und dann den Kanadiern überlassen worden. Dabei handelt es sich „um sehr vielfältiges Material: teils gedruckt (Plakate mit Anweisungen an die Bevölkerung) oder vervielfältigt (Befehle), teils handgeschrieben (Feldpostbriefe, Tagebücher, Gräberlisten)...

Die nun nach Deutschland zurückkehrenden Dokumente besitzen auch deshalb einen besonderen Wert, da der größte Teil der deutschen militärischen Überlieferung aus dem Ersten Weltkrieg zwischen 1939 und 1945 durch Kriegseinwirkung vernichtet wurde.

Die Archivalien werden künftig im Überlieferungskontext in der Abteilung Militärarchiv des Bundesarchivs in Freiburg zugänglich sein.“¹

INFORMATION

„Becher & die Nationalhymne“...

INFORMATION

... lautete das Thema des Vortrags, den Siegfried Prokop am 24. April 2014 anlässlich des 100. Klubabends des Fördervereins Kurort Bad Saarow e.V. hielt. Dazu hieß es u.a. im Einladungsflyer:

„Die Nationalhymne der DDR entstand in den Wochen unmittelbar nach der Staatsgründung im Oktober 1949. Den Text hatte Johannes R. Becher auf Wunsch von Wilhelm Pieck geschrieben. Ottmar Gerster und Hanns Eisler komponierten dazu je eine Melodie. Am 8. Februar 1950 beschloss die Provisorische Volkskammer in Anwesenheit von Becher und Eisler die Hymne ‚Auferstanden aus Ruinen‘ zur gesamtdeutsch angelegten Nationalhymne zu erheben.

Im Westen entschied 1952 ein Briefwechsel zwischen Kanzler Adenauer und Bundespräsident Heuss, dass die dritte Strophe des ‚Deutschlandliedes‘ (Hoffmann von Fallersleben/Joseph Haydn) die Nationalhymne der Bundesrepublik wird.

Seit 1990 gab es angesichts des von vielen Bürgern empfundenen Hymnen-Dilemmas verschiedene Vorschläge für einen ‚Hymnen-Mix‘. Wolfgang Harich veranlasste 1994 eine ‚Welturaufführung‘ der Brecht’schen ‚Kinderhymne‘ zur Haydn-Melodie (DVD).

Der Diskurs um die deutsche Nationalhymne ist auch heute noch nicht beendet ...“

¹ Siehe <http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/meldungen/03961/index.html.de>

Rosa Luxemburgs Warnung vor einem Weltkrieg seit 1900¹

Der Kampf Rosa Luxemburgs gegen Militarismus und Krieg wird im Allgemeinen nicht in Zweifel gezogen. Ihr unermüdlicher und unerschrockener Friedenskampf durchzieht ihr gesamtes Lebenswerk.

Ich möchte mich sofort dem Jahr 1900 zuwenden, in dem Rosa Luxemburg für einen Höhepunkt ihres Engagements für den Frieden sorgte. Am 27. Juli 1900 verabschiedete Kaiser Wilhelm II. in Bremerhaven die deutschen Truppen zur Niederschlagung des Aufstandes gegen die koloniale Unterwerfung in der chinesischen Provinz Shantung mit seiner berüchtigten „Hunnenrede“. Unter Graf Waldersee sollten sie sich durch rücksichtslose Grausamkeit dort denselben Namen machen, wie es vor tausend Jahren die mordenden Hunnen unter König Etzel getan hätten. Rosa Luxemburg erwartete vom Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie, dass er sofort zu Protestversammlungen aufrief. Sie suchte Wilhelm Liebknecht und Paul Singer auf, doch beide hielten angesichts der sommerlichen Hitze einen solchen Aufruf für wenig sinnvoll. Auf dem Parteitag in Mainz im September 1900 sprach sie ihr Anliegen deshalb sehr deutlich aus: „Wir machen uns wirklich in weiten Kreisen der Bevölkerung lächerlich. Wir wettern jeden Tag gegen die Weltpolitik, wir donnern gegen den Militarismus in Friedenszeiten; wo es aber einmal wirklich zum Krieg kommt, unterlassen wir es, das Fazit zu ziehen und zu zeigen, dass unsere jahrelange Agitation auch wirklich in die Halme geschossen ist. Es ist wahr, die wichtigsten Ereignisse des chinesischen Krieges, die kaiserlichen Reden, die Absendung der Kriegsschiffe nach dem Orient, sind in die Ferienzeit gefallen. Aber um sich während eines folgenschweren Krieges, den Deutschland führt, Ferien zu gönnen, dazu muß man mindestens Reichskanzler sein; wir sind eine Oppositionspartei, und als solche muß man auf dem Posten sein.“² Paul Singer versuchte „Fräulein Luxemburg“ zu beschwichtigen, denn die Partei hätte nicht geschwiegen. Doch die junge, temperamentvolle Rosa Luxemburg war nicht zu besänftigen. Sie grollte sogar mit ihrer Freundin Clara Zetkin, die „sich in die Weiberfragen verstrickt“ habe und zu den allgemeinen nicht aufgetreten sei.³ Letztendlich frohlockte sie jedoch am 21. September 1900 im Brief an ihren Leo Jogiches zufrieden: „1. In der Debatte über die Weltpolitik haben wir eindeutig gesiegt, Singer mußte das selbst zugeben. 2. In der Zolldebatte selbstredend [...] Mir hat das eine Menge genutzt.“⁴ Am nächsten Tag gehörte die junge polnische Jüdin Rosa Luxemburg, die erst seit zwei Jahren in Deutschland lebte, tatsächlich zu den 57 Delegierten der deutschen Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften, die zum Internationalen Sozialistenkongress führen. Der tagte vom 23. bis 27. September 1900 in Paris. Auf ihm waren insgesamt 791 Delegierte aus 21 Ländern vertreten. Sie wohnte mit Clara Zetkin in einem Hotel. Diese gute Gesellschaft konnte sie gebrauchen. Rosa Luxemburg stand vor ihrer bis dahin größten politischen Aufgabe. Sie hatte zu dem Tagesordnungspunkt „Der Völkerfriede, der Milita-

¹ Es handelt sich um die Erstveröffentlichung eines Vortrages von Annelies Laschitzka, gehalten anlässlich der Rosa-Luxemburg-Bildungstage „Frauen wider den Krieg“ am 8./9. März 2014 in Berlin, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit dem Förderverein der Clara-Zetkin-Gedenkstätte e.V. veranstaltet wurden.

² Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke (GW), Bd. 1, 1. Halbbd., 8., überarb. Auflage, Berlin 2007, S. 801 f.

³ Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe (GB), Bd. 2, 3. Auflage, Berlin 1989, S. 503.

⁴ Ebenda, S. 504.

rismus, die Beseitigung der stehenden Heere“ das Referat übertragen bekommen. Diese einmalige Chance nahm sie voll wahr. Sie plädierte dafür, vor allem unter der Jugend die antimilitaristische Propaganda zu organisieren und die sozialistischen Vertreter in allen Parlamenten zu verpflichten, unbedingt gegen jegliche Militär- und Rüstungsausgaben zu stimmen. Die Internationale Sozialistische Kommission sollte bei Ereignissen von internationaler Tragweite gemeinsame Protestbewegungen in allen Ländern arrangieren.

Die Wiedergabe der Rede Rosa Luxemburgs in Paris ist in der französischen Fassung des Protokolls ausführlicher als in der deutschen erfolgt. Darauf sind wir von unserem Historikerkollegen Harald Koth aufmerksam gemacht worden. Im Unterschied zu den wenigen lapidaren Sätzen aus dem deutschen Protokoll⁵ heißt es in der Übersetzung aus dem Französischen, die im soeben erschienenen Band 6 der „Gesammelten Werke“ Rosa Luxemburgs enthalten ist: „Ist nicht der Militarismus eine der ältesten Geißeln, eines der ältesten Verbrechen der bürgerlichen Welt? Was ist also Neues entstanden? Neu ist, daß diese Politik des Militarismus sich in Form der Weltpolitik des Imperialismus aus-geweitet und verschärft hat. Es handelt sich nicht mehr nur um eine gigantische Aufrüstung in Vorbereitung auf einen Krieg zwischen zwei oder drei Nachbarstaaten. Dieser Militarismus treibt alle großen Nationen der Welt beständig in neue koloniale Eroberungen. Er verwandelt die Vereinigten Staaten von Amerika in einen durch und durch militaristischen Staat, und das gleiche gilt auch für England. Und während bisher Deutschland fast als einziges Land seine Armee und seine Flotte unablässig ausbaute, ist diese Politik jetzt die Losung der ganzen Welt geworden. Diese Politik wurde mit dem Chinesisch-Japanischen Krieg [1894/95] eingeleitet, dann folgten der Spanisch-Amerikanische Krieg [1898], der Transvaalkrieg [1899], und schließlich der Krieg des vereinigten Europa gegen China [1900]. Niemals, Bürger, sind Ereignisse von größerer historischer Tragweite so rasch aufeinander gefolgt, niemals verlief die kapitalistische Entwicklung so rasend!“⁶

Der Kongress folgerte daraufhin in seiner Resolution, „1. daß es nötig ist, daß die Arbeiterpartei in jedem Lande mit verdoppelter Wucht und Energie gegen Militarismus und Kolonialpolitik auftrete; 2., dass es vor allem unbedingt notwendig ist, die weltpolitische Allianz der Bourgeoisien und Regierungen zur Verewigung des Krieges durch eine Allianz der Proletarier aller Länder zur Verewigung des Friedens zu beantworten, d. h. von mehr oder weniger platonischen Demonstrationen der internationalen Solidarität auf politischem Gebiet zur energischen internationalen Aktion, zum gemeinsamen Kampf gegen den Militarismus und die Weltpolitik überzugehen.“⁷

Mehrere begeisterte Briefe an Freunde aus Paris von den Tagen danach, an denen sie sich ausgelassen mit Jaurès, Millerand, Daszyński, Bebel, Swienty, Gradnauer herumtrieb, „daß nur die Federn flogen“⁸, bezeugen, wie glücklich sie war, die außergewöhnliche Aufgabe gemeistert zu haben.

Doch wie es im konkreten Leben nun einmal ist. Nicht alles Glück liegt beieinander. In Berlin fand sie bei ihrer Rückkehr aus Paris die schmerzliche Nachricht aus Warschau vom Tode ihres Vaters vor. Sie verlor für Wochen ihr seelisches Gleichgewicht. „Ich war innerlich wie abgestorben und so gleichgültig für alles, daß ich nur mechanisch die Ta-

⁵ Siehe GW, Bd. 1,1. Halbbd., a.a.O., S. 807.

⁶ GW, Bd. 6, 1893 – 1906, hrsg. und bearb. von Annelies Laschitzka und Eckhard Müller. Mit einem Vorwort von Annelies Laschitzka, Berlin 2014, S. 305.

⁷ Ebenda, S. 306.

⁸ GB, Bd. 5, Berlin 1984, S. 297.

gesobliegenheiten eines ‚lebendigen Menschen‘ verrichtete“, teilte sie am 30. Dezember 1900 Minna Kautsky mit.⁹

Allerdings hatte sie am 13. Dezember 1900 in Eimsbüttel bei Hamburg schon wieder als Referentin zum Thema „Weltpolitik und Sozialdemokratie“ vor 500 Zuhörern, darunter 200 Frauen, gestanden und dazu aufgefordert, den Antikriegskampf im neuen Jahrhundert zu verstärken. Auch der Text dieser Rede befindet sich im neuen Band. Die Weltpolitik sei erst fünf, sechs Jahre im Gange, erläuterte sie, doch „welche blutigen Kriege hat diese Politik schon gefordert, es sind bereits fünf solche Kriege, wovon noch drei im Gange sind, zu verzeichnen. Wie viel Geld u. Menschenopfer und Elend solche Kriege bringen, werden Sie wohl alle wissen. Sogar Amerika, ein freiheitlicher Staat, wird plötzlich ebenfalls von Ländergier befallen, will auch Weltpolitik treiben und so, wie ich schon sagte, alle Staaten. Auch Deutschland [...] sucht] in der ganzen Welt alle möglichen und nur unmöglichen Plätze unter der Sonne zu erobern. Wenn heute, am Schlusse des Chinakrieges noch keine endgültige Aufteilung Chinas eingetreten ist, so ist der Grund darin zu suchen, daß einer der beteiligten Mächte der Erste sein will, diesen Raub zu vollziehen, denn ein unabsehbarer Weltkrieg könnte hieraus entbrennen. Früher oder später wird dieses doch eintreten, und welche Opfer an Menschenleben solche Kriege kosten, sehen wir an Spanien u. Amerika, Transvaal u. England. An 50 000 Menschenleben hat es England bereits in Afrika gekostet und das Ende dieses Krieges ist noch nicht abzusehen. Und was kosten diese Vorbereitungen zu einem Weltkrieg. In allen Ländern hat man Vorlagen für Vermehrung des Militarismus vorgelegt, auch solche Länder, die früher keine stehenden Heere hatten, verlangen heute solche, alles nach europäischem Muster [...] Alle Länder bereiten sich auf große Kämpfe vor.“¹⁰

Rosa Luxemburg gehörte zu den wenigen Persönlichkeiten, die so früh die Gefahr eines Weltkrieges heraufziehen sahen. Ihre Voraussicht basierte auf ihren ökonomischen Analysen und dem gründlichen Verfolgen des politischen Geschehens in der Welt. Sie interessierte sich für die wahren Ursachen der neuen kolonialpolitischen Konflikte. Zudem nahm sie die Folgen der monopolistischen Kapitalkonzentration in Kartellen und Trusts für die aggressiver werdende imperiale Weltpolitik der europäischen Großmächte wahr, zu denen die USA und Japan hervorzudringen begannen.

1907 vermochte sie noch einmal, und zwar zusammen mit Lenin und Martow, auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart wirksam auf den Schlussspassus der Bebel'schen Resolution Einfluss zu nehmen. Die Linken orientierten dadurch bekanntlich darauf, die durch den Ausbruch eines Krieges heraufbeschworene Krise zur Beschleunigung der Überwindung des Kapitalismus auszunutzen.¹¹

In Vorbereitung des Außerordentlichen Internationalen Sozialistenkongresses in Basel 1912 rang sie vergeblich gegen traditionelle und illusionäre Ansichten unter den einflussreichen Führern wie Jaurès, Bebel, Adler, Greulich, die sich als Begründer der Sozialistischen Internationale auf die vermeintliche Sicherung des Friedens in Europa seit 1871 beriefen. Davon unbeirrt, hatte sie in der Vorbereitungssitzung des Internationalen Sozialistischen Büros am 28. Oktober 1912 in Brüssel ihren Standpunkt klar und deutlich verfochten: „Wir müssen aussprechen 1., daß der jetzige [Balkan]krieg der Einzelfall einer allgemeinen Tendenz der kapitalistischen Entwicklung ist, 2. daß die Massenaktion notwendig ist, 3., daß das Proletariat seine Aktion verschärfen muß, 4. daß das internationale

⁹ GB, Bd. 1, Berlin 1989, S. 510.

¹⁰ GW, Bd. 6, a.a.O., S. 311 f.

¹¹ Siehe GW, Bd. 2, 6., überarb. Auflage, Berlin 2004, S. 236.

Proletariat in allen Ländern die Pflicht hat, auf einen Krieg mit energischen Aktionen zu antworten. Wir müssen empfinden, daß wir in einer neuen geschichtlichen Epoche stehen und dies durch die Kühnheit unserer Beschlüsse zum Ausdruck bringen.“¹² Auf dem Kongress kam sie nicht zu Wort. Auf der von Clara Zetkin organisierten Frauenkundgebung im Anschluss an den Kongress konnte sie aus gesundheitlichen Gründen nicht auftreten.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges erschütterte sie zutiefst. Ab 1. August 1914 setzten Schlag auf Schlag die verhängnisvollen Schritte der Mächtigen Europas ein, durch die die Völker in einen Krieg von bisher unbekanntem Ausmaß gestürzt wurden. „Die ganze Welt ist plötzlich ein Irrenhaus geworden.“, schrieb sie am 2. August 1914 an Kostja Zetkin. „Über Dein ‚Austreten aus der Partei‘ habe ich gelacht. Du großes Kind, willst Du vielleicht aus der Menschheit auch ‚austreten‘? Über geschichtliche Erscheinungen von diesem Maßstab vergeht einem jeder Ärger, und es bleibt nur Platz für kühle Überlegung und hartnäckiges Handeln. [...] Bleib frisch und heiter wie ich.“¹³

Zwei Tage später, als sie von Hugo Eberlein aufgesucht wurde und sie sich beide über die schändliche Abstimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten empörten, dachte sie entsetzt für einen Moment an Selbstmord. Luise Kautsky notierte, Rosa Luxemburg sei dem Wahnsinn nahe gewesen.¹⁴ Rosa Luxemburg ergriff Weltuntergangsstimmung. Sie weinte tagelang. Die Abschiedsszenen mit den einberufenen Freunden – mit Hans Diefenbach, Maxim Zetkin und Kurt Rosenfeld – schnürten ihr fast die Kehle zu. Wann würde es Kostja Zetkin treffen, wann Paul Levi und die vielen anderen Bekannten?

Doch schon Ende August resümierte Rosa Luxemburg wieder beherzter: man könne alles aufgeben, aber nicht die Ehre. „Wenn Sie sagen:“, schrieb sie um den 31. August an Troelstra, „Es war für uns zu früh, die Gegner haben den Moment gewählt, wo wir nicht reif waren, so weiß ich, daß man sich die Reife zum Kampf um das Teuerste nicht anders als im Kampf erwirbt.“¹⁵ Also stürzte sie sich mit Karl Liebknecht und mit den Wenigen, die nicht verzagen wollten, in den Kampf.

„Trümmer“ überschrieb sie am 30. Oktober 1914 einen Artikel für die „Sozialdemokratische Korrespondenz“. Er enthält ihre erste umfassende Charakteristik des Krieges. Der zermalmende Zug des gegenwärtigen Weltkrieges hinterlasse all überall nichts hinter sich als Trümmer. Er übertreffe alles Bisherige an Dimensionen, an Wucht, an tiefgreifender Wirkung. „Nie waren so viele Völker, Länder, Weltteile von den Flammen des Krieges auf einmal umfasst, nie waren so gewaltige technische Mittel in den Dienst der Vernichtung gespannt, nie waren so reiche Schätze der materiellen Kultur dem höllischen Sturm ausgesetzt. Der moderne Kapitalismus heult in dem jetzigen Weltorkan sein satanisches Triumphlied: [... in] dem größten Vernichtungswerk des Kapitalismus seit zwei Jahrhunderten.“¹⁶

Diese Anklage zieht sich durch alle ihre Enthüllungsschriften über die Ursachen, den Charakter und die Folgen des Ersten Weltkrieges und findet in der Junius-Broschüre ihre klassische Formulierung: „Das Geschäft gedeiht auf Trümmern. Städte werden zu Schutthaufen, Dörfer zu Friedhöfen, Länder zu Wüsteneien, Bevölkerungen zu Bettlerhaufen, Kirchen zu Pferdestellen; Völkerrecht, Staatsverträge, Bündnisse, heiligste Worte,

¹² Vorwärts, Nr. 254 vom 30. Oktober 1912. – Wird in Band 7 der GW erscheinen.

¹³ GB, Bd. 5, a.a.O., S. 7 f.

¹⁴ Luise Kautsky: Rosa Luxemburg. Ein Gedenkbuch, Berlin 1929, S. 40.

¹⁵ GB, Bd. 6, hrsg. von Annelies Laschitzka, Berlin 1993, S. 201.

¹⁶ GW, Bd. 4, 6., überarb. Auflage, Berlin 2000, S. 9 f.

höchste Autoritäten in Fetzen zerrissen; jeder Souverän von Gottes Gnaden den Vetter von der Gegenseite als Trottel und wortbrüchigen Wicht, jeder Diplomat den Kollegen von der anderen Partei als abgefeymten Schurken, jede Regierung die andere als das Verhängnis des eigenen Volkes der allgemeinen Verachtung preisgebend; und Hungertumulte in Venedig, in Lissabon, in Moskau, in Singapur, und Pest in Russland und Elend und Verzweiflung überall.

Geschändet, entehrt, im Blute wadend, von Schmutz triefend – so steht die bürgerliche Gesellschaft da, so ist sie. Nicht, wenn sie gelect und sittsam, Kultur, Philosophie und Ethik, Ordnung, Frieden und Rechtsstaat mimt – als reiße Bestie, als Hexensabbat der Anarchie, als Pesthauch für Kultur und Menschheit, so zeigt sie sich in ihrer wahren, nackten Gestalt.¹⁷

Und dennoch, trotz Erschütterung, trotz Verfolgung und Haft verlor Rosa Luxemburg während des Krieges 1914 bis 1918 weder Mut noch Energie, noch Kraft, anderen Menschen beizustehen. Am 28. Dezember 1916 schrieb sie z.B. ihrer Freundin Mathilde Wurm aus der Festung Wronke: „Was mich anbelangt, so bin ich in der letzten Zeit, wenn ich schon nie weich war, hart geworden wie geschliffener Stahl und werde nunmehr weder politisch noch im persönlichen Umgang auch die geringste Konzession machen.“ Ihr aber riet sie: Sieh, „dass Du Mensch bleibst. Mensch sein ist vor allem die Hauptsache. Und das heißt: fest und klar und heiter sein, ja, heiter trotz alledem und alledem, denn das Heulen ist Geschäft der Schwäche. Mensch sein, heißt sein ganzes Leben, auf des Schicksals große Waage' freudig hinwerfen, wenn's sein muß, sich zugleich aber an jedem hellen Tag und jeder schönen Wolke freuen, ach, ich weiß keine Rezepte zu schreiben, wie man Mensch sein soll, ich weiß nur, wie man's ist, und Du wusstest es auch immer, wenn wir einige Stunden zusammen im Sünder Feld spazieren gingen und auf dem Getreide roter Abendschein lag. Die Welt ist so schön bei allem Graus und wäre noch schöner, wenn es keine Schwächlinge und Feiglinge auf ihr gäbe.“¹⁸

Das vorläufig letzte neue Dokument, das wir für Band 7 in der „Roten Fahne“ vom 22. November 1918 entdeckt haben, ist mit „Noch ein Opfer!“ überschrieben. Mitten in der lebensbedrohlichen Turbulenz der Novemberrevolution 1918 gedachte sie des kurz vor Ende des Krieges gefallenen Freundes Brandel Geck, des ältesten Sohnes von Marie und Adolf Geck. Schon beim Schreiben des Beileids an die beiden Freunde vier Tage zuvor waren ihr immer wieder die Tränen aufs Papier getropft. Sie hätte von Brandel so viel für die Partei, für die Menschheit erwartet. „Mit den Zähnen möchte man knirschen“, schrieb sie. „Ich möchte Euch helfen, und doch gibt es keine Hilfe, keinen Trost. Ihr Lieben, lasst Euch nicht durch Schmerz überwältigen, lasst die Sonne, die in Eurem Hause immer strahlt, nicht hinter diesem Entsetzlichen verschwinden.“¹⁹

Bis zuletzt um Menschlichkeit bemüht und auf dauerhafte Sicherung des Friedens bedacht, ahnte Rosa Luxemburg die Schwierigkeiten des künftigen Kampfes wider neue Kriege. Aus handschriftlichen Notizen von 1918 ist ersichtlich, dass sie 1. die Nationalitätenfrage, 2. das Schicksal der Kolonien und 3. die Perspektiven der Demokratie als die drei wichtigsten der großen weltweit ungelösten Probleme betrachtete. Und sie sah voraus, die kapitalistische Gesellschaft werde das Chaos nach dem Kriege nicht bewältigen. Allein

¹⁷ Ebenda, S. 9 f.

¹⁸ GB, Bd. 5, a.a.O., S. 151.

¹⁹ Ebenda, S. 415.

der Sozialismus könne einen Ausweg bieten²⁰, wenn er in uneingeschränkter Freiheit und in tatsächlicher Gerechtigkeit verwirklicht werden wird.²¹

Annelies Laschitza

**„Flammenrausch des Vaterlandes“ oder:
Wie die hineingeschlitterten „Schlafwandler“ schon vor und mit
Christopher Clark die deutsche Kriegsschuld entsorgten
(mit einem Blick auf Kieler Hochschullehrer)**

„Hitlers Volksstaat“, der umstrittener Bestseller von Götz Aly zur Wirkungsgeschichte des nationalen Sozialismus (1995), hat eine heute eher verdrängte Vorgeschichte: Die gegen 1789 gerichteten „Ideen von 1914“, die im „Flammenrausch des Vaterlandes“ (Theodor Lessing) kulminierten. Lessing (1872-1933) gehörte als jüdischer Publizist und Philosoph nicht zu den prominenten 3.016 deutschen Bekennern, die der „Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches“ vom 16. Oktober 1914 gefolgt waren: „Unser Glaube ist, dass für die ganze Kultur Europas das Heil an dem Sieg hängt, den der deutsche Militarismus erkämpfen wird, die Manneszucht, die Treue, der Opfermut des einträchtigen deutschen Volkes.“¹ Spätestens seitdem Heinrich von Treitschke am 15. November 1879 in den „Preußischen Jahrbüchern“ den Berliner Antisemitismustreit mit der Parole „die Juden sind unser Unglück“ entfacht hatte, verstärkte sich in Deutschland unter dem Vorzeichen eines integralen Nationalismus der Prozess der Entliberalisierung der politischen Kultur. Er kulminierte in der Kontrastierung der „Ideen von 1914“ mit denen von 1789. Dieses Intellektuellenprodukt der „Mandarine“, der „Kritiker aus Beruf“ (Max Weber), die ihre Aufgabe vernachlässigten, „Wächter zu sein in einer sonst allzu finsternen Nacht“ (Karl Mannheim), stützte den anschwellenden Chauvinismus und Antisemitismus in Deutschland.

Auch nach 1918 lehnten die national-konservativ eingestellten Intellektuellen entschieden das neue Phänomen der „Massendemokratie“ ab. Sie übernahmen 1933 erneut freiwillig eine tragende Rolle im NS-Staat. Es fand, wie der 1934 aus Köln vertriebene Philosoph und Soziologe Helmuth Plessner 1935 konstatierte, „die Kapitulation vor der Politik“ statt. Der Pazifist und Sozialist Theodor Lessing dagegen stellte sich seit der „Wende von 1914“ gegen die Verhaltensmuster der „Großen Zeit, wo immer ich’s konnte“ (Lazarett, 1929). Die Verunsicherungen und Erschütterungen im geistigen und politischen Leben Deutschlands waren für ihn nicht durch einen Rückgriff auf nationale Werte aufzuheben. Seine Kritik an den deutschen „Ideen von 1914“ und seine Warnung vor dem „Geist von Potsdam“ machten Theodor Lessing zum „ungeliebten Außenseiter“ (Julius H.

²⁰ Einen größeren Auszug aus dieser handschriftlichen Hinterlassenschaft, die für den Band 7 der GW vorgesehen ist, siehe Annelies Laschitza: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Taschenbuch, 3. Auflage Berlin 2009, S. 580 ff.

²¹ Siehe Zur russischen Revolution. In: GW, Bd. 4, a.a.O., S. 332 ff. und Was will der Spartakusbund?, ebenda, S. 440 ff.

¹ Vgl. u.a. Fritz G. Hübinger/W.J. Mommsen: Intellektuelle im deutschen Kaiserreich, Frankfurt/M. 1993; Jürgen von Unger-Sternberg/Wolfgang von Unger-Sternberg: Der Aufruf „An die Kulturwelt!“, Stuttgart 1996; Karl Holl: Pazifismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1988, S. 103 ff.

Schoeps). Nicht nur die Völkischen bekämpften ihn, auch die National-Konservativen raubten ihm schon 1925 die Lehrfreiheit, ohne dass die Minderheit der sich zur Republik bekennenden Elite einvernehmlich zur Gegenwehr schritt. Lessing wurde als früher Gegner solcher Ideen und als bekennender Sozialist zum Unglück Hannovers erklärt, weil er – wie Rosa Luxemburg „an den Nerven krank und dem Zusammenbruch nahe“ – den August 1914 in seinen umstrittenen, mutigen Vorlesungen vom Winter 1914/15 in Hannover als die „große Stunde der Lüge“ bezeichnete und Max Schelers „Genius des Krieges“ bekämpfte². Aus Anlass der Wahl von Hindenburg zum Präsidenten der Weimarer Republik erneut zutiefst beunruhigt, veröffentlichte Lessing im Prager Tageblatt vom 25. April 1925 einen Artikel, in dem er den „Helden von Tannenberg“ als „ein repräsentatives Symbol, ein Fragezeichen, ein Zero“ bezeichnete und hinzufügte: „Man kann sagen: ‘Besser ein Zero als ein Nero‘. Leider zeigt die Geschichte, dass hinter einem Zero immer ein künftiger Nero steht“. Dafür von den Völkischen verfolgt und ab 1925 mit Berufsverbot versehen, gelang es der NS-Führung im August 1933, dem Leben des Querdenkers und ungeliebten Außenseiters in seinem Exilort Marienbad mit Hilfe von Meuchelmördern ein Ende zu setzen.

Ebenfalls am Tag nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten verletzte ein junger Pazifist aus den Reihen der SPD ein weiteres nationales Tabu: Der 23-jährige assimilierte Jude Walter Fabian veröffentlichte im Auftrag der Deutschen Liga für Menschenrechte und der Deutschen Friedensgesellschaft ein Buch zur Kriegsschuldfrage und zu dem vom „Kriegsschuldreferat“ des Auswärtigen Amtes stilisierten „Schandparagraphen“, dem Artikel 231 des Versailler Vertrags. Er verstieß damit gegen die zentrale Lebenslüge der Weimarer Republik³. Zwei Jahre später legte der jüdische Staatsrechtler Herrmann Kantorowicz Studien zum „Fechenbachurteil und Kriegsschuldfrage“ vor. Sein „Gutachten zur Kriegsschuldfrage 1914“, im Auftrag des parlamentarischen Untersuchungsausschusses für die Schuldfragen des Ersten Weltkrieges 1925 verfasst, durfte unter Druck des Auswärtigen Amtes nicht veröffentlicht werden. Kantorowicz, ab 1929 Nachfolger des Reichsjustizministers Gustav Radbruch auf dem juristischen Lehrstuhl in Kiel, war den schlimmsten Anfeindungen ausgesetzt. Im Juni 1967 hielt dazu der zum Bundespräsidenten gewählte Sozialdemokrat und Kriegsgegner Gustav Heinemann im Geleitwort zur Erstveröffentlichung des „Gutachten zur Kriegsschuldfrage von 1914“ fest: „Kantorowicz hatte es gewagt, das damals im Deutschen Reich fast Undenkbare zu denken, schriftlich zu fixieren und gegen eine demokratisch verfasste Obrigkeit zu verfechten. Er ist daran zerbrochen und anschließend in die Fremde getrieben worden.“⁴ Das schrieb Heinemann zu einem Zeitpunkt, als in Deutschland eine neue Kriegsschulddebatte im Gange war: Fritz Fischers Arbeit zur historischen Verantwortung der deutschen Reichsregierung für den Ausbruch des 1. Weltkrieges hatte den ersten großen Historikerstreit nach 1945 in der BRD ausgelöst⁵. Eine ernsthafte Kontroverse, die zunächst noch George W.F. Hallgartens jahrzehntelang verdrängte Forschungen im US-Exil ausklammerte, die erstmals 1963 in der BRD veröffentlicht wurden und die Clark in seinem Bestseller ebenso wenig beachtet

² Vgl. Theodor Lessing: Wir machen nicht mit! Schriften gegen den Nationalismus und zur Judenfrage. Mit Zeichnungen von Alfred Hrdlicka, hrsg. von Jörg Wollenberg., Bremen 1997, S. 21-60.

³ Walter Fabian: Die Kriegsschuldfrage. Grundsätzliches und Tatsächliches zu ihrer Lösung, Heft 19 der Schriftenreihe Kultur und Zeitfragen, Leipzig 1925 (Nachdruck Bremen 1985).

⁴ Gustav W. Heinemann: Geleitwort. In: Hermann Kantorowicz: Gutachten zur Kriegsschuldfrage 1914, aus dem Nachlass hrsg. von Imanuel Geiss, Frankfurt/M. 1967, S. 5f.

⁵ Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918, Düsseldorf 1961.

wie die Gutachten von Hermann Kantorowicz, Martin Hobohm oder Walter Fabian.⁶ Unberücksichtigt blieben auch die Bücher linker Autoren wie das von Konrad Haenisch (SPD) über „Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege“ von 1917 oder das von Paul Frölich (KPD) über „Zehn Jahre Krieg und Bürgerkrieg“ von 1924.

Nicht nur die deutschen Eliten und späteren Helfershelfer des NS-Systems erlagen dem Intellektuellenprodukt der „Mandarine“, dem Geist vom August 1914. Auch große Teile der deutschnational gesinnten Vertreter der Arbeiterbewegung wurden vom „August-Erlebnis“ erfasst und befürworteten die durch den Krieg geschaffene Volksgemeinschaft und schlossen sich dieser an – von den (A)DGB-Vorsitzenden Carl Legien, Theodor Leipart und Hans Böckler über die DMV (IG Metall)-Vorsitzenden Georg Reichel, Alexander Schlicke und Walter Freitag bis zu den Sozialdemokraten um Friedrich Ebert, Gustav Noske, Paul Löbe und Kurt Schumacher. „In dem ungeheuren Konflikt der Pflichten zwischen Landesverteidigung und sozialistischer Zukunftsarbeit entschieden sie sich für die Landesverteidigung“, hielt dazu 1926 der Sachverständige im Dittmann-Ausschuss, Martin Hobohm (1883-1942), fest. Der ab 1914 als Privatdozent in Kiel tätige Historiker war 1919 zum Sachverständigen des Reichstags ernannt worden und hatte allein 127 mit Aufschriften versehene Foliomappen zur Kriegsschuldfrage und zur Dolchstoßlegende vorgelegt, die unveröffentlicht blieben. Mit großer Sorge musste der Gutachter als ehemaliges Mitglied des Reichsbanners dabei feststellen, wie sehr die Ordnungsidee der „Volksgemeinschaft“ erneut auch jene „nationalen Sozialisten“ in der Arbeiterbewegung erfasst hatte, die in der auf eine gesamtgesellschaftliche Integration ausgerichteten korporativen Gesellschaftsordnung einen Weg aus der Krise sahen. Die „unerschütterliche Pflichttreue und Schaffensfreude im Dienst der Volksgemeinschaft“ lobte z.B. Reichspräsident Friedrich Ebert am 1920 verstorbenen Gewerkschaftsführer Carl Legien. Dieser hatte noch am 15.11.1918 mit dem Stinnes-Legien-Abkommen der Zentralarbeitsgemeinschaft von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden die „Burgfriedenspolitik“ zu retten gehofft. Die Ideen von 1789 wurden erneut durch die von 1914 ersetzt. Selbst 1933 fanden die gewerkschaftlichen Akteure im „Führerkreis“ der freien Gewerkschaften (ADGB) keine Alternative zum Weg in die Katastrophe, der am 1. und 2. Mai 1933 in der Selbstpreisgabe und Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung mündete.

Der mit der Kriegskreditbewilligung der SPD durchgesetzte „Burgfrieden von 1914“ läutete das vom marxistischen Historiker Eric Hobsbawm so genannte „Zeitalter der Extreme“ ein: Eine Zwischenkriegsperiode als zweiter „Dreißigjährigen Krieg“, der 1945 im „Jahr der Hoffnungen“ bald durch die Konfrontation der Systeme zu einer erneuten politischen Niederlage der Arbeiterbewegung führte, die nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus 1989/90 mit dem Sieg des Neoliberalismus endete. Der Trümmerhaufen von 1945 wurde nur von Teilen der Arbeiterbewegung in Europa als Aussichtsturm benutzt, um eine sozialistische Neuordnung durchzusetzen. Erneut trugen die deutsch-nationalen „Schlafwandler“ in den Reihen der Sozialdemokratie mit dazu bei, das „komplexeste Ereignis der Zeit, womöglich bislang aller Zeiten“, zu durchschauen⁷. Auch die KPD blieb

⁶ Martin Hobohm: Untersuchungsausschuss und Dolchstoßlegende. Eine Flucht in die Öffentlichkeit, Berlin 1926; Georges W.F. Hallgarten: Das Wettrüsten. Seine Geschichte bis zur Gegenwart, Frankfurt/M. 1967; Ders.: Imperialismus vor 1914. Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik europäischer Großmächte vor dem ersten Weltkrieg, 2.Bde, München 1963.

⁷ Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013, 5.Auflage, S. 17. Clark meint damit freilich die Juli-Ereignisse von 1914 und nicht die vom Mai 1945. Zur Rechtsentwicklung der SPD und als Gegenentwurf zu Clark siehe Heiner Karuscheit: Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg, Hamburg 2014.

von deutschnationalen Vorzeichen in Aufbruch- und Krisenzeiten geprägt. Die Geburtsstunde des „Nationalkommunismus“ im Jahre 1923 („Radek-Kurs“) erleichterte z.B. das Bündnis mit dem „Nationalbolschewismus“ (Ernst Niekisch und Richard Scheringer) und führte zum „Freiheitsprogramm“ der KPD, der „nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ vom 24.8.1930.

Vor dem Hintergrund dieser historischen Erfahrungen spricht Jürgen Kuczynski in dem nicht nur von Christopher Clark ignorierten Buch von 1957 über den „Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie“ von dem „Versagen der Marxisten-Leninisten“, die „ungeheure Kompliziertheit der Einschätzung mancher Kriege dieses Jahrhunderts“ zu durchschauen und eine „einheitliche Einschätzung des Charakters“ beider Weltkriege vorzulegen.⁸ Mit seiner Studie hatte der international renommierte Wirtschaftshistoriker und Gesellschaftswissenschaftler eine heftige Kontroverse in der DDR ausgelöst. Der kurz zuvor zum Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR ernannte „linientreue Dissident“ hatte im Gefolge des Tauwetters der beginnendem Entstalinisierung (XX. Parteitag) kritische Thesen zu den Fehlern der Linken vor dem 1. Weltkrieg vorgelegt und wurde deshalb des „Revisionismus“ bezichtigt und mit Parteistrafen überzogen. Alfred Meusels „kritische Betrachtungen zu dem Buch von J. Kuczynski“ endeten mit dem Appell, es dem international hoch geschätzten Gelehrten der DDR bei aller Kritik zu ermöglichen, „seine großen Fähigkeiten für die Weiterbildung der marxistischen Geschichtswissenschaft, für die Sicherung des Friedens, für den Ausbau des Sozialismus und für die friedliche und demokratische Wiedervereinigung unserer geliebten Heimat einzusetzen“.⁹ Soweit der Vorsitzende des Autorenkollektivs „Lehrbuch der deutschen Geschichte“. Sein renommierter Schüler Fritz Klein geht als Leiter von Projekten des Zentralinstituts für Geschichte im Band 9 des Lehrbuches (Deutschland 1897/98-1917) mit keinem Wort auf das Buch und den Konflikt um den kurzfristig kaltgestellten, aber unbeugsamen Jürgen Kuczynski ein.

Die nach 1945 weit über Norddeutschland hinaus einflussreichen Widerstandskämpfer aus den Reihen der Sozialisten, Kommunisten und Gewerkschafter (um August Enderle, Jacob Walcher und Otto Brenner) versuchten nach 1945 zusammen mit den auf einen Rückruf aus dem Exil wartenden SAP-Genossen (um Willy Brandt, Bruno Kreisky oder Fritz Bauer) vergeblich, an die unabhängige und marxistisch geprägte Tradition der Pazifisten, Sozialisten und oppositionellen Kommunisten anzuknüpfen. Als bald nach 1945 an den „Karl-Marx-Schulen der Partei“ (Brenner) wieder national gesinnte Nicht-Marxisten unterrichtet, schrieb der zur SPD zurückgekehrte Otto Brenner Ende 1947 in einem Brief an die alten jüdischen SAP-Freunde in den USA, überall würde er als Bezirksleiter der IG-Metall in Hannover die „marxistische Richtung in der Defensive“ sehen. In der Sozialdemokratie würden auf dem kulturpolitischen Sektor die religiösen Sozialisten (Adolf Grimme, Carlo Schmid u.a.) dominieren. Und die zunächst eng mit dem Brenner-Kreis kooperierenden ethischen Sozialisten (um Eichler und Kubel), die „ISK-Freunde (Internationaler Sozialistischer Kampfbund), mit denen wir in vieler Beziehung einen Weg gehen können und deren charakterliche Haltung bisher jeder Kritik standhielt, halten jetzt den Zeitpunkt für gekommen, durch die Besetzung vieler Schlüsselpositionen in der Partei

⁸ Jürgen Kuczynski: Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Chronik und Analyse, Berlin 1957, S. VII.

⁹ Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin, VI. Jg., 1958, H. 5, S. 1049-1068. Anzumerken ist, dass Alfred Meusel das Partei-Gutachten gegen seinen alten, seit den Exiljahren in Großbritannien vertrauten politischen Freund verfassen musste.

die Führung zu übernehmen”¹⁰. Aber selbst bei diesen Anhängern von Leonard Nelson, die sich durch einen aktiven Widerstand gegen das NS-System ausgezeichnet hatten, wirkte der „nationale Sozialismus“ nach, der das Bündnis mit dem deutschen Patrioten Kurt Schumacher in der SPD nach 1945 erleichterte. Aus der Sicht des international denkenden Sozialisten Brenner war diese Auffassung mit zurückzuführen auf die unzulängliche Analyse der „Situation von vor 1933 und der faschistischen Epoche nach 1933 [...]“, um zu den richtigen Schlussfolgerungen für die Zielsetzung der Arbeiterbewegung zu kommen“¹¹. Für den Theodor Lessing-Schüler Otto Brenner hieß das auch, den Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus als Ungeist in den eigenen Reihen zu thematisieren, der es schon Gustav Noske erlaubte, Rosa Luxemburg als eine „ostjüdische Marxistin“ zu diffamieren und ermorden zu helfen, einen Ungeist, der nicht zuletzt den Nationalsozialisten in die Hände spielte und ihnen half, ihren Kampf gegen die „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“ zu exekutierten – mit verhängnisvollen Folgen auch nach 1945. So sah z. B. Erich Weniger, 1929 zum ersten Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschulen in Kiel und Altona ernannt, keine Schwierigkeiten darin, nach 1945 an seine militärpädagogischen Schriften aus der Nazi-Zeit anzuknüpfen und sie für die Wiederaufrüstung dienstbar zu machen. Im Gegenteil: Die zu einer „Oase der freien Menschen“ hochstilisierte Wehrmacht erlaubte ihm nach 1945, an seinen „militärpädagogischen Schlüsselbegriffen: Manneszucht, Kameradschaft, Führertum und Gefolgschaft“ aus der NS-Zeit festzuhalten. Auch nach 1945 blieb es für Weniger verpflichtend, der „Zerstörung der Volkssubstanz“ entgegenzuwirken, auf die „echten und gesunden Kräfte des deutschen Volkes“ zu setzen und eine Kampagne gegen die Reeducation zu starten. Was den einflussreichen Erziehungswissenschaftler und Historiker Erich Weniger gemeinsam mit den vielen deutsch-nationalen Intellektuellen verband, war die Erinnerung an den August 1914 und den Geist von Langemarck. Noch in seinen Reden als erster Direktor an der Pädagogischen Hochschule Göttingen versuchte Weniger 1946/47, die Erinnerung daran wach zu halten. In seinen Vorschlägen „zur Neugestaltung des Geschichtsunterrichts“ verklärte er die „Ideen von 1914“ zu einem „echten Symbol für eine deutsche Möglichkeit zur Vollendung“: „Eine Möglichkeit, endlich einmal die Einheit des Volkes einschließlich der Arbeiterschaft in Gefühl und Handeln zu gewinnen“¹². 1945 bedeutete deshalb für Weniger keine Zäsur. Diese ungebrochene Kontinuität in seinem Denken wurzelt in den „deutschen Ideen von 1914“, dem „Augusterlebnis“ als Erfindung der Volksgemeinschaft, dem so viele deutsche Intellektuelle folgten. Auch Eduard Spranger erlag 1914 mit den der SPD nahestehenden Kieler Professoren Ernst Troeltsch, Hermann Kantorowicz und Gustav Radbruch und den Literatur-Nobelpreisträgern Rudolf Eucken und Thomas Mann dem „Genius des Krieges“ (Max Scheler), dem „Flammenrausch des Vaterlandes“ (Theodor Lessing).

Jörg Wollenberg

¹⁰ Lehrstücke der Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945-1949, hrsg. von Helga Grebing, Stuttgart 1983, S. 154-156.

¹¹ Ebenda, S. 151 (Brief vom 15.8.1947). Hinter Paul Sering verbirgt sich der jüdische Sozialist Richard Löwenthal, der im Londoner Exil von der *Kommunistischen Partei-Opposition* zum Kader der Gruppe *Neu Beginnen* stieß und mit Wolfgang Abendroth 1945 zur SPD zurückkehrte.

¹² Geschichte ohne Mythos. In: Die Sammlung, 3.Jg.,1.Heft, 1948, S. 37.

Übersichten und Findmittel

Informationen über Mitteilungsblätter, Kurzbestandsübersichten und Findbücher von Archiven der neuen Bundesländer und Berlin, von Archiven der Parteien und Organisationen, von wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen (XXXVII)

Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen: Bestands- und archivübergreifende thematische Inventare gehören zur Königsdisziplin archivarischer Tätigkeit. Ein derartiges Inventar ist dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam (BLHA) in enger Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung e.V. (ZZF) Potsdam, Einrichtung der Leibniz-Gemeinschaft, mit dem sachthematischen Inventar zu „Demontagen in der Sowjetischen Besatzungszone und in Berlin 1945 bis 1948“¹ uneingeschränkt gelungen.

Es ist übrigens die nunmehr dritte Veröffentlichung, die in Kooperation mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen in der Region Berlin-Brandenburg erfolgte², darunter die zweite mit einer Forschungseinrichtung der Leibniz-Gemeinschaft³. Ein entscheidender Impuls für die Erarbeitung eines derartig inhaltlich umfangreichen Inventars ging u.a. von dem Schlüsseldokument „Liste der demontierten und in die UdSSR aus der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland abtransportierten Betriebe bis Ende 1946“ aus.⁴ Es war bei Recherchen in russischen Archiven 1997 durch den wissenschaftlichen Mitarbeiter des ZZF, Jochen Laufer, ermittelt worden.

Mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der uneingeschränkten Kooperationsbereitschaft von Bundesarchiv Koblenz und Berlin-Lichterfelde, Landesarchiv Berlin, Brandenburgischem Landeshauptarchiv Potsdam, Landeshauptarchiv Schwerin, Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt/Abteilung Magdeburg, Staatsarchiv Dresden und Hauptstaatsarchiv Weimar konnten die beiden federführenden Institutionen (BLHA und ZZF e.V.) vorliegendes Archivinventar erarbeiten. Im Inventar konnte ausschließlich nur die Archivüberlieferung deutscher Provenienz berücksichtigt werden. Daher spiegelt sich in den nachgewiesenen Akten vorrangig die Umsetzung der Festlegungen der Alliierten, namentlich der UdSSR im Territorium der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und Berlins sowie die Aktionen und Reaktionen der deutschen Verwal-

¹ Demontagen in der Sowjetischen Besatzungszone und in Berlin 1945 bis 1948. Im Auftrag des Brandenburgischen Landeshauptarchivs und des Zentrums für Zeithistorische Forschung hrsg. v. Klaus Neitmann u. Jochen Laufer. Bearb. v. Klaus Jochen Arnold, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH, Berlin 2014, 708 S. (= Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs. Begründet v. Friedrich Beck, hrsg. v. Klaus Neitmann, Bd. 61) ISBN 978-3-8305-1899-0.

² Das Archiv der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg und seine Bestände. Bearb. v. Peter Bahl, Peter Lang GmbH, Frankfurt/M., Berlin, Bern u.a. 2011; Quellen, Findbücher und Inventare des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, hrsg. v. Klaus Neitmann, Bd. 24 – zugleich Schriften der Landesgeschichtlichen Vereinigung, NF. Hrsg. v. Peter Bahl, Lorenz Friedrich Beck u. Frank Göse, Bd. 3. – Vgl. MFK, Nr. 41/2012, S. 21-22.

³ Christoph Bernhardt (Hrsg.): Die wissenschaftlichen Sammlungen des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR, Peter Lang GmbH, Frankfurt/M., Berlin, Bern u.a. 2012, 131 S., Abb. – Vgl. MFK, Nr. 44/2013, S. 17-21.

⁴ Vgl. Demontagen in der Sowjetischen Besatzungszone und in Berlin 1945 bis 1948, S. XIII-XIV u. bes. S. XXXI. – Das Dokument stammt aus dem Bestand Chef der Zentralen Statistischen Verwaltung der UdSSR (Fond 1562) im Russischen Staatlichen Archiv für Wirtschaft (RGAE), Moskau.

tungsorgane auf die Befehle, Anweisungen u.a. der sowjetischen Besatzungsbehörden wider. Erwägungen der Bearbeiter, auch die spezifische Archivüberlieferung der russischen Seite einzubeziehen, musste infolge verschiedener Faktoren (u.a. der nur sehr begrenzten Zugänglichkeit zu den für diese Frage relevanten russischen Archiven⁵) aufgegeben werden.

Der **Einführung** der Herausgeber – des Direktors des BLHA Potsdam PD Dr. Klaus Neitmann und Dr. Jochen Laufer, ZZF e.V. Potsdam – (S. XIII-XIX) folgt eine umfassende **Einleitung** zum Inventar (S. XXI-XLV). Folgende inhaltlichen Schwerpunkte sind hervorzuheben: Skizze zur Geschichte der Reparationspolitik; Phasen der sowjetischen Demontagen 1945-1948 (Trophäenaktion April bis August 1945; Demontagen im Sommer 1945 bis Frühjahr 1946; Demontagen v.a. in der Stahl- und Chemieindustrie bis Herbst 1946 und Überführung der 200 wichtigsten Betriebe der SBZ als Sowjetische Aktiengesellschaften mit SMAD-Befehl vom 5. Juni 1946; Demontagen in der Kohleindustrie vom Oktober 1946 bis Frühjahr 1947; Demontagen im Herbst 1947 im Bereich der Braunkohle-Stromerzeugung sowie systematischer Abbau weiterer Eisenbahnanlagen; Restdemontagen wichtiger Einrichtungen im Frühjahr 1948); Aktueller Stand der Forschung zu den Demontagen; Überlieferungslage in den Archiven; Bestandsanalyse, das ist die Information über Inhalt und Quellenwert von Beständen bzw. Bestandsgruppen in Archiven; Methoden der Erfassung und Verzeichnung von Akten; Benutzungshinweise zum Inventar; Übersicht über die im Inventar berücksichtigten Archive und Bestände; Abkürzungsverzeichnis.

An diese Darlegungen schließen sich die Angaben des Sachthematischen Inventars an. Das Inventar ist in zwei Teile, **Generalia** und **Spezialia**, gegliedert, die wiederum nach dem Territorialprinzip (Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) untergliedert sind. Im ersten Teil **Generalia** (S. 3-354) ist die in den Archiven vorhandene Aktenüberlieferung nach den folgenden thematischen Aspekten strukturiert:

A. Generalia: Demontagen in der Sowjetischen Besatzungszone allgemein und in den einzelnen Ländern (*Stand und Folgen der Demontagen:* Meldungen und Berichte; Pressemeldungen und -artikel; Konferenzen, Erklärungen und Bewertungen; Grundsätzliche Fragen und Anweisungen; Demontagen im Bergbau und der Kohle- und Brennstoffindustrie; Demontagen in anderen Industriezweigen; Folgen der Demontagen; Einsprüche gegen Demontagen; Transport von Demontagegut: Organisation und Stand der Transporte, Transportbrigaden und Fernkolonnen, Abrechnungen von Transportleistungen, Versandbücher und Frachtbriefe). *Arbeitskräfte für Demontagen* (Gestellung und Lenkung von Arbeitskräften; Löhne, Sozialleistungen und Rechtsfragen; Verpflegung von Demontagearbeitern; Zustände bei Demontageeinsätzen; Arbeitsunfälle). *Finanzierung und Kosten der Demontagen* (Grundlegende Anweisungen; Aufwendungen für Demontagen; Anrechnung von Demontagen und Fragen der Entschädigung; Konten, Schulden und Kredite demontierter Betriebe; Reparationsschädenkartei für die SBZ des Bundesamtes für Wirtschaft). *Demontage von Kabeln, Eisenbahn- und Fernmeldeanlagen* (Organisation und

⁵ So kämen in erster Linie die Bestände folgender russischer Archive in Betracht: Russisches Staatsarchiv für Sozialpolitische Geschichte (RGASPI), Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), Russisches Staatsarchiv für Wirtschaft (RGAE) – sämtlich Moskau – sowie das Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation (ZAMO), Podolsk. Vgl. hierzu Ulrich Mähler (Hrsg.): *Vademecum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungsinstituten, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten*, 1. Aufl., Ch. Links Verlag, Berlin 2002, bes. S. 25-29 (= Forschungen zur DDR-Gesellschaft).

Stand der Demontage; Gestellung von Arbeitskräften; Finanzierung der Arbeiten; SMA(D)-Befehle und –Schreiben; Listen und Aufstellungen; Demontage von Eisenbahngleisen). *Listen, Aufstellungen, Fragebögen, Stammkarten* (Demontagelisten der Länder; Listen demontierter Betriebe; Demontagen in Industriezweigen u. ä.: Stammkarten und Fragebögen). *Demontage und Verwendung von Wehrmachts-, Rüstungsobjekten und Trophäenlagern sowie Betrieben und Einrichtungen*.

Entsprechend der inhaltlichen Zuordnung zu den sachthematischen Untergliederungen erfolgt die Aufführung der einzelnen Akten mit den Detailangaben (Aktentitel, Archivbezeichnung, Bestandssignatur, Aktennummer, Datierung), ggf. durch „Enthält u.a. – bzw./und Enthält v.a. – Vermerke“ oder „Enthält auch – Vermerke“ zusätzlich inhaltlich erschlossen. Nicht in allen Fällen konnten entsprechend der oftmals unterschiedlichen Überlieferungslage in den Archiven der Länder zu allen vorgenannten Untergliederungen Zuordnungen von Akten erfolgen. Die Gründe hierfür sind unterschiedlich und werden in der Einleitung benannt. Zum anderen werden jedoch besondere Untergruppen bei Überlieferungen gebildet, die länderspezifisch sind (z.B. bei Berlin: Demontagen in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung oder bei Mecklenburg-Vorpommern: Verpflichtung deutscher Spezialkräfte für den Einsatz in der Sowjetunion bzw. bei Thüringen: Aufstellungen zu von der amerikanischen Besatzungsmacht mitgeführten Werten).

B. Spezialia: Im zweiten Teil Spezialia (S. 355-655) werden die erfassten Quellen zu den demontierten Betrieben im Detail nach Ländern (Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) und weiter nach Orten (A-Z) untergliedert, nachgewiesen. Die Unternehmen und ggf. Zweigwerke bzw. andere Struktureinheiten von Betrieben in den jeweiligen Standorten sind alphabetisch nach der 1945 gültigen Unternehmensbezeichnung aufgeführt. Ein Index der Betriebe und Objekte sowie ein Ortsindex gewährleisten zusätzlich eine optimale, nutzerorientierte Recherche.

Im Inventar ist ausschließlich die archivalische Überlieferung von Ministerialbeständen der Landes- bzw. Provinzialverwaltungen in der Sowjetischen Besatzungszone aus dem Zeitraum 1945-1948/49 berücksichtigt worden, also jener deutscher Verwaltungsorgane, die verantwortlich waren für die Realisierung der Befehle und Anweisungen der sowjetischen Militärverwaltung zu Reparationsfragen. In Einzelfällen (so bei der Überlieferung zu Demontagen in Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen) wurden aufgrund des besonderen Quellenwerts auch Bestände der Industrie- und Handelskammern in den genannten Ländern im Inventar berücksichtigt. Außerdem wurden aufgrund ihrer Aussagekraft Bestände von Behörden und Institutionen der BRD vor 1989 – so des Bundesamts für Wirtschaft und des Gesamtdeutschen Instituts im Bundesarchiv Koblenz – in das Inventar aufgenommen. Keine Berücksichtigung konnten dagegen die Archivbestände unterer Verwaltungsebenen (Landratsämter, Kreisämter usw.) der Sowjetischen Besatzungszone finden. Ebenfalls wurde die archivalische Überlieferung in Betrieben von der Erfassung im Inventar ausgenommen. Die Gründe hierfür haben die Herausgeber im Einzelnen überzeugend dargelegt. Für detailliertere regionalgeschichtliche oder betriebsgeschichtliche Forschungen sind diese jedoch – so betonen die Herausgeber – unbedingt zu berücksichtigen. Ohne weiteres geben die im Inventar, v.a. im Teil Spezialia, nachgewiesenen Archivalien erste Anregungen für derartige Forschungen.

Dem Nutzer stehen nach Sichtung von ca. 15.000 Akten aus Beständen der beteiligten Archive insgesamt rd. 6.000 Datensätze zur Auswertung zur Verfügung. Jeder versierte Benutzer von Archiven weiß sicher den erheblichen Vorteil und den Wert einer derartigen Vorarbeit, die ein Team von Archivaren in Kooperation mit Mitarbeitern des ZZF un-

ter Leitung der beiden verantwortlichen Herausgeber leisteten, zu schätzen. Der beste Dank für diese beachtenswerte Veröffentlichung ist die intensive Nutzung des Inventars.

Thüringen: „Über seltenste Zeugnisse eines Hitler-Gegners. *Die NKFD-Flugblätter von Luitpold Steidle im Stadtarchiv Weimar*“ berichtet Jens Riederer.⁶ Der Historiker Hanns-Peter Bruchhäuser, Universität Magdeburg, ein Kenner der Geschichte des im September 1943 in der UdSSR gegründeten Bundes Deutscher Offiziere (BDO), stieß bei seinen Forschungen im umfänglichen Nachlass des langjährigen Weimarer Oberbürgermeisters Luitpold Steidle⁷ auf 55 Flugblätter des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) sowie auf ca. 500 Blatt Manuskriptseiten, Notizen und Berichte Steidles über seine Arbeit für den BDO und das NKFD. Aus zwei Gründen ist der Dokumentenfund von besonderer Bedeutung: 1. Kriegsgefangenen Offizieren, die sich im BDO engagiert hatten, war es strengstens verboten, bei ihrer Entlassung in die Heimat Dokumente des BDO und des NKFD mitzunehmen. 2. Das Sonderarchiv des Russischen Staatlichen Militärarchivs (RGVA) in Moskau, wo die Überlieferung der sowjetischen Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte (GUPVI) verwaltet wird, ist nach kurzfristiger und teilweiser Öffnung ab 1991 seit kurzem wieder geschlossen und nicht mehr der Forschung zugänglich.

Verschiedenes: An dieser Stelle ist auf ein *Themenheft der Zeitschrift „Fotogeschichte. Beiträge zur Geschichte und Ästhetik der Fotografie“*⁸ aufmerksam zu machen, das sich ausschließlich der „*Fotografie im Klassenkampf. Arbeiterfotografie in Deutschland, Österreich und der Schweiz*“ widmet.

Im Editorial⁹ hebt Wolfgang Hesse, Projektmitarbeiter des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Projekts „Das Auge des Arbeiters“ am Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde, Dresden, hervor, dass der *Arbeiterfotograf der Zwischenkriegszeit* (1918 bis 1933/39) ein internationales Phänomen ist. Die Rekonstruktion der Entstehung und Entwicklung der Fotokultur nichtbürgerlicher Schichten stand bisher nur in geringem Umfang im Zentrum wissenschaftlicher Forschungen. Weder in der DDR – ungeachtet ihrer Traditionsbildung – noch in der BRD entstanden bis 1989/90 in größerem Umfang wissenschaftliche Darstellungen. Die gleiche Feststellung kann auch für die Forschung zu diesem Thema in Österreich und in der Schweiz getroffen werden. Erst in den letzten Jahren begann sich in Deutschland, aber auch im Ausland, das Forschungsinteresse auf diesem Gebiet schrittweise zu ändern. Der Autor führt hierfür Einzelbeispiele aus den Jahren 2007 bis 2012 an.

Ursula Schlude widmet sich im Beitrag „*Fundstellen in Moskau. Zur Überlieferung der kommunistischen Fotoamateurbewegung in russischen Archiven*“¹⁰ zunächst der Or-

⁶ Archive in Thüringen. Mitteilungsblatt 2013, a.a.O., S. 34.

⁷ Helmut Müller-Enserg / Jan Wielgohs / Dieter Hoffmann / Andreas Herbst / Ingrid Kirschey-Feix (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biografien, 5. aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Ch. Links Verlag, Berlin 2010, Bd. 2, S. 1265/1266.

⁸ Fotogeschichte. Beiträge zur Geschichte und Ästhetik der Fotografie. Hrsg: Wolfgang Hesse, Jg. 33, Heft 127/2013, 79 S., Abb. - Die Zeitschrift erscheint seit 1981 im Jonas Verlag für Kunst und Literatur GmbH in 35037 Marburg. Im Blickpunkt der Zeitschrift steht das gesellschaftliche, politische und ästhetische Umfeld fotografischer Bilder. Präsentation im Internet: www.fotogeschichte.info. Einzelbeiträge in der Zeitschrift sind als pdf-Datei verfügbar.

⁹ Wolfgang Hesse: Editorial. In: Fotogeschichte, S. 3.

¹⁰ A.a.O., S. 5-16.

ganisationsgeschichte der Vereinigung der Arbeiter-Fotografen Deutschlands (VdAFD) und der Russischen Gesellschaft der Freunde des Kinos und der Fotografie (ODSKF) – nach Juni 1931 umbenannt in Gesellschaft für das proletarische Kino und Foto (OZPKF). Daran schließen sich Ausführungen zu den wechselseitigen, z.T. asymmetrischen Arbeits- und Austauschbeziehungen zwischen beiden Verbänden, die in Folge der Stalinschen Politik bereits 1932 (!) zum Erliegen kamen. Wesentliche archivalische Überlieferungen befinden sich heute im Staatlichen Russischen Archiv für Sozialpolitische Bewegungen (RGASPI), im Staatlichen Zentralen Museum für die Zeitgeschichte Russlands (GCMSIR) sowie im Staatlichen Russischen Archiv für Literatur und Kunst (RGALI). Die Autorin führt eine Vielzahl von Fotografien mit verschiedenen Motiven von Wahlkampagnen, Maidemonstrationen, Aktionen der Roten Hilfe aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands mit konkreten Quellenangaben an.

Anton Holzer befasst sich in seinem Beitrag unter dem Titel „*Vorwärts. Die österreichische Arbeiterfotografie der Zwischenkriegszeit*“¹¹ mit der Entwicklung der dortigen Arbeiterfotografenbewegung.

Auf bisher weitgehend unbekannte Aspekte der Tätigkeit des Bauhauses Dessau weist Korinna Lorz im Aufsatz „*Foto-Bauhausler, werdet Arbeiter-Fotografen! Fotografie am Bauhaus zwischen Avantgarde und Agitation. Ein Werkstattbericht*“¹² hin. Der Beitrag ist eine Information über den Stand und die Perspektiven ihrer weiteren Forschungen im Bauhaus-Archiv, Berlin, in der Stiftung Bauhaus, Dessau, im Archiv der Kunstsammlungen Zwickau sowie dem Staatsarchiv bzw. dem Stadtarchiv Leipzig. Wolfgang Hesse widmet sich in seiner Skizze den Bemühungen, der Arbeiterfotografie im „*Museum für Photographie*“ in Dresden einen festen Platz zu geben.¹³ Roland Gretler skizzierte in seinem Beitrag „*Natur‘ und ‚Tendenz‘. Entstehen und Vergehen des Arbeiter-Fotobundes Zürich*“¹⁴ das Wirken der Arbeiterfoto-Bewegung in der Schweiz. Eine der führenden Organisationen in der Schweiz war der im April 1929 in Zürich gegründete Verein, der bis März 1995 existierte und über die Grenzen der Schweiz hinaus mit deutschen Arbeiterfotografen enge Kontakte hatte.

Ein umfangreicher Rezensionsteil mit Besprechungen zum Titelthema relevanter Veröffentlichungen¹⁵ beschließt die Ausgabe dieser Zeitschrift.

Allen Beiträgen ist die außerordentlich umfangreiche Archiv- und Literaturrecherche gemeinsam. Zugleich wird jedoch auch deutlich, welche Arbeit bei der Erforschung des Wirkens von Vertretern der Arbeiterfotografie und ihrer Organisation in den verschiedenen Regionen Deutschlands sowie deren ggf. bestehenden Beziehungen zu gleichartigen Gruppen im Ausland noch zu leisten ist.

Kurt Metschies

¹¹ A.a.O., S. 5-16.

¹² A.a.O., S. 31-44.

¹³ Wolfgang Hesse: Am Rande des Bitterfelder Wegs. Zur Rolle der Arbeiterfotografie im Dresdner „Museum für Photographie“ (1957-1969), a.a.O., S. 45-56.

¹⁴ A.a.O., S. 57-71.

¹⁵ A.a.O., S. 72-79.

Tagungen und Konferenzen

Vierundzwanzigste Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv am 2. April 2014

Es war dies die letzte Sitzung des Kuratoriums, auf der Prof. Dr. Angelika Menne-Haritz Bericht erstattete, denn sie wird die Leitung der SAPMO (BArch) abgeben.¹ So traf es sich gut, dass auch ein Bericht über den Stand der Erschließungsarbeiten in der SAPMO (BArch) vorlag, der Auskunft gibt, was die Stiftung in den zwei Jahrzehnten ihres Bestehens unter ihrer Leitung und der ihres Vorgängers geleistet hat, was noch offen ist und welche Probleme sich in der weiteren Arbeit auftun.

Einleitend verwies der Vorsitzende Ministerialdirigent Dr. Michael Roik auf die eingetretenen Veränderungen in der Zusammensetzung des Kuratoriums. Bei der Erläuterung des schriftlich vorliegenden Jahresberichtes benannte die Direktorin als Erschließungsschwerpunkte vor allem die Überlieferungen des FDGB, der FDJ und des Kulturbundes. Besondere Aufmerksamkeit widmete sie diesmal der Verantwortung der Bibliothek, der mit der Konversion der zur Zeit noch unverzichtbaren Zettelkataloge – verbunden mit dem Übergang zu neuen Bibliotheksnormen, mit denen die Zusammenführung von Formal- und Sacherschließung angestrebt wird – komplizierte Aufgaben erwachsen. Überdies erfordert die Rückstandsbearbeitung, also die Bearbeitung zunächst eingelagerter Bestände, nach wie vor viel Kraft. Annähernd konstant auf hohem Niveau bewegt sich die Statistik der Benutzung. Das gilt sowohl für die Lesesäle von Archiv und Bibliothek als auch für die Zugriffe auf das Internetportal der Stiftung. Die Ausführungen über die Kooperationsbeziehungen der SAPMO (BArch) ergänzend, konnte der Präsident des Bundesarchivs Prof. Dr. Michael Hollmann darauf verweisen, dass sich die Beziehungen zur BStU² verbessert haben und Vernetzungen bestimmter Angebote getestet werden.

Der Bericht über den Stand der Erschließungsarbeiten steht für eine Zwischenbilanz, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll. Der Hinweis in der Diskussion, dass dieses Dokument neben der Würdigung des Geleisteten auch die Botschaft enthalte, dass noch viel zu tun bleibt und niemand auf die Idee kommen möge, jetzt sei der Zeitpunkt eingetreten, die Stiftung etwas herunterzufahren, wurde vom Vorsitzende des Kuratoriums aufgegriffen. Er versprach die ungebrochene Unterstützung der SAPMO (BArch) durch sein Ministerium und eine baldige Regelung der Nachfolge im Direktorat der Stiftung.

Die vorliegenden Berichte fanden die Zustimmung des Kuratoriums. Dr. Michael Roik lobte abschließend das erfolgreiche Wirken der scheidenden Stiftungsdirektorin, die sich ihrerseits für die gute Zusammenarbeit mit dem Kuratorium bedankte und ihre Tätigkeit in der Stiftung als willkommene Herausforderung und als einen für sie wichtigen Lernprozess würdigte.

Günter Benser

¹ Siehe den Bericht über ihre Verabschiedung am 30. Juli 2014 auf S. 2 dieses Heftes.

² Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.

Promotionsprojekt:

Die zweite Revolution. Berliner Rätebewegung 1919/1920¹

„Es war unser entschlossener Wille, aus der halben Revolution eine ganze werden zu lassen.“² Mit diesen Worten beschrieb der Räteaktivist Wilhelm Koenen das grundlegende Ziel der deutschen Rätebewegung in den Jahren 1919 und 1920. Die Ereignisse dieser Zeit verdeutlichen, gerade in der Hochburg Berlin, auf engstem Raum ganz verschiedene staatliche und gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten, die eine eingehendere Betrachtung lohnen. Anders als der Terminus „Novemberrevolution“ nahelegt, war die revolutionäre Phase nach dem Ersten Weltkrieg keineswegs mit dem Sturz der Monarchie zu ihrem Ende gekommen. Vielmehr lässt sich zeigen, dass auch später eine breite Bewegung für Ziele kämpfte, die sich unter dem zeitgenössischen Schlagwort von der „zweiten Revolution“ zusammenfassen lassen.

Die im Dezember 2013 an der FU Berlin eingereichte Dissertation zielt auf die vielfältigen Bemühungen, welche dem Rätesystem in Groß-Berlin nach der ersten Revolutionsphase zum Durchbruch verhelfen sollten. Dabei werden Konzepte, vor allem aber organisatorische und politische Aktivitäten der Rätebewegung behandelt. Die Untersuchung leistet sowohl eine detaillierte Rekonstruktion besonders bedeutsamer Ereignisse als auch eine problemorientierte Analyse. Letztere kreist um Anspruch und Praxis der Rätebewegung, ihre Mobilisierungsfähigkeit und ihre internen und externen Beziehungen.

Politisch betrachtet ergibt sich die Bedeutung des Themas daraus, dass viele Fragen, mit denen sich die Rätebewegung konfrontiert sah, noch immer ungelöst sind. Man denke etwa an die Demokratisierung der Wirtschaft oder an basisorientierte Entscheidungsprozesse im Staat oder verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Die Aktionsformen der Rätebewegung gehören ebenfalls in dieses Feld. Hierzu wurden exemplarisch zentrale Ereignisse der Zeit rekonstruiert und analysiert: Der Generalstreik im März und der Schülerstreik im Sommer 1919, die Betriebsrätedemonstration vor dem Reichstag im Januar 1920 und der „zweite Frühling“ der Räte nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch, um nur einige hier zu nennen.

Wir finden auch heute noch vielfältige Konflikte um die Integration von sogenannten Nebenwidersprüchen in Emanzipationsbewegungen; sei es in Bezug auf die Rolle von Frauen, Jugendlichen oder Erwerbslosen. Gerade diese Aspekte wurden in der Räteforschung bislang wenn überhaupt, dann nur ganz am Rande, thematisiert. Entsprechend ausführlich werden hier die Aktivitäten der Schüler- und Erwerbslosenräte sowie die konzeptionellen Ansätze zu Frauenräten behandelt. Dabei lassen sich Einsichten über das Mit- und Nebeneinander, bisweilen sogar direkte Gegeneinander in der Rätebewegung gewinnen. Denn sie war keineswegs eine homogene Einheit, sondern ein heterogenes Gebilde. Eine vieldiskutierte Frage war ferner die nach den Möglichkeiten einer politischen Zusammenarbeit von Arbeitern, Angestellten und Beamten oder, in den Begriffen der Räte-theoretiker, von „Hand- und Kopfarbeitern“. Auch hier lassen sich sowohl erfolgreiche

¹ Axel Weipert verteidigte seine Dissertation am 30. Januar 2014 an der Freien Universität Berlin erfolgreich. Wir gratulieren unserem Vereinsmitglied herzlich.

² SAPMO-BArch SgY 30/493, Erinnerungen Wilhelm Koenen, Bl. 52.

Kooperationen als auch ernste Konflikte herausarbeiten; etwa bei den Schülerräten der Lehrlinge und Oberschüler oder in Bezug auf den „Politischen Rat geistiger Arbeiter“.

Um erfassen zu können, welche Motive die große Zahl der oft namenlosen Beteiligten, die nur sehr selten schriftliche Quellen hinterlassen haben, antrieb, müssen die politischen Handlungen der Massen analysiert werden. Die vielfältigen organisatorischen Strukturen wiederum konstituierten in ihrer Gesamtheit nicht unerheblich den Akteur Rätebewegung, und gerade in ihnen wurden die selbstformulierten Ansprüche unmittelbar in der politischen Praxis erprobt. Dazu zählen bislang kaum beachtete Organe, etwa die Betriebsrätezentrale und die Schülerräte. Die Geschichte der Rätebewegung wird dabei auch im Kontext der äußeren Bedingungen und damit der Grenzen, die ihr gesetzt waren, bewertet. Zu diesen externen Faktoren zählen die traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung, staatliche Gesetzgebung und Verwaltung sowie nicht zuletzt Polizei und Militär.

Für die Untersuchung wurden Bestände des Bundesarchivs inklusive des Sonderbestands SAPMO, des Landesarchivs Berlin, des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz Berlin ausgewertet. Unter den genutzten Archivalien finden sich Überlieferungen der Reichsbehörden, preußischer Stellen und der Arbeiterbewegung. Ebenfalls sehr wichtig für die damalige politische Kommunikation sind Flugblätter, Plakate und Broschüren.

Eine größere Zahl an Protokollen von Räteversammlungen, Parteitag, Gewerkschaftstagen sowie der Verhandlungen von Nationalversammlung und Reichskabinett liegen gedruckt bzw. ediert vor, ebenso wie Materialien zu verschiedenen Spezialthemen. Eine wichtige Quellensammlung sind die Erinnerungen von Protagonisten der Arbeiterbewegung, aber auch anderer Persönlichkeiten wie z. B. wichtiger Militärführer. Insgesamt wurden weit über einhundert dieser Erinnerungen ausgewertet, wovon rund 50 schließlich in die Darstellung einfließen. Diese finden sich vor allem im Bestand SAPMO, aber auch im Landesarchiv Berlin und teilweise als in Ost und West veröffentlichte Memoiren.

Außerdem wurden 25 Periodika des Zentrums für Berlin-Studien sowie der Zeitungsabteilung der Staatsbibliothek Berlin herangezogen, und zwar für den Zeitraum November 1918 bis Ende 1920, in Einzelfällen bis Anfang 1921. Dazu zählen v. a. Blätter der Arbeiterbewegung, aber auch als Korrektiv einige bürgerliche Tageszeitungen.

Insgesamt wird mithilfe einer großen Bandbreite an Quellen versucht, die Rätebewegung aus unterschiedlichsten Perspektiven abzubilden. Die Arbeit leistet damit nicht nur einen Beitrag zur Forschung über die Räte, sondern auch zur revolutionären Nachkriegszeit insgesamt.

Axel Weipert

GRATULATION

Heinz Deutschland 80

GRATULATION

Am 29. Juni 2014 beging unser langjähriges aktives Vereinsmitglied Heinz Deutschland, ausgewiesener Spezialist der Geschichte der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung, seinen 80. Geburtstag. Wir gratulieren ihm nachträglich herzlich und freuen uns mit ihm auf seine Hermann-Duncker-Brief-Edition, die der Karl Dietz Verlag, Berlin, für das Frühjahr 2015 angekündigt hat.

Aus dem Vereinsleben

**Protokoll der 23. Jahresversammlung des Förderkreises
Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V.
am 3. Mai 2013, 12.30 -13.45 Uhr, im Gebäude 912 (Casino)
der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv,
Berlin-Lichterfelde, Finckensteinallee 63**

Tagesordnung:

1. Regularien
 - 1.1. Eröffnung und Genehmigung der Tagesordnung
 - 1.2. Bestätigung des Protokolls der 22. Jahresmitgliederversammlung
 - 1.3. Wahlordnung des Förderkreises
2. Berichte
 - 2.1. Erläuterung des Geschäftsberichtes 2013
 - 2.2. Kassenbericht
 - 2.3. Bericht der Kassenprüfer
3. Diskussion und Abstimmung über die Berichte
4. Schlusswort

Versammlungsleitung: Dagmar Goldbeck

Anwesend: 22 Mitglieder (1 Mitglied musste aus gesundheitlichen Gründen die Versammlung vorzeitig verlassen und hat an den Abstimmungen unter TOP 3 nicht mehr teilgenommen).

Die Anwesenheitsliste liegt dem Protokoll bei.

TOP 1. Regularien

TOP 1.1. Zu Beginn gedenkt die Versammlung unserer verstorbenen Mitglieder Ursel Ertel-Hochmuth, Sonja Kurella und Gerda Uhlig mit einer Schweigeminute.

Dagmar Goldbeck eröffnet die Versammlung. Die Versammlung bestätigt die Tagesordnung.

TOP 1.2. Das Protokoll der Jahresmitgliederversammlung 2013 (abgedruckt in Nr. 44 der „Mitteilungen“) wird einstimmig genehmigt.

TOP 1.3. Der Entwurf der allen Mitgliedern zugestellten Wahlordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 2. Berichte

TOP 2.1. Reiner Zilkenat, Vorsitzender des Förderkreises, erläutert und ergänzt den in Nr. 45 unserer „Mitteilungen“ abgedruckten Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2013. Er nimmt die bevorstehenden Jahrestage des Beginns der beiden Weltkriege zum Anlass, um die geschichtspolitische Verantwortung unseres Vereins zu unterstreichen, die angesichts gegenwärtiger Umdeutungen historischen Geschehens gewachsen ist. In seinem Bericht würdigt er besonders die Erfolge in der Öffentlichkeitsarbeit des Förderkreises. Das dank der vorbildlichen Arbeit der Redakteure anhaltend hohe Niveau der „Mitteilungen“ hat viel Anerkennung gefunden, und es stellt sich die Frage, ob nunmehr nicht eine Diskrepanz zwischen Inhalt und Aufmachung entstanden und über ein neues Gewand der MFK

nachzudenken sei. Deutlich gestiegen ist der Informationsgehalt der von Sylvia Gräfe betreuten Homepage unseres Vereins, nicht zuletzt durch die neu eingerichtete Rubrik zum 100. Jahrestag des ersten Weltkrieges, zu deren weiteren Ausgestaltung alle Mitglieder und weitere Sachkenner aufgerufen sind. Die Vortragsreihe wurde gerade von unserem Verein genutzt, um jüngeren Wissenschaftlern ein Podium zum Vorstellen ihrer Forschungsergebnisse zu verschaffen. Gleichwohl bleibt trotz einiger Zugewinne die Verjüngung unseres Förderkreises eine schwierige Ausgabe, die unser aller Aufmerksamkeit erfordert. Der Vorsitzende würdigt nochmals die im Geschäftsbericht erwähnten, vom Förderkreis beziehungsweise von dessen Mitgliedern herausgegebenen bedeutsamen Publikationen. Ergänzend konnten die ersten Vorexemplare eines Sammelbandes mit Arbeiten des Gründungsvorsitzenden des Förderkreises Henryk Skrzypczak zur Gewerkschaftsgeschichte vorgestellt werden. Er erschien – herausgegeben von Marga Voigt und Reiner Zilkenat und gefördert durch unseren Verein – unter dem Titel „Als es ‚ums Ganze‘ ging“ rechtzeitig zum 88. Geburtstag des Autors in dem uns nahestehenden Verlag edition bodoni. Bei der Entwicklung der Kooperationsbeziehungen verdienen die im Vereinsjahr intensivierte Kontakte mit dem Zentrum für Kultur- und Zeitgeschichte in Berlin-Marzahn besondere Hervorhebung. Dessen Presseauschnitt-Archiv erfuh durch unsere Vereinsmitglieder Günter Benser und Kurt Metschies wirksame Unterstützung beim Bewältigen seiner wissenschaftlichen und organisatorischen Aufgaben.

TOP 2.2.

Die Kassenwartin Elisabeth Ittershagen gibt für das Jahr 2012 einen detaillierten Bericht über die Einnahmen und Ausgaben sowie über den Mitgliederstand des Förderkreises. Die Gesamteinnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und aus den Schutzgebühren für die „Mitteilungen“ sowie des Sonderheftes betragen 3.571,05 Euro. Dem stehen Ausgaben in Höhe von 4.267,85 Euro gegenüber, in erster Linie Kosten für Druck, für Versand der „Mitteilungen“, Bankgebühren und Jahresbeiträge für die Mitgliedschaft in der ITH und der IALHI. Vereinskonto und Vereinskasse ergaben per 31.12.2013 Finanzmittel in Höhe von 3.419,11 Euro, womit anders als in den Vorjahren die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, und zwar um 696,80 Euro.

Der Stand von 118 Mitgliedern blieb stabil, da Abgänge und Zugänge einander ausglich. Ein schriftlicher Kassenbericht liegt dem Protokoll bei.

TOP 2.3.

Sigrid Kleinschmidt erstattet den Revisionsbericht auch im Namen der zweiten Kassenprüferin Bärbel Kontny. Alle Unterlagen, die vollständig vorlagen, wurden geprüft und für korrekt befunden. Die Ausgaben entsprechen den in der Satzung festgelegten Vereinszwecken und den von den Mitgliederversammlungen beschlossenen Aufgaben.

Der Revisionsbericht liegt dem Protokoll bei.

TOP 3. Diskussion und Abstimmung über die Berichte

Im Mittelpunkt der Diskussion steht die Öffentlichkeitsarbeit des Förderkreises. Annelies Laschitza kann auf eine ermutigende Aufnahme des nach langer Unterbrechung erschienenen Bandes 6 der Gesammelten Werke Rosa Luxemburgs verweisen. Sigrid Kleinschmidt unterbreitet Vorschläge zur typografischen Gestaltung der „Mitteilungen“, Günter Benser verweist auf Handlungsbedarf des Förderkreises in Hinblick auf den 50. Jahrestag der Gründung der ITH und des bevorstehenden Wechsels in der Direktion der SAPMO

(BArch), Kurt Metschies erläutert Aufgaben zur weiteren Unterstützung des Zentrums für Kultur- und Zeitgeschichte in Berlin-Marzahn.

Geschäftsbericht und Kassenbericht werden in getrennten Abstimmungen einstimmig von der Versammlung bestätigt. Dem Kassenprüfbericht wird bei Stimmenthaltung einer Revisorin zugestimmt.

TOP 4.

Da sich ein klärendes Schlusswort erübrigt, endet die Versammlung mit einem Dank des Vorsitzenden an alle, die zum Gelingen dieser Veranstaltung und darüber hinaus zur erfolgreichen Bilanz des Förderkreises beigetragen haben.

Dr. Reiner Zilkenat
Vorsitzender

Prof. Dr. Günter Benser
Schriftführer

Anmerkung:

Vor der Jahresversammlung fand eine Zusammenkunft statt, die dem 88. Geburtstag des Gründungsvorsitzenden des Förderkreises Dr. Henryk Skrzypczak gewidmet war. In Anwesenheit der Familienangehörigen beglückwünschte der Vorsitzende des Förderkreises Dr. Reiner Zilkenat den Jubilar im Namen aller Vereinsmitglieder und brachte deren hohe Wertschätzung zum Ausdruck. Er überreichte den soeben fertiggestellten, von unserem Verein geförderten und von Marga Voigt und ihm herausgegebenen Band „Als es ‚ums Ganze‘ ging“, der Arbeiten Skrzypczaks zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung in Entscheidungssituationen der Weimarer Republik und beim Machtantritt des Hitlerfaschismus enthält.¹ Zur Freude aller Anwesenden verlas der Jubilar einen Abschnitt aus seinen Memoiren, mit deren Niederschrift er zurzeit befasst ist. Einen literarisch-musikalischen Gruß überbrachte Jeanette Urzendowsky mit einigen von ihr vorgetragenen Chansons.

Der in der Einladung angekündigte Vortrag von Dr. Eckhard Müller über die Geschichte der deutschen Freidenkerbewegung und deren Überlieferungen wurde mit dessen Einverständnis in gestraffter Form dargeboten. Wir verweisen deshalb auf die von ihm gemeinsam mit Horst Groschopp herausgegebene Publikation: Letzter Versuch einer Offensive. Der Verband der Freidenker der DDR (1988-1990). Ein dokumentarisches Lesebuch, Alibri Verlag, Aschaffenburg 2013, 265 S. ISBN 978-3-86569-167-5.

In Dankbarkeit, Hochachtung und Trauer gedenken wir unserer verstorbenen Mitglieder Ursel Ertel-Hochmuth, Janos Jemnitz und Gerda Uhlig.

¹ Siehe die Buchbesprechung von Dietmar Lange auf S. 60 f. dieses Heftes.

21. März 2014

Politik der Abgrenzung – Die SED und Gorbatschows Geschichtspolitik

Prof. Dr. Manfred Wilke

Vorgestellt wurde eine Studie zur Abgrenzung der SED vom Kurs der „Wahrheit“ in der Geschichtspolitik der KPdSU in den letzten Jahren der DDR. In Moskau wurden überkommene Legenden und Fälschungen der kommunistischen Parteigeschichte revidiert, „Unpersonen“ wurden rehabilitiert, vor allem aber wurden Stalins Verbrechen an der eigenen Partei und den Völkern der Sowjetunion durch die KPdSU von Gorbatschow gebrandmarkt. Die Arbeit entstand im Rahmen eines vom Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung in Graz koordinierten internationalen Projekt über den Epochenwechsel von 1989.

Mit der Wahl von Michail S. Gorbatschow 1985 zum neuen Generalsekretär der KPdSU begann die Gemeinsamkeit in der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realitäten und der Parteigeschichte zwischen den beiden Staatsparteien der Sowjetunion und der DDR zu erodieren. Perestroika und vor allem aber Glasnost waren gegen die Interessen der Gerontokratie an der SED-Spitze, sie wollten weder eine Debatte darüber noch strukturelle Veränderungen im politischen System der DDR. Mit dieser Position befand sich die Führung der SED in einem Dilemma. Einerseits verweigerte sich Honecker dem sowjetischen Reformkurs, andererseits war sich die SED-Spitze sehr bewusst: Ohne die Sowjetunion kann die DDR nicht existieren. Honecker versuchte aber den politisch-ideologischen Konflikt der beiden Parteien zu trennen von den staatlichen Beziehungen zwischen der DDR und ihrer sowjetischen Vormacht.

Die Gegensätze zwischen dem sowjetischen Reformkurs und Honecker wurden nicht öffentlich ausgetragen. Die Wege der beiden Parteien begannen sich zu trennen. Schon während des KPdSU-Parteitages in Moskau 1986 bestimmte Honecker, „mit den Chefredakteuren der DDR-Medien ist genau festzulegen, was sie veröffentlichen und kommentieren sollen und was nicht.“ Berichte über Diskussionsbeiträge, die den Artikel 6 der Verfassung der Sowjetunion, der die führende Rolle der KPdSU festschrieb, offen infrage stellten, waren tabu. Eine Meldung über den Auftritt von Boris Jelzin, der das ZK der KPdSU verantwortlich machte für die wirtschaftliche Misere des Landes, hatte ebenso zu unterbleiben. Jelzin erklärte, dass das Monopol der Macht das Land bis zum äußersten und das Volk ins Elend getrieben hat. Dafür hätte man sich zu verantworten. Die SED betrieb eine selektive Berichterstattung über diesen Parteitag. Für die geplanten sowjetischen Wirtschaftsreformen wurde gezielt die Formel von der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ verwendet, die den Eindruck erwecken sollte, in Moskau werden jetzt die überfälligen Reformen in Angriff genommen, die wir 1971 in der DDR schon durchgeführt haben.

Eine der Konsequenzen der wachsenden Entfremdung zwischen beiden Generalsekretären war nach dem Urteil von Gerd König, letzter Botschafter der DDR in Moskau, der Verzicht Gorbatschows ab 1987 „auf eine gemeinsame Diskussion der Situation und der Probleme in den sozialistischen Ländern oder auch unseres gemeinsamen Vorgehens gegenüber der BRD.“

Die Bedeutung der Parteigeschichte bekam für SED und KPdSU eine entgegengesetzte Funktion. Michail S. Gorbatschow begründete die Notwendigkeit von Perestroika und Glasnost in der Sowjetunion mit dem Postulat der Wahrheit über Gegenwart und Vergangenheit des Landes. Erich Honecker dagegen sah in der kritischen Neubewertung der sowjetischen Geschichte, namentlich der Stalin-Periode, eine Gefahr für das Machtmonopol der kommunistischen Partei und reagierte mit einer Politik der Abgrenzung. In der Wahrnehmung von Honecker war das Aufgeben der Deutungshoheit über die Geschichte, als Teil des ideologischen Wahrheitsmonopols der Partei, gleichbedeutend mit dem Aufgeben ihrer „führenden Rolle. Ein Beispiel muss hier genügen:

Die SED intervenierte, als russische Historiker begannen, die Parteigeschichte der KPD auf der Basis von Dokumenten aus dem bislang geschlossenen Archiv der Kommunistischen Internationale (Komintern) zu publizieren. Kurt Hager, ZK-Sekretär für ideologische Fragen, wurde Ende 1987 vom SED-Politbüro beauftragt, mit Alexandr Jakowlew, ZK-Sekretär der KPdSU, die „Fragen der Geschichte (im Zusammenhang mit Veröffentlichungen über die Komintern)“ zu klären. Gegenüber Jakowlew bestand Hager vor Veröffentlichung solcher Artikel auf Abstimmung mit der „jeweiligen Partei“, über die geschrieben wurde. Es war die unverhohlene Forderung nach Zensur, „weil unsere Partei nicht zulassen kann, daß z.B. in irgendeiner Weise das Bild der Parteivorsitzenden der KPD Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck in Zweifel gezogen wird“. Hager verlangte die Überführung der Materialien über die KPD aus dem Archiv der Komintern in das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und die Öffnung des Komintern-Archivs für die eigenen Parteihistoriker. Jakowlew versprach die Prüfung der Bitten und versicherte ihm: „Natürlich müssten wir davon ausgehen, dass es Sachen gibt, die sicherlich nie gedruckt werden können.“ Das war das entscheidende Motiv, das die SED trieb, die Entstalinisierung der Parteigeschichte der deutschen Kommunisten zu blockieren. Die Diskussion um die Parteigeschichte führten Hager und Jakowlew zum Kern ihrer Parteidoktrin, zum ideologischen Wahrheitsmonopol, auf dem der totalitäre politische Machtanspruch der Partei gründete. Hager polemisierte gegen die in Moskau öffentlich vertretene Position, dass niemand ein Monopol auf die Wahrheit hat. „Damit werde doch ein fester, klassenmäßiger Standpunkt ersetzt durch eine Relativierung, die letztlich dazu führt, dass niemand mehr Recht hat.“ Jakowlew antwortete: „Du legst den Nachdruck auf das Monopol, ich hingegen auf die Wahrheit.“ Hagers Replik war die eines Gläubigen: Wir dürfen „an der Wahrheit des Marxismus-Leninismus, an der ‚Richtigkeit unserer Weltanschauung‘, wie Lenin sagte, keinen Zweifel lassen.“ Wenige Monate später erklärte das ZK der KPdSU: „Das charakteristische Merkmal unserer Zeit ist die Herausbildung eines realen Meinungspluralismus und die offene Gegenüberstellung von Ideen und Interessen.“ Genau das galt es in der Geschichtsschreibung und im politischen Leben der DDR zu verhindern. Zwei Jahre später, nach dem Sturz von Honecker, kehrte das Recht auf Erinnerung auch in die DDR zurück. Kurz vor ihrer Transformation in eine sozialistische Strömungspartei rehabilitierte die SED – in aller Eile gestrige Parteifeinde: Robert Havemann, Rudolf Herrnstadt, Walter Janka u.a., sie sollten nun die Erneuerung der Partei bezeugen.

Manfred Wilke

19. Juni 2014

Der Kampf um die „roten Kieze“ in Berlin. Nationalsozialisten im Zentrum Berlins 1925-1933

Dr. Oliver Reschke

Der Vortrag basierte auf den Forschungsergebnissen meiner Doktorarbeit. In einer Fallstudie für die Reichshauptstadt Berlin untersuchte ich, inwieweit es den Nationalsozialisten vor der Machtübertragung 1933 gelang, die Stadt zu erobern. Berlin nahm für die Nationalsozialisten – so ihr Berliner Gauleiter Goebbels – eine Schlüsselstellung auf dem Weg zur Macht ein.

Meine Forschungen konzentrierten sich auf den sogenannten „Kampf um die Straße“, da das Beherrschen der Straße als Ort der Kommunikation und symbolischen Machtdemonstration sowohl für Nationalsozialisten als auch deren Hauptgegner in Berlin, die Kommunisten, von zentraler Bedeutung war. Für die sozialistische Arbeiterbewegung im Allgemeinen galt die Straße als symbolischer Ausdruck für Stärke, Würde und Solidarität. Dem gegenüber bestand das Ziel der SA in der Kontrolle der proletarischen Öffentlichkeit und der Beeinträchtigung oder gar Lahmlegung ihrer Kommunikationsstrukturen.

Der nationalsozialistische Vorstoß in die Arbeiterbezirke basierte auf drei wesentlichen „Strukturelementen“: 1. Es wurden Propagandamärsche in die zu erobernden Viertel gelegt, um eine „Auflockerung“ dieser Gebiete zu erreichen. 2. Versammlungen wurden gezielt in bisher

traditionell von Arbeiterorganisationen genutzten Lokalen veranstaltet, um die gleiche Räumlichkeit für sich zu beanspruchen, und wenn möglich, den Gegner in seiner eigenen Domäne – argumentativ oder handgreiflich (meist letzteres) – zu schlagen. 3. Nachdem das Quartiersmilieu und damit der traditionelle Milieuzusammenhalt in den proletarischen Kiezen möglichst nachhaltig destabilisiert worden war, sollten eigene Organisationsstrukturen etabliert werden.

Der Vortrag widmete sich im Wesentlichen dem dritten Strukturelement: der Ausbreitung von Parteistützpunkten (v.a. SA-Lokalen). Im Kampf um die Vorherrschaft in den Arbeitervierteln war der Besitz fester Stützpunkte von zentraler Bedeutung, da sie die strategische Funktion eines vorgeschobenen Kampfpostens erfüllten.

Nach einer Einführung in die Thematik ging ich zunächst auf die Ausgangssituation in Berlin ein und stellte anhand von Fakten dar, dass die KPD noch Ende der 1920er Jahre die uneingeschränkte Hausmacht in den Berliner Arbeiterkiezen besaß. Sie gab durch imposante Demonstrationen und Aufmärsche sowie Massenversammlungen in den größten Sälen Berlins der Stadt das Gepräge. Im September 1932 verfügte sie in Gesamtberlin über 354 polizeilich gemeldete Verkehrslokale. Generell waren die Kommunisten fest und wesentlich besser als die Nationalsozialisten in das Berliner Arbeitermilieu eingebunden, das noch dem traditionellen linksproletarischen Sozialmilieu des Kaiserreiches entstammte.

Im Weiteren schilderte ich den massiven Angriff der Nationalsozialisten auf die proletarischen Kieze ab dem Spätsommer 1929. Es wurde herausgearbeitet, dass es erst ab November 1931 zu einem sprunghaften Anwachsen der Berliner SA und, damit einhergehend, einer flächendeckenden Ausbreitung von SA-Sturmlokalen kam. Ende 1931 standen ungefähr 200 NS-Stützpunkte den etwa 350 KPD-Verkehrslokalen gegenüber. Bis zum Frühjahr 1932 gelang der Berliner SA ein entscheidender Entwicklungsschub. In relativ kurzer Zeit überzog sie das ganze Berliner Stadtgebiet mit einem Netz von Sturmlokalen. Dabei blieb es in etwa bis zur Machtübertragung 1933. Hervorzuheben ist das Bestreben der SA-Führung, die SA-Lokale systematisch in ehemaligen KPD-Lokalen oder wenigstens neben noch bestehenden anzusiedeln. So befand sich kurz vor der Machtübertragung 1933 auch in fast jedem Arbeiterkiez, oder zumindest an dessen Rande, ein Vorposten der „braunen Armee“.

Anschließend wurde das Vordringen der Nationalsozialisten exemplarisch an folgenden proletarischen und zugleich „roten“ Kiezen und deren teilweise bürgerlichen Umgebung verdeutlicht: „Nostitzkiez“ in West-Kreuzberg, „SO 36“ in Ost-Kreuzberg und dem Karree Chaussee-, Wöhlert-, Pflug- und Schwarzkopffstraße im nördlichen Bereich des Bezirkes Mitte. Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich in allen Kiezen die Situation auf der Straße nach der Aufhebung des SA-Verbotes am 17. Juni 1932 und dem „Preußenschlag“ vom 20. Juli 1932 spürbar zu Gunsten der Nationalsozialisten änderte. Eine nähere Betrachtung ihrer Erfolge auf der Mikroebene der einzelnen Quartiere verdeutlicht, dass die heterogene Bevölkerungszusammensetzung auf lokaler Ebene extreme Auswirkung auf die Ausbreitung des Nationalsozialismus im Stadtraum hatte. So waren die Nationalsozialisten in den sozial stärker durchmischten Gebieten am erfolgreichsten, weil sie sich als führende Partei des bürgerlich-nationalen Lagers etablieren konnten. Hingegen hatten sie in den stabilen Vereinsmilieus der sozialistischen Arbeiterbewegung bis zum 30. Januar 1933, teils sogar bis Anfang März 1933, erhebliche Schwierigkeiten, sich zu etablieren.

Karten, die die Lage der jeweiligen Parteistützpunkte markieren, veranschaulichten die Aussagen des Vortrags. Sie sind nur in der veröffentlichten Doktorarbeit einsehbar.¹

Der Vortrag ist als PDF-Datei auf der Homepage des Bundesarchivs abrufbar.

Autorreferat

¹ Siehe Oliver Reschke: Kampf um den Kiez. Der Aufstieg der NSDAP im Zentrum Berlins 1925-1933, trafo Verlag, Berlin 2014, 521 S. – ISBN 978-3-86464-048-3.

Buchbesprechungen und Literaturhinweise

Axel Weipert: Das Rote Berlin. Eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1830-1934, BWV-Verlag, Berlin 2013, 252 S. ISBN 978-3-8305-3242-2.

Geschichtsschreibung lebt davon, dass aufeinander folgende Historikergenerationen neue Fragen stellen und beantworten. Das gilt auch für die Arbeiterbewegungsgeschichte und dies umso mehr, je weniger dieser Forschungsgegenstand gepflegt wird. Umso begrüßenswerter sind die Bemühungen der wenigen, die das tun. Axel Weipert ist einer von ihnen. Unbefangen, wenn auch nicht mit dem Detailanspruch seiner Vorläufer, tritt der Autor ein Säkulum nach dem Ende der „heroischen Epoche“ der Arbeiterbewegung in die Fußtapfen Eduard Bernsteins, der, wie drei Generationen später auch die Ostberliner SED-Arbeiterbewegungsforschung und noch jüngere Studien, die Grundlagen für sein Projekt gelegt haben. Weipert rezipiert viele, und das macht er gut und lesbar. Sein Buch ist informativ und genügt einem interessierten Publikum, das sich nach dem Ende der massenideologischen Konfrontationen und Ost-West-Polarisierungen Zugang zum Thema verschaffen will und kann. Aber die Komposition seiner Geschichte, seine Perspektive und sein Abstraktionsgrad überfordern den voraussetzungslosen Leser, ja lassen ihn über Wesentliches im Unklaren. Und die vereinzelt möglichen Erwartungen vorgebildeter Leser, fachkundiger ohnehin, werden weniger bedient.

Auch wenn mehr als ein knapper Abriss in sieben Abschnitten mit zwei bis fünf Unterabschnitten gar nicht möglich und auch nicht notwendig ist, wäre in manchem Satz oder Absatz und Zusammenhang eine über die Regional- und Nationalgeschichte hinausgehende historische Einordnung hilfreicher und aufklärerischer gewesen. Dies

umso mehr, als die in den 1990er Jahren fortgesetzte, weil 1914-1989 unterbrochene, Globalisierungskontinuität die alten Fragen in neuer Dimension gestellt hat, für die die Antworten der Forschung zwischen 1918 und 1989 nicht mehr ausreichen und neue noch nicht diskutiert wurden. Es ist zu bezweifeln, ob sich dem voraussetzungslosen Leser, an den er sich vorrangig wendet, über die sozialgeschichtlichen Aspekte des Themas hinaus, die politischen und geistesgeschichtlichen Aspekte des Gegenstandes und damit dessen epochale historische Dimension erschließen. Auf der Grundlage des bisherigen Forschungsstandes in Ost und West ist das schwerlich möglich, weil beide Seiten trotz seriöser empirischer Forschung ideologischen Prämissen der Systemauseinandersetzung unterlagen. Und auch diese Fangnetze können nicht ignoriert werden, weil sie Bestandteil des Gegenstandes sind.

Die in der Einleitung in den Mittelpunkt gestellte methodische Frage nach dem historischen Raum der Geschichte und vor allem dem Inhalt des Arbeiterbegriffs ist nicht neu und damit auch keine methodische Herausforderung der Darstellung. Indem jedoch der legitime Versuch unternommen wird, die gesamte Breite der spontanen und organisierten Arbeiterbewegung in ihrer sozialen Veränderung von der frühen Industrialisierung bis ins 20. Jahrhundert zu erfassen, werden die tatsächlichen Probleme und von der Bewegung zu bewältigenden Fragen versimpelt oder gehen unter. Damit wird hier der behandelte Strang der Geschichte zu einem singulären inzwischen antiquierten Ereignis speziell deutscher, allenfalls preußischer Geschichte. Und das war er nicht - auch nicht der Berliner Strang der Arbeiterbewegung. Denn als größtes Arbeiterbewegungszentrum der Welt, wie einleitend bemerkt wird, hatte Berlin außenpolitisch geostrategische Bedeutung.

Doch wie soll ein Publikum, das seit 1989 durch Bildungseinrichtungen und Medien systematisch dem Vergessen ausge-

setzt ist, die bis heute aktuelle grundlegende Diskussion um die Lösung der sozialen und Demokratiefrage und aller daraus abgeleiteten Fragen, auf die der Autor teilweise eingeht, verstehen? Wie verknüpft man literarisch den knappen Abriss einer stadtgeschichtlichen kulturhistorischen und politischen Erscheinung wie der Arbeiterbewegung mit den nationalen und globalen Fragen der neuesten Zeit? Wer sich dem Thema stellt, muss sich ihm auch unterwerfen. Doch die auch begriffliche Zurückhaltung, mit der Axel Weipert die inneren Widersprüche der Berliner und deutschen Arbeiterbewegung beschreibt, die zugleich die bestorganisierteste der Welt war und im revolutionsstrategischen Kalkül der Bolschewiki, Stalins und seiner Nachfolger die gleiche Aufmerksamkeit erfuhr wie durch die Gegenkräfte in Deutschland und westlich des Rheins spätestens seit 1917, wird dem kaum gerecht. Stattdessen werden die alten Axiome der ehemaligen westlichen Parteigeschichtsschreibung, vom Verbalradikalismus der Sozis im Kontrast zur Ratlosigkeit konkreter praktischer Politik in Form unverbindlicher Handlungsempfehlungen in der Friedensfrage (S. 116) sowie vom vielbeschworenen Internationalismus (S. 120), der in der Bewährungsprobe des 4. August 1914 kläglich versagte, wiederholt. Die Kompliziertheit und Vielschichtigkeit des Epochenwechsels der Schwellenzeit bis 1914/18 als Ursache des Schismas innerhalb der II. Internationale hätte wenigstens im Weltkriegsabschnitt eines Absatzes gewürdigt werden können. Und wenn es kompositorische Absicht war, erst während des Weltkrieges und der Revolution die Wechselbeziehung zwischen Berliner Arbeiterbewegung und den hier ansässigen zentralen Partei- und Gewerkschaftsinstanzen in den elementaren politischen Auseinandersetzungen der Zeit in ihrem Wesen und ihrer Dramatik ausführlicher einzufangen, dann hätte an irgendeiner Stelle vorher gesagt werden sollen, dass der Reformstau in Preußen und

Berlin größer war, als in Süddeutschland und deshalb auch der Reformismus unterschiedliche Voraussetzungen hatte. Das tangiert aber nur die verfassungsrechtliche, keinesfalls die systemische Frage, die auch im Hinblick auf die Haltung des Berliner Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine zu den Strategiedebatten der Partei unterbelichtet ist.

Nichtsdestoweniger gehört die Reflexion der auch mittels Organisation zunehmenden Massenbewegung gegen den Krieg bis zum finalen bewaffneten Aufstand zur spannendsten Sequenz der Gesamtgeschichte. Vielleicht hätte der Autor im Einzelfall die Ergebnisse der Berliner Regionalgeschichtsforschung stärker einbeziehen sollen, die wie z.B. hinsichtlich des Berliner Blutmai 1929 im Friedrichshain und Wedding über die größer beauftragte Literatur hinausgeht. Die kritischen Anmerkungen schmälern nicht diesen insgesamt sehr positiv aufzunehmenden Beitrag, mit dem Axel Weipert einen längst überfälligen Anstoß für eine neue regionale Arbeiterbewegungsforschung gegeben hat.

Hartmut Henicke

Gerhard Engel: Dr. Rudolf Franz 1882-1956. Zwischen allen Stühlen – ein Leben in der Arbeiterbewegung, edition bodoni, Berlin 2013, 206 S.
ISBN 978-3-940781-46-8.¹

Seine Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, v.a. über die Bremer Linksradikalen und zur Biografie von Johann Knief, machten Gerhard Engel auf den heutzutage weitgehend unbekanntem Dr. Rudolf Franz aufmerksam. Für Hermann Duncker, mit dem Franz eine lebenslange Freundschaft verband, war dieser ein „*lebendiges Geschichtsbuch der deutschen Ar-*

¹ Der Autor stellt sein Buch am 16. Oktober 2014 um 19.30 Uhr in den Berliner Räumen von edition bodoni, Krausnickstr. 6, 10115 Berlin-Mitte, vor.

beiterbewegung“, dem jedoch die schwierigen Lebensumstände es verwehrten, sich seinen Lebenserinnerungen zu widmen. (S. 142)

Einer ersten historischen Skizze von Gerhard Engel über das Leben des Rudolf Franz (1872-1956) im Leipziger Almanach auf der Grundlage von Quellen im Archiv der Stadt folgten Recherchen des Verf. in Tageszeitungen der zeitgenössischen Arbeiterbewegung. Die Liste der für das Lebensbild von Rudolf Franz herangezogenen und z.T. schwer zugänglichen Periodika (S.184) und die in einer Auswahl-Bibliografie erfassten Arbeiten von Rudolf Franz zwischen 1907 und 1948 (S. 193-198) bezeugen dessen Produktivität und Vielseitigkeit. Dass er die Feder zu führen verstand, beweisen u.a. die dem Lebensbild beigelegten „Leseproben“ von Prosastücken und Lyrik. (S.147-181) Seit Anfang des 20. Jahrhunderts publizierte Franz zumeist als Autor im Feuilleton der sozialdemokratischen und nachfolgend der kommunistischen Arbeiterpresse. Weitere umfassende Forschungen des Autors in den SAPMO-Beständen des Bundesarchivs, des Sächsischen Staatsarchivs Leipzig, der Stadtarchive an Wirkungsstätten von Rudolf Franz sowie im Archiv der Akademie der Künste zu Berlin *„ermöglichten eine nahezu vollständige Rekonstruktion des Lebenswegs von Rudolf Franz“*. (S.10) Dafür ist Gerhard Engel zu danken.

Der Lebenslauf des aus dem Bildungsbürgertum stammenden Intellektuellen, der seinen Weg in die Politik vornehmlich als Theaterkritiker, Satiriker und Publizist begann, führte ihn noch vor dem ersten Weltkrieg zu den Bremer Linksradikalen um Johann Knief und zu weiteren Gesinnungsgenossen wie Anton Pannekoek sowie Hermann Duncker, die eine revolutionäre Strategie und Taktik verfochten. Am Beginn des ersten Weltkrieges gehörte Franz zu jenem Kreis Berliner Linker um Franz Mehring, Wilhelm Pieck, Ernst Meyer u.a.,

die zur Keimzelle der Gruppe „Internationale“, später Spartakusgruppe genannt, gehörten. Seine antimilitaristische Grundhaltung und seine Ablehnung des Weltkriegs und des Kriegsgeschreis konnte Rudolf Franz im „Vorwärts“ nur selten offen Ausdruck verleihen. In einem Offenen Brief mit anderen Vorwärts-Redakteuren, die wie er der sozialdemokratischen Antikriegsopposition angehörten, distanzierte er sich von den annexionistischen Kriegszielen und der Durchhaltepolitik der Reichstagsfraktion der SPD. 1917 verband er sein politisches Wirken mit der gerade gegründeten USPD (S. 70 ff). Ende 1920 trat er der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) bei, die sich im Zusammenschluss der KPD Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts mit der linken Mehrheit der USPD als Massenpartei etablierte. In Leipzig wirkte er in der traditionsreichen LVZ, in der kommunistischen Sächsischen Arbeiterzeitung, und als kommunistischer Kommunalpolitiker. 1926 schloss ihn die KPD in einer Phase zugespitzter innerparteilicher Auseinandersetzungen um das Profil und die journalistische Qualität der kommunistischen Presse in Westsachsen aus der KPD aus, und nominierte ihn nicht als Kandidat für die anstehende Wahl zur Stadtverordnetenversammlung.

Mehr schlecht als recht brachte er sich und seine Familie mit journalistischen und literarischen, auch vereinzelt wissenschaftlichen Gelegenheitsarbeiten sowie als kommunaler Angestellter durch. Politisch habe er sich - so seine spätere Erklärung - seitdem als „parteiloser Marxist“ verstanden. Seine Lebenserfahrungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und dabei seine ihn enttäuschenden Erfahrungen in den drei Arbeiterparteien SPD, USPD und KPD hielten ihn - seiner Treue „zur Sache“ wegen - nicht davon ab, sich 1945 zum wiederholten Male der KPD anzuschließen und mit ihr in die SED zu gehen. Er widmete sich vor allem der Wiederbelebung des Leipziger

Kulturlebens. An den Rand gedrängt, verstarb er schließlich „unbeachtet und vergessen“ (S. 145) im Herbst 1956. Mit dem kenntnisreichen und sorgfältig dokumentierten Buch über Rudolf Franz setzt Gerhard Engel ihm ein spätes, aber verdientes Erinnerungszeichen.

Gerd Kaiser

„als bauhäusler sind wir suchende“. *Hannes Meyer (1889-1954)*. Beiträge zu seinem Leben und Wirken. In: Erinnerung an Klaus-Jürgen Winkler (1944-2011), Beiträge zur Bau- und Nutzungsgeschichte, Heft 7, Dezember 2013, 104 S., Abb.

Wir freuen uns, auf das obige, vom *verein baudenkmal bundesschule bernau e.V.* herausgegebene neue Heft der Schriftenreihe zur Bau- und Nutzungsgeschichte dieses Baudenkmals aufmerksam zu machen. Es ist Klaus-Jürgen Winkler gewidmet, einem der Pioniere der Bauhaus-Forschung in der DDR. Mit Blick auf den 125. Geburtstag von Hannes Meyer, des zweiten Bauhausdirektors, enthält die vorliegende Publikation fast ausschließlich Beiträge zu verschiedensten Aspekten seines Lebens und Schaffens, ergänzt durch ein sehr informatives Personenverzeichnis. Zu den Autoren gehört unser Vereinsmitglied Heinz Deutschland mit seiner Skizze „Hannes Meyer und die Familie Duncker. Versuch einer Rekonstruktion ihrer freundschaftlichen Kontakte“. Die weiteren Beiträge befassen sich u. a. mit der von Meyer geschaffenen Bauhaus-Wanderausstellung 1929/30, seiner Tätigkeit als Hochschullehrer und Architekt in Moskau 1930-1936, mit dem von ihm gebauten genossenschaftlichen Kinderheim in Mümliswil, Schweiz, (1939). Geschildert wird ferner eine Begegnung von Hannes Meyer und seiner Ehefrau mit der befreundeten leidenschaftlichen Antifaschistin und Ikone der Frauenbewegung Tina Modotti im mexikanischen Exil Anfang 1942.

Rainer Holze

Henryk Skrypczak: Als es „ums Ganze“ ging. Gewerkschaften zwischen Revolution und Kapitulation. 1918-1933, hrsg. v. Marga Voigt und Reiner Zilkenat, edition bodoni, Berlin 2014, 249 S. ISBN 978-3-940781-53-6.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung hatte lange Zeit einen schweren Stand in der historischen Forschungslandschaft Deutschlands. Aus den Universitäten weitgehend vertrieben, waren es insbesondere kleinere ehrenamtlich arbeitende Organisationen und Vereine wie der „Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, welche sich nicht nur um die Sicherstellung und weitere Erschließung von wichtigen Quellen und Dokumenten kümmerten, sondern auch um die Bewahrung und Weiterführung der historischen Forschung selbst. Henryk Skrypczak war als Leiter der Sektion für Geschichte der Arbeiterbewegung bei der Historischen Kommission Westberlin und Gründer der mittlerweile fast schon legendären IWK (Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung) sowie Gründungsvorsitzender des Förderkreises maßgeblich sowohl an der Forschung als auch ihrer „Überwinterung“ beteiligt. Von ihm wurden nun unter der Herausgeberschaft von Marga Voigt und Reiner Zilkenat eine Reihe von Aufsätzen zur Gewerkschaftsgeschichte in der Weimarer Republik veröffentlicht. Als Grund für die Neuausgabe nennen die Herausgeber in ihrer Einleitung nicht nur die Absicht, neuere Forschungen anzuregen, sondern auch die aktuelle Krisensituation mit ihren autoritären Tendenzen in Staat und Gesellschaft und dem Erstarken rechtsradikaler Kräfte. Vor dem Hintergrund solcher historischer Parallelen zum Ende der Weimarer Republik seien Fragen, wie die nach Art und Weise der damaligen gewerkschaftlichen Interessenvertretung, der eingeschlagenen Strategie

und den Gründen für deren Scheitern, nicht nur von antiquarischem Interesse.

Die Aufsätze selbst wurden in den 1970er und 1980er Jahren zumeist in der IWK oder den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ veröffentlicht, einige sind aus Sammelbänden entnommen. Thematisch umfassen sie die deutsche Gewerkschaftsgeschichte von 1890 bis 1933, mit einem deutlichen Schwerpunkt auf den letzten Jahren der Weimarer Republik. Abgeschlossen wird der Band mit einem fragmentarischen aber dennoch sehr lesbaren Text zum Berliner Verkehrsarbeiterstreik, einer Reihe zeitgenössischer Fotografien und Hinweisen zu neuerer Literatur und Quelleneditionen durch die Herausgeber sowie ein Abkürzungs- und Personenverzeichnis.

Der Stil der Texte ist flüssig und gut lesbar, zum Teil mit einer deutlichen Prise Ironie gewürzt. Insbesondere bei den Darstellungen der letzten Monate bis Tage vor der „Machtergreifung“ macht sich beim Lesen auch ein Gefühl der Bestürzung breit, dank der akribisch aufgeführten und zitierten Quellen, in welchen deutlich wird, wie sehr sich die Führungsgruppen der verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung bis zuletzt bekämpften und wieweit die Gewerkschaftsführung zur politischen Selbstaufgabe und Unterordnung nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten bereit gewesen ist. Allerdings muss hinzugefügt werden, dass die Herausgeber mit einer in der Einleitung versteckten Warnung, die Leserinnen und Leser werden nicht allen Urteilen und Interpretationen „zustimmen wollen“ (S. 10), im Falle des Rezensenten recht behalten haben. Dies betrifft insbesondere die grundsätzliche Zustimmung Skrypczaks zur eingeschlagenen Strategie der Gewerkschaftsführung, trotz der verheerenden Konsequenzen sowohl im Burgfrieden, während der Revolutionszeit als auch am Ende der Weimarer Republik, die ebenfalls nicht verschwiegen werden. Ein Grund für diese Beurteilung mag in der Konzentra-

tion auf die Quellen und Dokumente der Führungsgremien selbst liegen, wodurch die Tendenz deutlich wird, deren Sichtweise in der historischen Aufarbeitung zu reproduzieren. Diese zu berücksichtigen und zu analysieren ist sicherlich notwendig, wenn die eingangs formulierten Fragen beantwortet werden sollen. Hierfür leisten die Aufsätze, auch dank ihrer großen Quellennähe, einen wertvollen Beitrag. Neuere Forschungen müssten jedoch über die Führungsebene der Organisationen hinaus ebenfalls ihre interne Funktionsweise und das Verhältnis zur Arbeiterschaft „an der Basis“ verstärkt in den Blick nehmen.

Dietmar Lange

Gerd Kaiser: „Hier ist der Deutsche Soldatensender 935“. Eine Stimme im kalten Krieg. edition bodoni, Berlin 2014, 187 S. ISBN 9978-3-940781-50-5.

Am 1. Oktober 1960 meldete sich auf Beschluss des Nationalen Verteidigungsrates der DDR der Deutsche Soldatensender mit seinem Startprogramm, das rasch populär wurde. Sein markantes Sendezeichen bestand aus fünf Paukenschlägen: zweimal lang, zweimal kurz, einmal lang: Tam-Tam-tam-tam-Tam (zwei halbe, zwei viertel, eine halbe Note). Darauf folgte der Satz: „Hier ist der Deutsche Soldatensender“. Auf der Mittelwelle ertönte der Sender 935 in drei Sendeblöcken:

von 18.00 bis 18.40 Uhr

von 20.15 bis 20.45 Uhr

von 23.30 bis 00.30 Uhr.

Rasch entwickelte sich der Sender zu einem Medium von unverwechselbarem Zuschnitt, weil es gelang, ein Gleichgewicht zwischen militärischem Organismus und einer speziellen geistigen Leistung zu pflegen. Die dieses Meisterstück fertig brachten, waren in der Regel keine alten Rundfunkhasen. Es handelte sich um Vertreter jener Generation, die in der Zeit des Krieges noch Kinder gewe-

sen waren, jugendliche Generationsgenossen in der Zeit des Aufbruchs in den frühen Nachkriegsjahren, aus den für eine umfassende Bildung ausgegrenzten Schichten stammend, zumeist gleichen Sinnes und gleichen Mutes, zuversichtlich nach einer Politik der radikalen Abkehr vom Krieg und der Zuwendung zu einem erstrebten „ewigen Frieden“. Frauen und Männer des antifaschistischen Widerstandes hatten ihr Denken und Handeln geprägt. Das Wortprogramm hatte Schwung und Pfiff, war frei von protokollarischen „Hohlrollern“ und verzichtete auf „rote Schwänzchen“. Ein besonders Zugpferd des Programms wurde die Musik – die neuesten Westschlager.

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre begann das Programm von 935 zu verkrusten. Im Sender kam es zu einer „Theokratie“, die inhaltlich Neues kaum zuließ.

Kurz und schmerzlos gestaltete sich das Ende des Soldatensenders. 1972 kamen bei den Verhandlungen über den Grundlagenvertrag Egon Bahr (Bundeskanzleramt) und Michael Kohl (MfAA der DDR) in einer mündlichen Vereinbarung überein, dass Bundeswehr und NVA ihre nicht-militärischen Operationen – einschließlich der Rundfunksendungen – gleichzeitig und unverzüglich einstellen.

Kaiser gelang es, mit dem faktenfundierten und differenzierten Abriss der Geschichte des Deutschen Soldatensenders der deutschen Zeitgeschichte in einer bestimmten Phase des kalten Krieges einen beachtlichen Farbtupfer hinzuzufügen. Die besondere Würze der Darstellung ergibt sich daraus, dass hier der Historiker zugleich auch als Zeitzeuge zu berichten vermag. Nur wenig ist kritisch anzumerken. Irrtümlich spricht der Verf. für den Zeitraum 1951-56 bereits von dem „Staatsekretariat für Hoch- und Fachschulwesen“ (S.141). In diesem Zeitraum hieß die Institution „Staatssekretariat für Hochschulwesen“. Das „Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen“ existierte von 1958 bis 1967. Das Peter-

Hacks- Stück „Die Sorgen und die Macht“ wird versehentlich Volker Braun (S.198) zugeschrieben.

Siegfried Prokop

Adriaan in 't Groen: Jenseits der Utopie. Ostprofessoren der Humboldt-Universität und der Prozess der deutschen Einigung. Metropolis Verlag Berlin 2013, 192 S. ISBN 978-3-86331-160-5.

Der vorliegende Titel stellt eine überarbeitete Fassung einer 2009 an der Universität Leiden verteidigten Dissertation dar. Der Autor besuchte am Beginn seiner Recherchen vier Hochschulen: die Karls-Universität Prag, die Eötvös-Loránd-Universität und die Corvinus-Universität in Budapest sowie die Humboldt-Universität zu Berlin. Er fand neben vielen Ähnlichkeiten auch große Unterschiede. Während in Budapest und Prag die meisten Hochschullehrer ihre Stellen behielten, hätten zwei Drittel der Ostprofessoren ihr Amt verloren. Die meisten Nachfolger seien aus dem Westen gekommen. Groen verweist auf die zweifelhafte Interpretation des Einigungsvertrages, die der Berliner Senat vornahm. Zugleich verweist er auf die Bewertung des in Wien lehrenden amerikanischen Historiker Mitchell G. Ash, dass die Veränderungsphase von einer unreflektierten und vorurteilsgeladenen Fehleinschätzung des Verhältnisses von Ideologie und Wissenschaften geprägt gewesen sei. Gestützt auf die Arbeit von Carlo Jordan bewertet 't Groen, die Humboldt-Universität reichlich eng „als Kaderschule für Partei und Staat“. Wenn die Humboldt-Universität *die* Kaderschmiede für den Staats- und Parteiapparat der DDR gewesen wäre, welche Aufgabe hatten dann die Parteihochschule, die Akademie für Gesellschaftswissenschaften, das Institut für Marxismus-Leninismus und die Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften in Potsdam-Babelsberg gehabt? Schließlich

gestattete das SED-Politbüro der in den 50er und 60er Jahren politisch instabilen Humboldt Universität als letzter Universität der DDR das Aufstellen einer Betriebskampfgruppe.

Es wird aber auch von guten Traditionen der HUB gesprochen, wozu die Praxisorientiertheit, und die persönliche Begleitung der Studierenden in Seminargruppen gezählt wurden.

In den Jahren 2002/2003 befragte 't Groen insgesamt 35 Zeitzeugen, die sich nach 1990 drei verschiedenen Karrieremustern bzw. Biografie-Typen zurechnen lassen:

- Professoren, die nach der Wende ihre wissenschaftliche Arbeit fortsetzen konnten und ihre Professur behalten haben. (Überlebende)
- Wissenschaftler mit einer Ostbiografie, von denen einige wenige vor 1989 in den Westen geflüchtet waren und die nach der Wende (erstmalig) als Professor berufen wurden. (Aufsteiger)
- Professoren, die nach der Wende ihre Professur an der Humboldt-Universität verloren und auch keine neue Professur erlangt haben. (Verlierer)
- Eine vierte Gruppe wurde mit einbezogen, die aus externen Beobachtern bestand. (Externe)

Das Resultat lautet: Vor der Wende seien 500 (Ost-)Professoren an der Humboldt-Universität beschäftigt gewesen, von denen nach der Wende 134 ihre Stellung behielten und 366 die Universität aus verschiedenen Gründen verließen. Nach dem Umstrukturierungsprozess hätte die Universität 605 Hochschullehrer gezählt, d. h., dass insgesamt 471 Professoren neu berufen worden waren. In den Berufungsprozessen seien zu den 134 Stellen, die bereits vor der Wende mit Hochschullehrern aus dem Osten besetzt waren, noch etwa 85 Ostprofessoren dazu gekommen. Nach dem Umstrukturierungsprozess gestaltete sich die Ost-West-Bilanz an der Humboldt-Universität laut 't Groen 219 Ost vs. 386 West. Nicht schlüssig

begründet 't Groen, warum er Ende 1994 als Zäsur ansetzt - zwei Jahre vor dem eigentlichen Ende der Umstrukturierung. So wurden Zahlen ermittelt, die den Gesamtvorgang letztlich schönfärben und die Rigorosität der westdeutschen Landnahme verharmlosen. Auch ist nicht deutlich darauf hingewiesen worden, dass der Einigungsvertrag grob verletzt wurde, indem das auf zwei Jahre begrenzte „Sonderkündigungsrecht“ willkürlich um ein Jahr verlängert wurde, was u.a. zur Folge hatte, dass im Januar 1997 sich noch einmal etwa 460 Wissenschaftler der Humboldt-Universität arbeitslos melden mussten.

Die Befragungsergebnisse sind analysiert worden, wobei zahlreiche Wiederholungen und Überschneidungen störend wirken. An einigen Stellen ist das Bemühen des Autors spürbar, zu abgewogenen Bewertungen zu kommen. So z. B., wenn darauf hingewiesen wird, dass die Humboldt Universität früher weniger bürokratisch war und die Elitebildung mit den Mathematik-Olympiaden gefördert wurde.

Zusammenfassend wird von „guter Lehrpraxis der DDR“ und „guter Forschungspraxis der BRD“ gesprochen. Der Autor schlägt vor, vom polaren Denken Abschied zu nehmen und eine „Ligatur-Universität oder Verschmelzungsuniversität“ anzustreben. Eine Uni mit einem multi-referenziellen Charakter würde der Berufspraxis von Professoren mehr Kontinuität und Freiheit verschaffen als eine Universität mit polarem Charakter, die aus einer eindimensionalen Beziehung zum Staat gebildet ist.

Siegfried Prokop

Horst Groschopp / Eckhard Müller: *Letzter Versuch einer Offensive*. Der Verband der Freidenker der DDR (1988 - 1990). Ein dokumentarisches Lesebuch, Alibri Verlag, Aschaffenburg 2014, 263 S. ISBN 978-3-86569-171-2.

Ein Freidenkerverband in der DDR? Kaum jemand erinnert sich, dass es einen solchen gab. Selbst innerhalb der heutigen Freidenkerszene wird er ignoriert bzw. höchstens als Fußnote der Geschichte betrachtet. Das liegt an mehreren Gründen: Erstens existierte der Verband der Freidenker der DDR (VdF) nur wenige Monate, da der Staat kurz nach dessen Gründung bereits Geschichte war. Daraus resultiert, dass der VdF zweitens kaum Wirkung entfalten konnte. Für eine Etablierung, für das Erreichen eines größeren Bekanntheitsgrades und somit für eine Verankerung in der Gesellschaft fehlte schlicht die Zeit. Es liegt drittens aber auch daran, dass die SED-Führung in den Jahren vor der Gründung viel dafür tat, das Freidenkertum in der DDR nicht zur Entfaltung kommen zu lassen – und dass, obwohl selbst Walter Ulbricht als junger Mann durch diese Schule gegangen war. Sowohl die SED-Genossen als auch die Normalbevölkerung konnten mit dem Begriff „Freidenker“ wenig oder nichts anfangen.

Grund dafür war die auf Mäßigung und Burgfrieden orientierte Kirchenpolitik der SED, wie Horst Groschopp und Eckhard Müller in ihrem Buch „*Letzter Versuch einer Offensive*“ nachweisen. Sie gehen davon aus, dass die Gründung des VdF von „ganz oben“ erfolgte, als Reaktion der SED-Führung auf die Öffnung von Teilen der DDR-Kirche für Kritiker und Gegner des Systems. Damit hatte die Partei- und Staatsführung 1988 einen vier Jahrzehnte geltenden Bann gegen das Freidenkertum gebrochen. Die Autoren zeigen auf, dass die Verbandsgründung dabei wenig durchdacht und nur mangelhaft vorbereitet war. Vieles mutete wie ein Schnellschuss an. So gab es bei-

spielsweise keine Klarheit über Ziel und Zweck, Aufgaben und Beschaffenheit des VdF. Es sollte eine Massenorganisation werden, die am Ende jedoch mehr den politischen Zielen der SED-Führung als den Ideen des Freidenkertums verpflichtet sein sollte. Selbst die Organisation der Jugendweihefeiern – eine ursprüngliche Tradition der Freidenker – sollte diesem nicht als Aufgabe übertragen werden, sondern bei den staatlichen Jugendweiheausschüssen bleiben.

Bisher gibt es kaum Forschungen bzw. Publikationen zur Geschichte des VdF. Das Buch kann folglich als Schritt in wissenschaftliches Neuland betrachtet werden. Groschopp und Müller gestehen selbst ein, dass diese erste größere Arbeit zum Thema nur ein Anfang ist. Etwa 200 Seiten füllen Dokumente vom und über den VdF, die mit diesem Band erstmalig der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Daneben gibt es einführende und erläuternde Beiträge der Autoren. Als problematisch erweist sich im Hinblick auf die Erforschung des DDR-Freidenkerverbandes, dass dessen Archiv verschollen ist. Somit muss auf Quellen aus anderen Archiven zugegriffen werden. Mit der vorliegenden Arbeit konnte das (noch) nicht abgedeckt werden. Sie beinhaltet Quellen aus den Beständen des SAPMO-Bundesarchivs, Zeitungsartikel und Material aus Privatarchiven. Müller weist darauf hin, dass es eine noch anstehende Mammutaufgabe sein wird, weitere Bestände zu erschließen. So konnten für den vorliegenden Band z.B. die Akten des BStU, von Kirchenarchiven sowie die Ausgaben des damaligen „Freidenker-Journals“ noch nicht gesichtet werden. Zudem stehen Zeitzeugeninterviews aus. Der VdF bleibt also ein interessantes Forschungsobjekt. Steht der Verband doch exemplarisch für die hilflose Politik der SED gegenüber den sich für Systemkritiker öffnenden Kirchen.

Alexander Amberger